Donnerstag, 3. Mai 1984 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 103 - 18. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Verhaftungswelle: In der thüringischen Stadt Jena soll es in den vergangenen vier Wochen eine neue Verhaftungswelle gegen ausreisewillige „DDR"-Bürger gegeben haben. Seit Anfang April seien rund 70 Menschen verhaftet worden, wurde aus West-Berliner Freundeskreisen bekannt.

Kirche: In einem gemeinsamen Hirtenwort haben der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Landesbischof Lohse, und der Vorsitzende der Konferenz der Kirchenleitungen in der „DDR", Landesbischof Hempel, an die Barmer theologische Erklärung von 1934 erinnert, daß die Kirche sich von weltanschaulichen und politischen Überzeugungen nicht abhängig machen dürfe. (S. 4)

TUC-Chef gibt auf: Len Murray, Generalsekretär des britischen Gewerkschafts-Dachverbandes, hat überraschend zum Herbst seinen Rücktritt angekündigt. Normalerweise wäre seine Amtszeit erst in drei Jahren abgelaufen. (S. 6)

Libanon: Schiitenführer Berri hat bekräftigt, daß er nicht an der Regierung von Ministerpräsident Karame teilnehmen werde. (S. 12)

Frankreich: Auch im Nachbarland zeigt sich bei den Gewerkschaftsaufmärschen zum 1. Mai nur wenig Motivation der Arbeiter zu Streiks und Demonstrationen. (S. 6)

Manöver in der Karibik: An der bisher größten amerikanischen Militärübung im karibischen Raum sind 32 500 Soldaten, 40 Kriegsschiffe und mehr als 300 Flugzeuge beteiligt. Die Übung „Ocean Venture 84" begann am 20. April und dauert noch bis Sonntag.

Cruise Missiles: Die US-Regierung lehnt nach Angaben diplomatischer Kreise in Den Haag den niederländischen Plan ab, amerikanische Marschflugkörper („cruise misssiles") nur in Krisenzeiten in diesem Land zu stationieren. (S. 12)

Heute: Koalitionsgespräch über die geplante Steuerreform. – Sondersitzung der FDP-Bundestagsfraktion. – Urabstimmung im Metall-Tarifgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden. – Deutscher Beamtenbund berät in Travemünde über Besoldungsforderungen. – Der spanische Oppositionsführer Fraga Iribarne trifft zu Besuch in Bonn ein.

ZITAT DES TAGES



» Es gibt viele, viele Mütter, die Aufgaben bewältigen, deren Schwere sich der Außenstehende kaum vorstellen kann «

Veronika Carstens in einem Aufruf zur diesjährigen Sammlung des Müttergenesungswerkes. FOTO: CAROLINE BRECHER

WIRTSCHAFT

Arbeitskosten: Die durchschnittlichen Kosten einer Arbeitsstunde lagen in der deutschen Industrie 1983 bei 27,24 Mark. Damit rangierte die Bundesrepublik im internationalen Vergleich des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) hinter den USA (31,13 DM), Kanada (30,79 DM) und der Schweiz (29,43 DM) an vierter Stelle. (S. 13)

British Airways: Die Staatsgesellschaft nennt sich selbst profitabelste Fluglinie der Welt. 1983 stieg der Gewinn vor Steuern von 51 Millionen auf 181 Millionen Pfund (194 Millionen auf knapp 690 Millionen DM). (S. 15)

Ladenschluß: Der Hauptgeschäftsführer des Einzelhandelsverbandes (HDE) Wassmann hält eine Änderung der Ladenschlußzeiten nicht für sinnvoll, weil er einen Rückgang der Umsatzanteile beim innerstädtischen Einzelhandel befürchtet. (S. 13)

Börse: Die anhaltende Streikgefahr hat an den Aktienmärkten offenbar ihre Wirkung verloren, denn die meisten Standardaktien waren lebhaft gefragt. Der Rentenmarkt war dagegen weiter schwach. WELT-Aktienindex 153,3 (151,2). Dollarmittelkurs 2,7276 (2,7174) Mar. Goldpreis pro Feinunze 377,35 (375,80) Dollar.

KULTUR

Kammermusik: Die diesjährigen Wittener Tage für neue Kammermusik brachten für das Publikum wenig Neuland, sieht man von den Versuchen der Rückbesinnung auf die ästhetische Autonomie der Filmmusik ab, wie sie mit Rihms „Bild"-Komposition zu Buñuels „Ein andalusischer Hund" unternommen wurden. (S. 19)

Literaturgeschichte: Mit den jetzt herausgebenen Vorlesungen des 1981 verstorbenen Freiburger Romanisten Köhler wurde zumindest für die Zeit der französischen Klassik und der Aufklärung des 17. und 18. Jahrhunderts eine Lücke in der in Deutschland publizierten Geschichtsschreibung der französischen Literatur geschlossen.

SPORT

Fußball: Werder Bremen hat gegen die Wertung des Pokal-Halbfinalspiels gegen Mönchengladbach (4:5) Protest eingelegt. Während des Spiels war eine Tränengasbombe auf das Feld geworfen worden. (S. 11)

Moderner Fünfkampf: Das deutsche Team für die Olympischen Spiele steht fest. In Los Angeles starten Christian Sandow, Michael Rehbein (Berlin), Achim Bellmann und Michael Zimmermann (Warendorf).

AUS ALLER WELT

MiGs über Nevada: Mit erbeuteten sowjetischen Original-Kampfflugzeugen simuliert die amerikanische Luftwaffe in der Wüste Luftkämpfe gegen den potentiellen Gegner. (S. 20)

Kirche wird gerettet: Die „Heilandskirche" im vermauerten Niemandsland an der Wassergrenze zwischen Potsdam („DDR") und West-Berlin wird durch eine Million Deutsche Mark vor dem Verfall bewahrt. Diese Summe bringen zu gleichen Teilen Berlins Finanzsenator Gerhard Kunz (CDU) und der kürzlich verstorbene Verleger Franz Karl Maier auf.

Wetter: Im Westen stark bewölkt, im Osten heiter, etwas wärmer, 17 bis 24 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Koalition ringt noch um die Finanzierung der Steuerreform

Erhöhung der Mehrwertsteuer soll möglichst vermieden werden

HEYDECK/MAHNKE, Bonn

Die Finanzierung der Steuerreform ist innerhalb des Bonner Regierungslagers nach wie vor umstritten. Auch von einem weiteren Spitzengespräch zwischen CDU/CSU und FDP heute bei Bundeskanzler Helmut Kohl, an dem unter anderem neben Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg die Parteivorsitzenden Hans-Dietrich Genscher und Franz Josef Strauß teilnehmen wollen, wird noch keine endgültige Lösung erwartet. Vielmehr heißt es jetzt im Finanzministerium, die Eckwerte der Steuerreform sollen erst Ende des Monats zusammen mit der Haushaltsplanung für 1985 festgezurrt werden.

Allerdings ist der Termin für das Inkrafttreten der Reform nach wochenlangem Gerangel nicht mehr umstritten. Nach intensiven Beratungen im CDU-Präsidium und zwischen den Koalitionsparteien soll am 1. Januar 1986 die Lohn- und Einkommenssteuer gesenkt werden. Gleichzeitig sollen Familien mit Kindern Vergünstigungen erhalten.

Nach den bisherigen Beratungen zeichnet sich eine Eingigung auf der Grundlage des ursprünglichen Vorschlags von Stoltenberg ab, der für ein Reformpaket mit einem Gesamtvolumen von 25,4 Milliarden Mark plädiert hatte. Weil die Entlastungen aber zwei Jahre früher als von ihm zunächst beabsichtigt wirksam werden sollen, wird jetzt von einem Umfang von 20,6 Milliarden Mark für 1986 ausgegangen.

Dies bedeutet aber keine Wertminderung der Reform. Denn durch das vorgezogene Inkrafttreten können schon vom 1. Januar des übernächsten Jahres an die „heimlichen" Steuererhöhungen eingefangen werden. Nach den bisherigen Planungen sollen fünf Milliarden Mark zur Entlastung der Familien bereitgestellt werden. 15 Milliarden Mark sind für die Abschwächung der Steuerprogression vorgesehen.

Allerdings ist die Deckung der Steuerausfälle noch offen. Bei den Beratungen schälte sich jedoch heraus, daß das von Stoltenberg favorisierte Reformvolumen ohne Ausgleichsmaßnahmen nicht realisierbar ist. Der Finanzminister hatte zunächst eine Kompensation in Höhe von 45 Prozent durch Steuererhöhungen und durch den Abbau von Subventionen vorgeschlagen. Dies bedeutet, daß bis 1986 insgeamt neun Milliarden Mark an Steuerausfällen ausgeglichen werden müssen.

Zunächst hatte Stoltenberg vorgeschlagen, die Ausfälle durch eine Heraufsetzung der Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt, verbunden mit einem Subventionsabbau, zu decken. Dagegen wird jetzt in der Koalition nach Lösungen gesucht, um durch andere Maßnahmen um diesen Schritt herumzukommen.

Auch in gemeinsamen Gesprächen wandten sich Haushalts- und Steuerexperten von CDU/CSU und FDP gegen eine höhere Mehrwertsteuer. Der Vorteil der Anhebung dieser Steuer nur um ein Prozent würde jedoch darin liegen, eine Vielzahl von einzelnen Einschnitten überflüssig zu machen. Außerdem wären die Länder und Gemeinden, die von der Steuerreform betroffen sind, an den Mehreinnahmen beteiligt.

Nahezu alle der ins Spiel gebrachten Ersatzmaßnahmen wie die Abschaffung von Freibeträgen für Freiberufler stoßen in Teilen beider Fraktionen auf Widerstand.

Gespräch bei Druck ergebnislos

Hoffnung auf weiteres Spitzentreffen / Gewerkschaft weitet Streiks aus

DW. Frankfurt

Ohne ein greifbares Ergebnis ist gestern das Spitzengespräch zwischen den Tarifparteien in der Druckindustrie mit der Hoffnung zu Ende gegangen, daß es demnächst einen weiteren Meinungsaustausch gibt. Die Arbeitgeber wie auch die IG Druck und Papier versicherten nach dem rund viereinhalbstündigen Gespräch ihre Bereitschaft, weiter miteinander sprechen zu wollen. Die Gewerkschaft hat ihre Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich aufrechterhalten, die Arbeitgeber betonten, nicht bereit zu sein, von der Regelarbeitszeit über 40 Stunden abzugehen.

Der Verhandlungsführer der Arbeitgeber, Manfred Belz Rübelmann, sagte, das Spitzengespräch habe in einer „konstruktiven Atmosphäre" stattgefunden. Auch seien Mißverständnisse ausgeräumt worden. Er nannte die Regelarbeitszeit von 40 Stunden in der Woche „optimal", es könne aber auch Ausnahmen geben, die allerdings sorgfältig diskutiert werden müßten. Die Arbeitgeber seien nach wie vor gesprächsbereit. Der Termin für ein neues Spitzengespräch ist allerdings noch nicht vereinbart worden.

Die IG Druck und Papier hat in Verbindung mit diesem Spitzengespräch, um ihre Forderungen zu untermauern, bis zum kommenden Freitag zu weiteren Streikmaßnahmen aufgerufen. Die zentrale Streikleitung in Stuttgart forderte die Mitarbeiter in zahlreichen Druckbetrieben im Bundesgebiet zum „Sieben-Stunden-Tag" auf. Betroffen sind vor allem kleinere und mittlere Betriebe. Bis zum kommenden Freitag sollen die Mitarbeiter ihre Arbeit jeweils eine Stunde früher beenden. Die Aktionen hatten am Mittwoch vor allem in Hamburg, Schleswig-Holstein sowie in Teilen Niedersachsens und auch in Berlin begonnen.

Auch in der Metallindustrie müssen weitere Streikmaßnahmen einkalkuliert werden. Mit einem „eindeutigen Votum" für den Ausstand rechnet die Stuttgarter Bezirksleitung der IG Metall bei der für heute und morgen angesetzten Urabstimmung im Tarifbezirk Nordwürttemberg/Nordbaden. Der Stuttgarter Bezirksleiter der IG Metall, Ernst Eisenmann, erklärte gestern, er sei sicher, daß das Urabstimmungsergebnis „zu unseren Gunsten" läuft. Der Vorschlag des Verhandlungsführers der Arbeitgeber, Hans Peter Stihl, die Stimmzettel bei der Urabstimmung unter Zeugen auszuzählen, wurde von einem Gewerkschaftssprecher zurückgewiesen. Ausgezählt werde von Vertrauensleuten der IG Metall, die „über jeden Zweifel erhaben sind".

Vor dem Hintergrund der laufenden Tarifverhandlungen hat das SPD-Präsidium gestern die Arbeitgeber aufgefordert, in der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche „doch noch in letzter Minute einzulenken und einen Arbeitskampf zu verhindern". Ein Arbeitskampf könnte auch die Unternehmer teuer zu stehen kommen. Besser wären „vernünftige Fortschritte" auf dem Wege zu wirksamen Arbeitszeitverkürzungen. Das SPD-Präsidium forderte die Bundesregierung auf, ihre – wie es hieß – „Politik des Anheizens" des Tarifkonflikts durch einseitige Parteinahme für die Arbeitgeberverbände aufzugeben.

Wiedervereinigung bleibt oberstes Ziel

Kanzler Kohl erläutert in Oxford die deutsche Politik / Bekenntnis zur EG und zur NATO

DW. London / Oxford

Erstrangiges Ziel der Sicherheits- und Friedenspolitik der Bundesrepublik Deutschland ist „die Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas". Bundeskanzler Helmut Kohl skizzierte gestern am Ende eines Konsultationstreffens mit der britischen Regierungschefin Margaret Thatcher in einem Vortrag in der Universität Oxford Grundlagen und Ziele der deutschen Politik. Dabei stellte Kohl die deutsche Nachkriegspolitik in eine Kontinuität, deren entscheidende Prioritäten vom ersten Bundeskanzler Konrad Adenauer bestimmt worden seien.

Kohl befand sich in Begleitung von Außenminister Genscher, Verteidigungsminister Wörner und Finanzminister Stoltenberg. Auf dem Landsitz der britischen Premierministerin berieten die deutschen Politiker mit ihren britischen Amtskollegen vor allem über die Krise der Europäischen Gemeinschaft, die Ost-West-Beziehungen und Bündnisfragen sowie die Folgen des Abbruches der diplomatischen Beziehungen zwischen Großbritannien und Libyen.

Der Bundeskanzler betonte eingangs, Adenauer sei es nach dem Krieg in erster Linie darum gegangen, die Stabilität der deutschen Demokratie in Frieden und Freiheit im Rahmen der Gemeinschaft gleichgesinnter Staaten und Völker dauerhaft zu sichern. Seine Entscheidung für das freie Europa, für das Bündnis mit den USA und die NATO seien daher über die bloße Sicherung des Friedens hinausgegangen. Oberstes Ziel sei bis heute die Sicherung der Freiheit. Daher sei „das Bündnis der Kernpunkt deutscher Staatsraison".

SEITE 4:
Auszug aus der Rede

Adenauer habe sich bereits mit den Problemen eines neuen deutschen Nationalismus, der durch kurzsichtigen Pazifismus und Neutralismus ausgelöst werden könnte, konfrontiert gesehen.

Europa müsse heute lernen, mit einer Stimme zu sprechen, auch im Verhältnis zu den USA, meinte der Kanzler. Gleichzeitig forderte er allerdings indirekt die europäischen Partnerstaaten auf, ebenso wie die Bundesrepublik unwiderruflich zur EG zu stehen und den Weg zu einer politischen Union Europas zu beschreiten.

Kohl bezeichnete die NATO als unverzichtbar für die freien Völker Europas, zu ihr gebe es keine Alternative. Vorrangiges Ziel der deutschen Sicherheitspolitik sei es, eine militärische Konfrontation zu verhindern.

Bereits Adenauer habe sich bemüht, das Verhältnis der Bundesrepublik zur Sowjetunion zu versachlichen und konstruktiv zu gestalten. In der gegenwärtigen schwierigen Situation sei der Dialog mit Moskau notwendig. Bonn werde versuchen, diese Beziehungen zu verbessern.

Die deutsche Teilung lasse sich nur mit Unterstützung durch die europäischen Nachbarn und nur auf friedlichem Wege überwinden. Der Frieden in Europa werde umso stabiler, je mehr es gelinge, die Härte der Teilung abzubauen, sagte der Kanzler.

Aus Nürnberg gibt es kein Geld

GÜNTHER BADING, Bonn

In dem von heute an zur Urabstimmung über einen Streik für die 35-Stunden-Woche aufgerufenen Tarifgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden sind 540 000 Personen in der Metallindustrie beschäftigt. 240 000 von ihnen gehören der IG Metall an, sind also stimmberechtigt. Betroffen von finanziellen Folgen des zu erwartenden Streiks, eventueller Aussperrungen durch die Unternehmer oder auch mittelbarer Folgen (IG Metall: „kalte Aussperrung") sind in diesem Jahr aber alle 3,4 Millionen Arbeitnehmer der Metallindustrie.

Arbeitnehmer, die infolge eines Streiks arbeitslos werden oder kurzarbeiten müssen, erhielten bisher Kurzarbeitergeld, Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe von der Bundesanstalt für Arbeit. Allerdings werden bei Arbeitskämpfen und deren mittelbaren Auswirkungen – etwa Kurzarbeit oder Stillegung bei Zulieferfirmen – finanzielle Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit nur unter einschränkenden Voraussetzungen bezahlt. Betroffen sind alle, denn zwischen Gewerkschaftern und Nicht-Mitgliedern wird dabei nicht unterschieden. Grundsätzlich erhalten Streikende und Ausgesperrte kein Geld. Mittelbar durch Kurzarbeit oder vorübergehende Betriebsstillegungen betroffene Arbeitnehmer, deren Betrieb einer anderen Branche angehört und deshalb nicht unter den „fachlichen Geltungsbereich" des umkämpften Tarifvertrags fällt (also etwa Reifenfirmen als Zulieferer für Autohersteller) erhalten die üblichen Leistungen ohne Einschränkungen.

Mittelbar betroffene Arbeitnehmer eines Betriebes der Metallindustrie („fachlicher Geltungsbereich") erhalten dann kein Geld aus der Arbeitslosenversicherung:

- wenn der nur mittelbar betroffene Betrieb im räumlichen Geltungsbereich des umkämpften Tarifvertrags liegt. Bei einem Arbeitskampf der IG Metall in Nordwürttemberg/Nordbaden erhalten also alle „Metaller" dieses Bezirks keine Leistungen.
- wenn der Betrieb zwar außerhalb des zum Arbeitskampf aufgerufenen Tarifgebiets liegt, die Gewerkschaft jedoch dort nach Art und Umfang gleiche Forderungen wie im Streikgebiet gestellt hat und gleiche Arbeitsbedingungen durchsetzen will.

Das ist jetzt gegeben, denn die Kernforderung nach der 35-Stunden-Woche wurde in allen Bezirken erhoben.

SEITE 4: Streikkasse

DER KOMMENTAR

Adenauers Erbe

PETER GILLIES

Auch in der Politik gibt es Erbschaften, die man erwerben muß, um sie zu besitzen. Helmut Kohl nutzte gestern im altehrwürdigen St. Antony's College in Oxford eine Vorlesung, um das Erbe Konrad Adenauers auszudeuten, dem er sich besonders verpflichtet fühlt. Der Bundeskanzler skizzierte das Urstromtal der deutschen Nachkriegspolitik und ihre Leitlinien. Sie lassen weder Verbiegungen noch Umdeutungen zu, allenfalls Aktualisierungen.

Die Nachgeboren haben Schwierigkeiten, den historischen Rang der Adenauer-Entscheidung zu umgreifen, sein zerstörtes Land rückhaltlos in die Gemeinschaft der westlichen Demokratien einzufügen, „unwiderruflich" wie die deutsche Entscheidung für die europäische Integration, wie Kohl betonte. Damals wie heute leckten Wellen von naivem Pazifismus, Neutralismus oder Anti-Amerikanismus an den Dämmen, die Politiker errichteten.

Nun mögen sich die Akzente verschoben haben, aber Europa bleibt eine stete Herausforderung dieses Erbes. Nach gescheiterten Gipfelkonferenzen scheint die Integration entrückter denn je. Deswegen sind die Fragen geboten: Ist jeder EG-Partner auch in schwierigsten Zeiten bereit, die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft als unwiderruflich zu betrachten? Sind alle bereit, ohne Wenn und Aber den Weg zur Politischen Union Europas zu beschreiten? Die Bundesrepublik sei dazu bereit, bekräftigte Kohl, was gewiß nicht nur als tagespolitsiche Spitze gegen Großbritannien zu verstehen war, sondern als Hinweis auf die Wurzeln einer Idee.

Es geht über den Eigennutz deutscher Politik, die nur im ihre Teilung nur im europäischen Rahmen die Teilung Deutschlands zu überwinden vermag, beträchtlich hinaus, wenn der Kanzler die Bundesrepublik als Stabilitätsfaktor für dieses Europa kennzeichnet. Und diese Stabilität lebt aus der Verläßlichkeit und Berechenbarkeit, auf die Freunde, Partner und auch Gegner setzen dürfen. „Die Deutschen werden nicht noch einmal ihre europäische Verantwortung mißachten", bekräftigt Kohl. Man glaubt es ihm.

Die nationale Frage ist wie zu Zeiten Adenauers eine europäische, eine atlantische. Sie ist Friedenspolitik im Verbund freiheitlicher Staaten. Alte Hüte mit neuem Band? Hin und wieder ist es nützlich, den Kopf über die Niederungen der Tagespolitik zu erheben. Das Erbe erzwingt dann wieder den Blickkontakt mit historischen Horizonten.

Reagan verurteilt Sowjet-Offensive in Afghanistan

DW. Bonn

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan hat gestern die jüngste sowjetische Offensive in Afghanistan verurteilt. Sie werde eine politische Lösung des Konfliktes ernsthaft behindern. Reagan forderte die Sowjetunion auf, die Resolutionen des Weltsicherheitsrats zu beachten, in denen der Abzug der sowjetischen Truppen, die Wiederherstellung einer unabhängigen Regierung und Selbstbestimmung für das afghanische Volk gefordert werden.

Neun Tage nach dem Beginn ihrer Großoffensive sind die sowjetischen Truppen jetzt über die gesamte Länge des 150 Kilometer langen Pandschir-Tals vorgedrungen. Aus diplomatischer Quelle in Islamabad verlautete, sie hätten den Anjuman-Paß am nordöstlichen Ausgang des Tals besetzt. Der Sprecher der Mudschahedin in Islamabad widersprach den Berichten über den erfolgreichen Abschluß der ersten Phase der kommunistischen Offensive nicht.

Westlichen Diplomaten zufolge haben sich die Widerstandskämpfer in die Höhen und Nebentäler zurückgezogen, um von dort aus umso wirksamer Störangriffe auf die jetzt weit auseinandergezogenen sowjetisch-afghanischen Truppen durchzuführen. Deren Einheiten seien bisher noch nicht über das Haupttal des Pandschir hinaus vorgedrungen.

Nach Ansicht des US-Außenministeriums haben die sowjetischen Truppen bei der siebenten und bisher größten Offensive im Pandschir-Tal trotz raschen Vormarschs noch keinen entscheidenden Sieg errungen.

US-Präsident traf den Papst in Alaska

H. KIELINGER, Fairbanks

Unter großer Anteilnahme der örtlichen Bevölkerung trafen gestern für eine knappe Stunde auf dem Flughafen von Fairbanks (Alaska) Papst Johannes Paul II. und US-Präsident Ronald Reagan zusammen. Es war die zweite Begegnung zwischen Reagan und dem Papst, nach einem ersten Treffen im Juni 1982 in Rom.

Die Zusammenkunft war möglich geworden, weil sich die Reisepläne beider zufällig überschnitten. Der Papst ist zu einer Asienreise aufgebrochen, die ihn nach Südkorea, Neu-Guinea, die Salomon-Inseln und nach Thailand führen wird. Präsident Reagan befand sich auf der Rückreise von seinem Staatsbesuch in der Volksrepublik China.

Nach der Begegnung begab sich Präsident Reagan auf die Heimreise nach Washington. In der Begleitung des Papstes befand sich unter anderen der neu eingeführte US-Botschafter beim Heiligen Stuhl, William Wilson. Washington und der Vatikan hatten im März dieses Jahres, nach einer Pause von 167 Jahren, wieder diplomatische Beziehungen aufgenommen. Zur Begrüßung ihres Oberhirten hatten sich mehrere amerikanische Kardinäle und der gesamte höhere Klerus Alaskas und der amerikanischen Westküste eingefunden. Einige der geistlichen Würdenträger hatten mit einen Appell unterschrieben, der am Tag von Präsident Reagans Eintreffen in Fairbanks in einer örtlichen Zeitung erschienen war, und der zum Boykott der neuen interkontinentalen Atomrakete MX aufrief.

Erschließung Sibiriens hat keinen Schwung

Arbeitskräfte gehen und Infrastruktur fehlt

AFP, Irkutsk

Offene Stellen werden jeden Morgen dutzendweise im Rundfunk angeboten. Viele Betriebe sind nur zu 60 Prozent ausgelastet. In Irkutsk am sibirischen Baikal-See sind Arbeitskräfte knapp. Schon lange nicht mehr liefern, wie noch vor zehn Jahren, die europäischen und zentralasiatischen Regionen der Sowjetunion die Arbeitskräfte, die für die Erschließung Ostsibiriens benötigt werden.

Im Gegenteil, aus einer Region, die US-Präsident John Kennedy vor einem Vierteljahrhundert als „großen Trumpf" der Russen bezeichnete, hat heute eine mehr oder weniger geheime Flucht von Arbeitskräften eingesetzt. Die Parteiverantwortlichen sprechen diskret von „Schwierigkeiten" bei der Erschließung Sibiriens und der Steigerung der Produktion. Deutlicher sagte es die „Prawda" in Irkutsk: Die Zahl der Betriebe, die das Plansoll nicht erfüllen, nimmt nicht mehr ab, die Arbeitsmoral läßt zu wünschen übrig, das Krankfeiern hat ein „unerträgliches" Ausmaß erreicht, der Anteil der Waren, die die Qualitätsnorm erfüllen, kommt über zwei Prozent nicht hinaus, die in die Landwirtschaft gepumpten Investitionen bringen nicht das erhoffte Ergebnis, da regelmäßig zu spät mit Aussaat und Ernte begonnen wird.

Nicht besser sieht es im Zellulose-Kombinat Ust-Ilimsk 600 Kilometer nördlich von Irkutsk aus. In dem Pilotprojekt sollen jährlich 4,5 Millionen Kubikmeter Holz zu 500 000 Tonnen Papiermasse verarbeitet werden. 23 000 Arbeiter holzen in einem Umkreis von 150 Kilometer die Taiga ab.

Für die Erschließung der ungeheuren Bodenschätze fehlt neben Arbeitskräften und Investitionen auch die Infrastruktur. Die Kosten für Straßen durch die Sumpfgegenden oder über den ewig gefrorenen Boden sind bis zu achtmal so hoch wie anderswo. Jeder Kilometer der Eisenbahn vom Baikal-See nach Amur („BAM") kostet eine Million Rubel (umgerechnet rund drei Millionen Mark), erklärt Leonid Penko, zuständiger Bürgermeister von Irkutsk.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Zurück auf Feld sechs

Von Enno v. Loewenstern

Es ist nicht so, als hätten Sozialpläne im Sozialstaat keine Chance. Es ist nur so, daß nach Meinung des Bundesverfassungsgerichts ein Übermaß an „Richterrecht" im Rechtsstaat verhindert werden muß.

Im Jahre 1977 hat das Bundesarbeitsgericht Gesetzgeber gespielt. Es hatte sich mit der Frage zu befassen: Was wird aus den Ansprüchen der Belegschaft aus dem Sozialplan, wenn die Firma pleite geht? Paragraph 61 der Konkursordnung legt eine Reihenfolge fest, nach der Ansprüche befriedigt werden können. An Platz eins stehen die Löhne, Gehälter usw. des Personals, später kommen Sozialversicherung, Steuer und anderes; unter Nummer sechs sind schließlich „alle übrigen Konkursforderungen" eingetragen. Sozialpläne sind nicht vorgesehen, auch nicht in der Gesetzesänderung von 1974.

So schuf das Bundesarbeitsgericht kurzerhand eine „Position null" für die Sozialpläne, vor allen anderen. Diese Entscheidung wurde vom Bundesverfassungsgericht im Oktober 1983 aufgehoben; das Bundesarbeitsgericht vollzog die Vorgabe am Wochenbeginn nach.

Nun fehlt es nicht an Weherufen, daß wieder einmal zugunsten der Reichen und Mächtigen wider die Kleinen entschieden worden sei. Ganz so ist es nicht. In den letzten Jahren lag die durchschnittliche Befriedigungsquote in der Bundesrepublik bei vier Prozent. Zu den letzten, die traditionell die Pleitegeier beißen, gehören Handwerker und andere Lieferanten, die ihrerseits womöglich Arbeitsplätze schließen müssen, wenn ein großer Zahlungsposten ausfällt. Dazu gehören freilich auch Banken, die reich und mächtig sein können, die allerdings mit den Spareinlagen ihrer oft recht kleinen Kunden zu wirtschaften haben. Diese Banken können geneigt sein, eher als bisher Kredite zu verweigern, wenn sie noch geringere Rückzahlungschancen haben – und das wiederum nützt dem gefährdeten Betrieb und seinen Arbeitsplätzen nicht viel.

Nach Meinung der Verfassungsrichter hat der Gesetzgeber zu entscheiden, welche Ansprüche in welcher Reihenfolge befriedigt werden sollen. Der Gesetzgeber hat den Sozialplan ins Betriebsverfassungsgesetz eingeführt, er kann die Prioritäten im Konkursrecht benennen. Aber er hat, anders als das Bundesarbeitsgericht, die Interessen aller Betroffenen zu bedenken; dafür ist er von der Verfassung vorgesehen.

Entdeckung in Fernost

Von Christel Pilz

Als die Idee geboren wurde, eine Leistungsschau der deutschen Industrie nach Tokio zu bringen, wurde sie von vielen Unternehmen zurückgewiesen: eine solche Messe sei eine Verschwendung von Geld und Zeit; schlimmer noch, sie würde nur dazu beitragen, den Japanern beim Kopieren neuester deutscher Entwicklungen zu helfen. Der japanische Markt sei geschlossen. Was Japan haben wolle, baue es selbst.

Doch die Väter der Leistungsschauidee ließen nicht locker, unter ihnen Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff und der derzeitige Präsident der deutsch-japanischen Handelskammer, Eisenhart-Rothe. Vier Jahre intensiver Vorbereitungen vergingen. Fünfhundert Unternehmen sagten schließlich ihre Teilnahme zu, manche nur deshalb, um dabei zu sein, wo die anderen sind. Schon die erste Woche dieser vom 23. April bis zum 6. Mai laufenden Industrieausstellung versetzte freilich die Skeptiker in Staunen.

Eine Rekordzahl von mehr als zweihunderttausend Besuchern strömte zu den Ständen der Deutschen, von denen die meisten Spitzentechnologien der Zukunft zeigen. Die Japaner entdeckten, daß die deutsche Wirtschaft keineswegs den Anschluß an die Zukunft verloren hat, daß sie in vielen Bereichen mehr als Japan bietet, daß sie ihren Ruf wahren will.

Für die Deutschen, die über Japan weit weniger wissen als die Japaner über Deutschland, zerstörte die Messe Klischees wie das vom angeblich verschlossenen Markt. Hier ist eine Wirtschaft herangewachsen, die sich im Zeitalter hochspezialisierter Technologien als idealer Partner zeigt.

Schon jetzt sprechen Beobachter von einer „Trendwende" im deutsch-japanischen Verhältnis, von einer Initialzündung zu dynamischer Gemeinsamkeit. Kein Zweifel, das Potential dazu ist da. Ob es genutzt wird, liegt an den Deutschen. Die Messe ist nur ein Auftakt. Die eigentliche Arbeit kommt danach. Mehr Deutsche müssen nach Japan reisen, Kontakte pflegen, Informationen sammeln. Das wird viel Geduld und Geld kosten. Aber die Aussichten sind es wert.

Ende der Eisernen Bella

Von Leonid Hoerschelmann

Die Genossin Bella Borodkina, Chefin mehrerer Restaurants zu Krasnodar im Kaukasus, ist nach Meldungen in sowjetischen Zeitungen zum Tode verurteilt worden. Die Dame hat Bestechungsgelder angenommen, zusammen umgerechnet etwa zwei Millionen Mark.

Daß die Annahme von Schmiergeldern in der Sowjetunion ein todeswürdiges Verbrechen geworden ist, hängt – wie jedermann inzwischen weiß – mit der ungeheuren Verbreitung der Korruption in diesem Lande zusammen. Mindestens ebenso bemerkenswert aber ist, wer denn in dieser Schmiergeldaffäre wen bestochen hat.

Die Sache funktionierte offenbar nach einem Kreiselsystem. Die Genossin Borodkina, genannt die „Eiserne Bella", ließ sich von ihren eigenen Angestellten bestechen – dafür, daß sie die Augen zudrückte, wenn Kellner und Kassierer ihrerseits die Gäste und Kunden beim Wechselgeld oder beim Ausstellen von Rechnungen übers Ohr hauten. Um vor Kontrollen sicher zu sein, bestach die Chefin dann einige Beamte. Diese Beamten wiederum – der Gedanke liegt mehr als nahe – dürften als Gäste der Restaurants dann auch zu den Opfern gehört haben.

Im Sozialismus, sagen die Sozialisten gern, werde die kapitalistische Gewinnsucht und Bestechlichkeit abgeschafft, durch gesellschaftliches Eigentum und gesellschaftliche Kontrolle. Wie recht sie haben. Wo käme man auch hin, wenn jeder Hinz und Kunz nach allen Richtungen schmieren und bestechen könnte, wie er will.

Im Sozialismus herrscht Ordnung. Geschmiert wird streng nach der Hierarchie. So wird die Korruption als integrierender Bestandteil des Systems selbst zu einem stabilisierenden Faktor des wirtschaftlichen Lebens. In anderen Bereichen (etwa im sozialistischen Anzeigengeschäft, wo eine staatliche Zeitung dem Werbeleiter der Staatsfirma, die inserieren soll, in vielen Fällen automatisch und regelmäßig einen Geldbetrag zukommen läßt) ist es ähnlich.

Nur eine Bedingung muß erfüllt sein: Die Leute dürfen nicht darüber reden, der Korruptionskreislauf muß geheim bleiben. Das hat die „Eiserne Bella" wohl nicht genügend bedacht.



So schafft man Arbeitsplätze – für Brieftauben ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Der Soldatenschwund

Von Rüdiger Moniac

Die erdrutschartigen Veränderungen in Wirtschaft, Gesellschaft, Bildungswesen und Streitkräften, die demnächst durch das Heranwachsen der geburtenschwachen Jahrgänge herbeigeführt werden, sind bislang kaum erörtert worden. Viele Klassenzimmer stehen schon jetzt leer, bald werden es Hörsäle in den Universitäten sein. Heute gibt es Übernachfrage nach Lehrstellen, schon in wenigen Jahren wird die Wirtschaft den auszubildenden Nachwuchs gegen harte Konkurrenz werben müssen. Und die Bundeswehr wird in absehbarer Zeit aus den Wehrpflichtigen nicht mehr die nach physischer Verfassung und Vorbildung am besten geeigneten jungen Männer auswählen können. Aber selbst wenn sie „jeden" nimmt, wird das nicht genug sein.

Die Bundesrepublik hat als Kernland der militärischen Verteidigung der NATO in Mitteleuropa im Bündnis immer eine besondere Rolle gespielt. Sie kann sich ein Nachlassen bei den militärischen Fähigkeiten am wenigsten leisten. Frühere schlechte Beispiele wurden von anderen europäischen NATO-Ländern sogleich nachgeahmt und meist weit übertroffen. Auch die Sowjetunion sähe im Niedergang deutscher Verteidigungskraft das Signal zu einer weiteren Verstärkung ihres politischen Drucks auf Westeuropa.

In dieser Lage muß die Bundesregierung fast schon die Quadratur des Kreises versuchen. Ihr Ziel muß die Sicherung und sogar Verbesserung der Kampfkraft der deutschen Streitkräfte bleiben, obwohl der Personalumfang im Friedensbetrieb selbst beim Ausschöpfen aller nur denkbaren Vorkehrungen nicht zu halten ist. Ginge man nach dem bisherigen Maßstab vor, würde die Bundeswehr zum Ende der neunziger Jahre auf weniger als 300 000 Soldaten schrumpfen. So ausgezehrt, wären die deutschen Streitkräfte abschreckungspolitisch nicht sehr viel mehr wert, als wenn es sie gar nicht gäbe.

Wie aber verhindert man das Abrutschen in die Null-Abwehr? Die Stäbe der Hardthöhe, von Wörner und Altenburg zu den wohl aufwendigsten Expertisen getrieben, die seit langem im Verteidigungsministerium angestellt wurden, haben herausgefunden, daß es „die" glanzvolle Lösung des Problems aus einem Guß nicht geben kann. Dennoch geht die Kritik von außen fehl, die behauptet, Wörner habe kein Konzept. Das Abfangen der Personallücke kann nur durch ein Bündel von Maßnahmen gelingen. An dessen sachgerechter Komposition wird in diesen Tagen mit Hochdruck gearbeitet. Entscheidungen des Bundeskabinetts sind frühestens im Juni möglich.

Nichts wird in den Untersuchungen ausgelassen: Ausdehnung des Grundwehrdienstes auf bis zu zwanzig Monate, mehr freiwillige längerdienende Soldaten denn je, Wehrübungsplätze in bisher nie praktiziertem Ausmaß, Abschaffung aller Wehrdienstausnahmen, Berücksichtigung auch nicht voll tauglicher Wehrpflichtiger, die Erhöhung der Zivilstellen in der Truppe – schließlich war sogar von einem Kontingent von Frauen im Freiwilligen-Dienst die Rede.

Fast alles davon kostet Geld; schon ist von zusammen jährlich rund einer Milliarde Mark die Rede. Dazu kommen finanzielle Risiken aus ganz anderer Richtung. In den künftigen Jahren mit sinkendem Personalangebot für die Truppe, das – gegen die Konkurrenz der Wirtschaft! – wettgemacht werden muß durch fette Verpflichtungsprämien für Zeit-Soldaten und tausende teure Reservisten auf Wehrübungsplätzen, sind außerdem neue Waffen zu beschaffen. Ein Jagdflugzeug? Eine neue Generation gepanzerter Fahrzeuge für das Heer? Neue Fregatten? Mittel zum Kampf gegen die östliche Luftwaffe am Boden?



Was kann man Zivilisten überlassen? – Bundeswehrsoldaten bei einer Übung FOTO: DIETRICH

Die Liste läßt sich verlängern. Das alles ist nicht mit „realem Null-Wachstum" zu meistern, wie Stoltenbergs mittelfristige Finanzplanung es für den Verteidigungsetat noch vorsieht. Die Koalition kann der Frage nicht mehr ausweichen, ob die Konsolidierung der Staatsfinanzen trotz so schicksalsträchtiger sicherheitspolitischer Erfordernisse an den Bundeshaushalt noch lange Vorrang haben darf – und ob die einzige Sorge ist, wie man das allenfalls eingesparte Geld wieder an die Steuerzahler zurückverteilt.

Realistische Erwartungen gehen dahin, daß die Bundeswehr zum Ende des Jahrzehnts von ihrem heutigen Friedensumfang von 495 000 Mann maximal 450 000 halten kann. Aber auch diese Reduktion stellt Heer, Luftwaffe und Marine vor Entscheidungen, die deren Inspekteure schwer verantworten können. Auch wenn sie bei so verringertem Umfang wahrscheinlich daran vorbeikommen, ganze Kampfverbände völlig stillzulegen, müssen sie dennoch zehntausendeweise Posten benennen, auf denen im Friedensbetrieb ein Soldat entbehrlich erscheint.

Das Verfahren geht ans Mark der Armee, die mit entscheidenden Teilen im Ernstfall sofort kampfbereit, also präsent sein muß, weil sie in Mitteleuropa auch die Geländeabschnitte der Vorneverteidigung decken muß, in die Truppen aus Dänemark, den Niederlanden und Belgien erst verspätet einrücken würden. Ans Mark geht das „Auskämmen der Präsenz" auch deshalb, weil die sowjetischen Divisionen in vorderster Position ohne viel Vorbereitungszeit fast aus dem Stand angreifen können. Ganz zu schweigen von den jahrelangen Verhandlungen in Wien um den ostwestlichen Truppenabbau – der Pillenknick beschert der Sowjetunion die Reduzierung der Bundeswehr, ohne daß sie etwas dafür geben muß.

IM GESPRÄCH Sultan Mahmood

König mit Pistole

Von Volker S. Stahr

Am 26. April tritt in Kuala Lumpur ein neuer König sein Amt an. Im Gegensatz zu anderen Monarchien wird Sultan Mahmood Iskander jedoch nur fünf Jahre als „Yangdi-Pertuan Agong" residieren. So bestimmt es die demokratische Verfassung von Malaysia. Er wurde für diesen Zeitraum gewählt von der „Konferenz der Herrscher", jenem Rat erblicher Fürsten, die in insgesamt neun der dreizehn Bundesstaaten Malaysias trotz regionaler Parlamente fast uneingeschränkt regieren. Ihr Anspruch leitet sich aus zum Teil mehr als fünfhundert Jahre alten Erbdynastien her, während die demokratischen Institutionen noch keine drei Jahrzehnte alt sind. Ihre Macht beziehen sie vor allem aus der Stellung als Bewahrer des Islam und als Schutzherren der Malaien gegen die in der Wirtschaft des Landes dominierenden Chinesen.

Gottgegebene Weisheit und Weitsichtigkeit sind Attribute, die jenen Erbmonarchen häufig zugeschrieben werden. Mahmood Iskander (51), Sultan von Johore, zeichnet sich eher durch Selbstsherrlichkeit aus. Selbst zu Konferenzen mit seinen Herrscherkollegen tritt der bullige Sultan am liebsten in Generalsuniform auf, schwerbewaffnet mit Pistolen und Handgranaten am Gürtel.

Auch im heimischen Johore glauben seine Untertanen wohl gelegentlich, sich im Wilden Westen zu befinden. Dort kommt es schon vor, daß er sich den Weg für seine PS-starken Luxuskarossen eigenhändig freischießt. Wen wundert es da, daß Mahmood Iskander mehrfach wegen Körperverletzung vorbestraft ist. Als sein Vater, Sultan Ismail, noch lebte und regierte, mußte er den mißratenen Sohn einmal per herrschaftlichen Gnadenerlaß vor einer längeren Haftstrafe bewahren, als dieser 1977 des Todschlags an einem Chinesen für schuldig befunden wurde. Daraufhin enterbte Ismail den Sohn. Jahre zuvor hatte er ihn bereits aus der Thronfolge genommen. Doch kurz vor seinem Tod revidierte der greise Monarch auf den Rat seiner Frau diese Entscheidung und setzte den Sohn wieder in Amt und Würden. Jene (zweite, erst wenige Jahre zuvor angeheiratete) Frau Ismails war die



Zunder für den Premier: Malaysias Mahmood FOTO: DPA

Schwester der Gattin Mahmoods ... Und nun wird dieser Mann Staatsoberhaupt und erhält damit so umfangreiche Befugnisse wie die Ausrufung des Ausnahmezustandes oder eines bedingten Vetorechts gegen vom Parlament in Kuala Lumpur erlassene Gesetze. Doch das Herrscherkollegium kam nicht mehr um ihn herum, nachdem der einzige Gegenkandidat wenige Tage vor der Wahl im Februar einem Herzinfarkt erlag.

So ganz ungelegen dürfte ihnen Mahmood dennoch nicht sein, zumal da der zur Zeit amtierende Premierminister Mahathir Mohamad in seinen bisherigen drei Amtsjahren das asiatische Gesetz des Konsensus so drastisch verletzt hat wie kein Regierungschef vor ihm. „Alte Zöpfe" wollte Mahathir abschneiden: den außenpolitischen Schwerpunkt von London nach Tokio verlegen, den sonst so apathischen Bhumiputras (Fürsten) Effizienz einimpfen und den Ämtermißbrauch bekämpfen. Als er zuletzt jedoch die traditionellen Rechte der Sultane – ohne sie zu fragen – vom Tisch wischen wollte, setzten diese auf den groben Klotz Mahathir den groben Keil Mahmood. Jedoch nicht ohne asiatische Kompromißbereitschaft. Als Stellvertreter wurde der „gemäßigte" Sultan Aslan Shah von Perak benannt. Doch ausländische Diplomaten befürchten Unheil, wenn der selbstbewußte Premier und der impulsive König aufeinandertreffen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Viele Kommentatoren beschäftigen sich mit den Reden zum 1. Mai:

Frankfurter Allgemeine

Der rechte Kampfgeist wollte sich nicht einstellen. Auf den Maifeiern der Gewerkschaften herrschte eine eher abwartende, mehr auf Verständigung als auf Zuspitzung gerichtete Stimmung. Nicht bei den Rednern: Die zogen teilweise alle Register der Demagogie, vom „Klassenkampf von oben" über die „Milliarden für die Rüstung" (hierzulande?) bis zum angeblich „härtesten Tarifkonflikt seit Bestehen der Bundesrepublik", der jetzt bevorstehe. Die Mienen der Zuhörer blieben skeptisch.

NEUE RUHR ZEITUNG

Ein Streik liegt zwar in der Luft, aber die Redner des gestrigen „Kampftages" haben keineswegs mit jener Entschlossenheit oder gar verbalen Radikalität gesprochen, die den Schluß zuläßt, ein wochenlanger Streik auf Biegen und Brechen sei nun unvermeidbar. (Essen)

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Wenn Funktionäre der Bundesregierung unterstellen, den Sozialstaat angreifen zu wollen, so vergessen sie, daß der Sozialstaat drauf und dran war, zahlungsunfähig zu werden, und daß seine Substanz durch Sparmaßnahmen gerettet werden mußte. Just mit diesem Auftrag hat eine klare Wählermehrheit die gegenwärtige Regierung ins Amt berufen.

Allgemeine Zeitung

Ein längerer Streik im Druckgewerbe, noch mehr aber in einer so gewichtigen Branche wie der Metallverarbeitenden Industrie müßte sich zwangsläufig auf das Wirtschaftswachstum auswirken und folglich auch darauf, was am Ende des Jahres zu verteilen ist ... Daß eine 35-Stunden-Woche für alle zur Zeit nicht zu finanzieren wäre, räumen selbst führende Gewerkschafter ein. (Mainz)

WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE

Bei näherem Hinsehen reduziert sich der Konflikt auf die Frage, wie beide Seiten bei Wahrung ihres Gesichts von ihren starren Positionen herunterkommen. Arbeitgeber und Regierung sagen, daß es ein Unglück wäre, wenn der beginnende Aufschwung durch einen großen Streik gestört würde. Wenn das so ist, dann sollten alle Anstrengungen aber auch auf die Vermeidung des Streiks und nicht darauf gerichtet werden, die Gewerkschaften in die Knie zu zwingen. (Essen)

Nicaraguas neueste Abfuhr für die Contadora-Staaten

Die Sandinisten denken nicht an Verzicht auf Expansion / Von Werner Thomas

Man verabschiedete sich diesmal nicht mit herzlichen Umarmungen wie Anfang Januar, als eine euphorische Atmosphäre dominierte. Kühle Handschläge beendeten die siebte Außenministerkonferenz der Contadora-Gruppe. Das Stimmungsbarometer sank in Bereiche des frostigen Pessimismus. Kein Wunder. Vielleicht hat der Verlauf dieser Veranstaltung etwas zur Entmythologisierung dieser grundsätzlich begrüßenswerten Bemühungen beitragen und manchen auf den Boden der Realitäten zurückgeführt.

Kolumbien, Mexiko, Panama und Venezuela, die nach einer panamaischen Pazifik-Insel benannten Contadora-Staaten, gehören zu den angesehensten Ländern Lateinamerikas. Sie haben jedoch weder einen politischen noch einen militärischen Einfluß auf ihre Umgebung. Ihr wirtschaftliches Hilfspotential ist begrenzt. Mit guten Worten allein lassen sich die explosiven Probleme dieser Region nicht lösen.

Die Initiativen sind schließlich auch ein innenpolitisches Instrument der beteiligten Nationen. Es klingt gut, für den Frieden zu sein. Es tut gut, ständig internationales Lob zu ernten. Der kolumbianische Präsident Belisario Betancur und sein mexikanischer Amtskollege Miguel de la Madrid können mit ihren Contadora-Aktivitäten dem linken Druck in den eigenen Ländern entgegenwirken.

In Panama beschuldigte der sandinistische Außenminister Miguel d'Escoto die Nachbarn Costa Rica, El Salvador und Honduras, Lakaien der Reagan-Regierung zu sein. Der honduranische Außenminister Edgardo Paz Barnica erwiderte: „Nicaragua ist das Hindernis für den Frieden."

D'Escoto war bereits wütend nach Panama gereist, weil Costa Rica, El Salvador und Honduras letzte Woche ein gemeinsames Kommuniqué veröffentlicht hatten. Darin wurde Nicaragua aufgefordert, einige der wichtigsten Vorschläge der Contadora-Gruppe umgehend zu erfüllen. Es soll die Hilfe für die Guerrilla-Organisationen der Region einstellen, die Zahl der kubanischen Militärberater (etwa 3000) reduzieren, die Stärke seiner Streitkräfte (letzte Schätzungen: 120 000 Soldaten und Milizen) und seine militärischen Verflechtungen mit dem Ostblock umfassend darlegen und die Aufrüstung beenden.

Schroff wies d'Escoto diese Forderungen zurück: „Wir müssen in der Lage sein, unsere Souveränität zu verteidigen. Wir werden angegriffen und können uns deshalb nicht selbst schwächen." Warum aber unterstützt die CIA jene „Contras", die gegen das Sandinistenregime kämpfen? D'Escotos Kollegen wissen die Antwort: die expansive Revolution. Nicaraguas Nachbarn fühlen sich bedroht.

Es gibt eine westliche Tendenz, bei allen Verhandlungsfehlschlägen immer erst einmal dem Westen, vorzugsweise Präsident Reagan, die Schuld anzulasten: wenn der andere nicht will, dann muß man eben noch mehr „Initiativen vorlegen" (auf deutsch: noch weiter nachgeben). Hier ist zur Abwechslung Reagan einmal nicht der Buhmann, vielmehr sind es die Contadora-Staaten. Was ist so falsch an ihren Vorschlägen? Ganz einfach.

Natürlich kann Nicaragua nicht seine Truppenstärke bloßlegen. Dann würde nämlich – wenn die Nachbarn desgleichen tun – jeder sehen, wer da wen bedroht. Dasselbe Problem kennen die Europäer aus Wien, wo ja auch diejenigen, die dem sowjetischen Expansionismus verständnisvoll gegenüberstehen, wider die westliche „Erbsenzählerei" polemisieren. Natürlich kann Nicaragua die Hilfe für die kommunistische Guerrilla in El Salvador nicht einstellen; wie soll sich diese sonst gegen die demokratische gewählte Regierung durchsetzen? Natürlich kann es seine Ostblock-Verflechtungen nicht offenlegen, sonst wären auch die letzten westlichen Illusionen über die „blockfreien" Sandinisten dahin. Nicaragua also will tun dürfen, was ihm paßt, die Nachbarn und die Amerikaner aber sollen stillhalten. Das wäre ein Modell für Wien und Genf. Seltsamerweise aber scheinen die Neutralen in Lateinamerika davon nicht viel zu halten.

Wenn die sandinistischen Comandantes heute beschlössen, sich allein auf ihre eigene „Revolution" zu konzentrieren, wäre der Mittelamerika-Konflikt bald gelöst. Dann würden auch die Amerikaner über ein Ende der Unterstützung der „Contras" mit sich reden lassen. Die Männer in Managua träumen jedoch noch immer von einem marxistischen Mittelamerika. Die Hilfe für die Rebellen in El Salvador geht weiter. Sie wurde, wie es in Washington heißt, noch verstärkt, weil die Guerrilleros eine „Endoffensive" in den Wochen vor den amerikanischen Präsidentschaftswahlen (Anfang November) planen.

Die Sandinisten spielen nach wie vor die Rolle des Opfers und lassen sich bemitleiden von einem internationalen Sympathisantenkreis, der mehr desinformiert als informiert die Situation beurteilt. So werden die weiteren Contadora-Konferenzen enden wie die letzte in dieser Woche: ohne Erfolg.



Der Mann, der Spanien aus der Krise führen will

Je größer die Wirtschaftskrise in Spanien wird, desto mehr sehen in ihm den kommenden Regierungschef in Madrid: Manuel Fraga Iribarne. Der spanische Oppositionsführer trifft heute zu einem Besuch in Bonn ein.

Von HEINZ BARTH

Wenn man wissen will, warum es ihn drängt, Spanien zu regieren, obgleich es zu den am schwersten regierbaren Ländern der Welt gehört, bekommt der Besucher in der Madrider Parteizentrale der „Alianza Popular" *als erstes* eine reichhaltige Auswahl aus dem Handbuch staatsbürgerlicher Tugend vorgesetzt.

Reichhaltig ist es immer, was Manuel Fraga Iribarne, Oppositionsführer in den Cortes und in nicht ferner Zeit möglicherweise Regierungschef, über Spanien und seine Politik zu sagen hat. Es hat auch den unverkennbaren Ton seiner festgefügten liberal-konservativen Überzeugungen. Aber dann kommt blitzschnell zum Vorschein, was ihn eigentlich antreibt: „Wer nicht bereit ist, sich von anderen schlecht regieren zu lassen, muß schon versuchen, selber zu regieren.

Das Verhältnis des 61jährigen Parteichefs zur Macht ist so kerngesund, wie es das seines engeren Landsmannes Franco war, der wie er aus Galizien, dem bodenständigen und regenfeuchten Nordwesten der Halbinsel kam, wo die arbeitsamsten und am besten organisierten Spanier daheim sind. Sieben Jahre lang war er Minister und zwei Jahre Londoner Botschafter des Generals. Daß er aus der Zeit der Diktatur als einzige bestimmende Figur im öffentlichen Leben des Landes übrig blieb, spricht für die politische Beweglichkeit, aber *auch für die Ausdauer des Mannes.*

Fraga sah die Zeit der Reformen voraus

Noch vor der Spätphase des Franco-Regimes, Anfang der sechziger Jahre, als es sich aus der internationalen Isolierung gelöst, aber noch seine autoritäre Starrheit bewahrt hatte, sah Fraga voraus, was unaufhaltsam kommen mußte – eine Zeit der Reformen, die das Spanien der *Nach-Franco-Ära von Grund auf* verändern würde. 1961 zum Informationsminister ernannt, dem unbehaglichsten Ressort, das die Diktatur zu vergeben hatte, machte er sich an die halsbrecherische Aufgabe, ein Pressegesetz zu entwerfen, das die seit 1937 herrschende Vorzensur abschaffen und ein Statut der Informationsfreiheit vorbereiten sollte.

Es war das erste Teilstück der berühmten *„Apertura", die den Boden* für die spätere Demokratisierung des Systems und die konstitutionelle Monarchie aufbrach. Ohne die Verdienste, die Fraga sich damals um die Umwandlung Spaniens in eine moderne Gesellschaft erwarb, wäre es völlig undenkbar, daß er heute die Chance hat, einer der maßgebenden Figuren der europäischen Politik zu werden. Seit die Sozialisten bei der Oktoberwahl von 1982 die absolute Mehrheit gewannen, wobei die richtungslose, ideologisch verwirrte „Union des demokratischen Zentrums" restlos auseinanderbrach, ist er der unbestrittene Führer der gemäßigten Kräfte, die in der Mitte und rechts von ihr stehen – *dauerhafteste* Hinterlassenschaft des Franco-Regimes, das durch die Industrialisierung Spaniens die Grundlage für die Entstehung einer breiten Mittelschicht schuf.



Spaniens Oppositionschef Manuel Fraga Iribarne: „. . . muß schon versuchen, selber zu regieren". FOTO: SVEN SIMON

Der Besuch, den Fraga ab Donnerstag der Bundesrepublik abstattet, und das Gespräch, das er am Freitag mit dem Kanzler führen wird, kommen sicher keinen Augenblick zu früh. Für die linke Desinformation war seine Vorgeschichte lange ein willkommener Vorwand, eine publizistische Quarantäne über ihn zu verhängen, wie sie nach ihrer Vorstellung einem „Spätfaschisten" gebührt. Selbst andere Kreise in Bonn, nämlich die Führung der CDU, deren Auslandskontakte mit befreundeten Parteien oft von einer rührenden Verkennung einfachster Zusammenhänge sind, nahmen Fraga und seine Volksallianz lange nicht zur Kenntnis.

Das hat damit zu tun, daß er an der Spitze von liberal-konservativen Kräften steht, die auf das beruhigende „C" in ihrem Firmenschild verzichten – ein Etikett, von dem sich zum Beispiel das Konrad-Adenauer-Haus bei seinen lateinamerikanischen Kontakten des öfteren täuschen ließ. *Manuel Fraga – „Manolo"* für die Freunde – ist ein diplomatisch erfahrener Caballero, dessen Richtstrahler genauer auf Europa eingestellt ist als die der Mehrzahl seiner Landsleute. Die Liste der Bücher und Broschüren, die er seit 1947 veröffentlichte, weist 49 Positionen auf. Es ist nicht das erste Mal, daß er nach Bonn kommt, aber das erste Mal, daß sein Besuch Bedeutung für das künftige Verhältnis Spaniens *zur Welt jenseits* der Pyrenäen erhalten kann.

Die Sozialisten, die das Land seit achtzehn Monaten regieren, sind in Bedrängnis geraten. Der Unbegrenztheit der euphorischen Erwartungen, die in sie gesetzt wurden, entspricht *die Maßlosigkeit* der Enttäuschung, die den auf dem rechten Flügel der Partei stehenden Ministerpräsidenten Felipe Gonzalez trifft. Spaniens KP ist kein ernst zu nehmender Faktor mehr, aber die kommunistischen Gewerkschaften üben unbarmherzigen Druck auf ihn aus. Statt der 800 000 neuen Arbeitsplätze, die er versprach, stieg die Arbeitslosigkeit auf 2,5 Millionen.

Je mehr sich die Wirtschaftskrise verschärft, um so schneller nimmt die Zahl derer zu, die in Fraga den kommenden Mann sehen. Den Mann, dem die Energie zuzutrauen wäre, mit Terror und Kriminalität in diesem Land fertig zu werden, das sein Vertrauen *zu Polizei und Justiz verloren hat.* Als Fraga nach der Oktoberwahl von 1982 das Erbe der Zentrumsunion antrat und mit weitem Abstand hinter den siegreichen Sozialisten die Führung der Opposition übernahm, lagen die Aussichten seiner Machtübernahme noch in weiter Ferne. Sie sind noch immer im Ungewissen, seit seine „Volksallianz" bei den katalanischen Autonomiewahlen am letzten Sonntag eine Enttäuschung erlebte.

Ein schwerer Schlag gegen die radikale Linke

Mit der intellektuellen Ehrlichkeit, die sonst nicht die hervorstechendste Eigenschaft spanischer Politiker ist, gibt Fraga den Rückschlag zu. Noch größer war aber der Rückschlag, den die Sozialisten nun schon zum zweiten Mal nach den baskischen Autonomiewahlen in Katalonien erlitten. Es ist ein Trost für die Verlierer, daß die Ergebnisse von Autonomiewahlen nicht ohne weiteres mit denen allgemeiner Wahlen gleichzusetzen sind. Trotzdem hat sich in Katalonien der Trend zur Mitte verstärkt. Die radikalen Gruppen links von den Sozialisten wurden förmlich zermalmt.

Das läßt Rückschlüsse auf die 1986 fälligen allgemeinen Wahlen zu. Fraga glaubt, daß Felipe Gonzalez sie auf die zweite Jahreshälfte 1985 vorziehen möchte, weil die wirtschaftliche und soziale Krise bis dahin unhaltbare Verhältnisse geschaffen haben und weil es der Ministerpräsident vermeiden muß, in den Sog der französischen Wahlen zu geraten, bei denen mit einer deutlichen Niederlage Mitterrands zu rechnen ist.

Aber selbst im günstigsten Fall kann Spaniens Mitte-Rechts-Bewegung nicht ohne ein Wahlbündnis mit den konservativen Autonomisten Kataloniens und des Baskenlandes auf den Sieg hoffen. In Katalonien sind die Voraussetzungen dafür gegeben. Daß Sordi Buchol, seit vier Jahren Präsident der Generalitat, seine Führung zur absoluten Mehrheit ausbauen konnte, spricht für das Stabilitätsbedürfnis der besonnenen Katalanen, die dem militanten Anti-Zentralismus eine Absage erteilten. Hier bleibt der „Alianza" ein Reservoir, um einen Teil der drei Millionen angeödeter Wahlbürger zurückzuholen, die vor anderthalb Jahren in die Arme des Sozialismus flüchteten und es jetzt bereuen.

Als „Gallego" ist Fraga selbst dem gemäßigten Autonomismus zuzurechnen, der aber einen scharfen Trennungsstrich zu den Separatisten zieht. Es gibt keinen geschliffeneren Dialektiker unter den heutigen spanischen Politikern. Seine boshaften Epigramme sind bei denen, die ihm ideologisch nahestehen, fast noch mehr gefürchtet als von den Sozialisten. Über den früheren Premierminister Adolfo Suárez, *der ihn unter dem* Postfrankismus aus der Übergangs-Regierung entfernte, urteilt er unbarmherzig: „Ich behaupte nicht, daß er alles falsch gemacht hat. Auch eine stehengebliebene Uhr zeigt zweimal am Tag die richtige Zeit an." Wenn er auf die Tribüne der Cortes steigt, füllt sich das Halbrund im Handumdrehen. Die Kameras der Television beginnen zu klicken. Obwohl er, kurzbeinig *und übergewichtig, aber mit* einem kaustischen Humor ausgestattet, nicht über das telegene Flair seines Gegenspielers Felipe Gonzalez verfügt, und mit seinen zerknitterten Anzügen nicht als Dressman glänzen kann, hat ihn sein Einfallsreichtum rasch zum Fernsehstar gemacht.

Fraga, ungeduldig und von vehementem Temperament, hat etwas von einem spanischen Franz Josef, aber zu seinem Glück ist er mit einem exakteren Gespür für das, was ihm schaden könnte, ausgestattet. Er weiß, *daß er in Bonn mit den einzigen* europäischen Partnern sprechen wird, die sich ohne Reserve für den spanischen EG-Beitritt einsetzen. Von der Belastung der spanischen EG-Mitgliedschaft durch zu viele Vorbedingungen will Fraga nichts wissen. Er macht geltend, daß Spanien an seinen Beitritt zum Atlantikpakt keine Vorbedingungen knüpfte. Er traut sie sich tatsächlich zu, die Volksbefragung über das Verbleiben in der Allianz zu gewinnen, die Felipe Gonzalez angesichts der NATO-feindlichen Haltung von über achtzig Prozent der Spanier nicht riskieren darf. Dazu fällt dem pointenreichen Caballero schon wieder eine Anekdote ein: „Die NATO? Es kommt immer darauf an, wer fragt und wie gefragt wird. Kennen Sie die Geschichte von dem Jesuiten, der sich beim Papst erkundigt, ob er beim Beten rauchen darf? Der Papst sagt nein. Ob er aber beim Rauchen beten darf? Der Papst sagt ja."

Fairbanks – „Große Geister in einem großen Land"

Fairbanks, eine alte Goldgräberstadt in Alaska, erwacht aus der Kältestarre des Winters. Doch nicht nur der Frühling, sondern auch das *Treffen zwischen Papst* Johannes Paul II. und Präsident Ronald Reagan läßt das Leben pulsieren.

Von THOMAS KIELINGER

Marilynn Forrest, 12jährige Schülerin an der Ryan Junior High School in Fairbanks, Alaska, ließ sich nicht täuschen. „Lieber Mr. President", so begann sie ihren Brief an das Staats- und Regierungsoberhaupt, „unsere ganze Stadt ist begeistert von Ihrem Besuch. Aber warum mußte erst der Papst kommen, ehe Sie sich bei uns sehen ließen? Hoffentlich erleben wir Sie und Mrs. Reagan bald wieder."

Die Zeilen, veröffentlicht von Fairbanks Nachmittagszeitung, dem „Daily News-Miner", umschrieben in nüchterner Trefflichkeit den historischen Augenblick dieses 2. Mai: Ein glücklicher Zufall der Reiseplanung, nicht irgendwelche heimlichen Liebschaften zwischen Alaska und dem Weißen Haus, bringen den amerikanischen Präsidenten auf seinem Rückflug von China in diese 165 Kilometer südlich des Polarkreises gelegene Stadt. Der glückliche Umstand heißt Papst Johannes Paul II., anreisend vom anderen Ende der Weltkugel, auf dem Flug nach Südkorea, Thailand und Neuguinea.

Der große Stützpunkt Alaska liefert die Bühne für eine zeitgeschichtliche Begegnung von flüchtiger, aber tiefreichender Symbolik. Der Zufall mag die alte Goldgräberstadt an einem Nebenfluß des Yukon in einen Taumel ungeahnten Glücks versetzt haben – unpassend ist die Begegnung für diesen Schauplatz der Erde durchaus nicht.

Schätzungen ergeben ungefähr die gleiche Entfernung von Fairbanks nach Peking und zur amerikanischen Hauptstadt: 7200 Kilometer. Über den Pol geflogen, entspricht dies aber auch der Route Fairbanks–Rom. Papst und Präsident halten im Knotenpunkt Alaska für einen Moment auf ihren vergleichbar langen Reisen inne, und wie eine faszinierende Kulisse steht der asiatisch-pazifische Raum im Hintergrund dieses Treffens.

Ronald Reagan ist 30 Stunden vor dem römischen Pontifex eingetroffen, – *Zeit genug, um sich* und Alaska gleichsam in Stimmung zu versetzen, den Erfolg seiner China-Reise zu zelebrieren und ein Loblied auf den Grenzer- und Unternehmergeist Amerikas zu singen. „Euer Drang", so ruft er seinen Zuhörern beim Mittagessen zu, „zeichnet unser Selbstbildnis als Nation noch klarer. Für die meisten Amerikaner seid Ihr die Verkörperung des Grenzergeistes, der Charakterstärke, der Abenteuerlust, die wir alle als Erbgut reklamieren."

Pete und Betty Bowers, die beide *vor Jahren aus Illinois nach Alaska* einwanderten, schauen sich etwas verschämt an. „Wir leben unsere Existenz am Rande der Wildnis schon so lange, daß uns diese Lobesworte fast überraschen. Aber vielleicht hat der Präsident recht: Alaska ist wirklich die letzte noch uneroberte Grenze dieser Nation." Mr. Bowers, ein Beamter der Bundesbehörde für Landschaftsschutz, und seine Frau Betty, die Sozialkunde an einer höheren Schule unterrichtet, leben zehn Meilen außerhalb von Fairbanks in einem Haus auf vollkommen unerschlosse*nem Boden. Geld für die Anlage* eines eigenen Brunnens – und den Anschluß an fließendes Wasser – ist noch nicht da. Man behilft sich mit einer täglich nachgefüllten 5-Gallonen-Flasche frischen Wassers.

Aber für die meisten der Bewohner Fairbanks und Alaskas überhaupt ist die Jugend und der Chancenreichtum dieses seit 25 Jahren der Union zugehörenden Staates eine nicht endende Passion. Sie zieht immer mehr Bewohner der „unteren 48", wie man in Alaska von der übrigen kontinentalen USA etwas herablassend formuliert, in ihren Bannkreis. Dies ist der am stärksten wachsende Bundesstaat überhaupt – zwischen 1980 und 1983 stieg seine Bevölkerung um 19 Prozent an, auf heute ca. 479 000.

Doch was besagt dies schon in einem Gebiet, sechsmal so groß wie die Bundesrepublik? Das Territorium Alaskas macht 20 Prozent der Landmasse der „unteren 48" amerikanischen Bundesstaaten aus, – ein unermeßlicher Schatz von wilder Natur und bisher nicht gehobener Bodenschätze. 95 Prozent des Gesamtgebietes *unterstehen dem Schutz und den* Regulationen der Bundesregierung in Washington. In den übrigen 5 Prozent tummelt sich die größte Zahl individueller Unternehmer, deren ein einzelner US-Bundesstaat sich rühmen darf. Auch Fairbanks, mit seinen 44 000 Einwohnern Alaskas zweitgrößter Ort, partizipiert an diesem Boom-Fieber, diesem Aufbruchgeist, der mit Dienstleistungen und Zulieferindustrien für das Ölgeschäft den Dollar am Rollen und das Unternehmertum in Abenteuerlaune hält. Leider erhält es auch ein Preisniveau, welches erheblich über dem der übrigen USA liegt.

Aber während dieser Tage im Mai zählt nicht das Herzklopfen steigender Erfolgsaussichten, sondern einzig der Pulsschlag historischer Erwartung: Seit Monaten fiebern die beiden Konkurrenzkomitees – das Komitee für die Begrüßung des Präsidenten und das Komitee für den Papst-Besuch – ihrem krönenden Doppelereignis zu, von dem jedermann weiß, daß es den Seltenheitswert eines unerrechenbaren Lotteriegewinns darstellt. „Große Geister in einem großen Land", verkündet ein beliebtes *T-Shirt unter den Konterfeis des* Präsidenten und des Papstes.

Die Bürger haben die Ärmel hochgekrempelt und ihre Stadt in Mammutanstrengung reingeschrubbt. Man muß dabei wissen, daß im Mai, wenn die Luft sich sprunghaft auf 18 Grad *erwärmt und die Sonne – wenn* nicht von Wolken verdeckt – bereits 15 Stunden lang täglich scheint, der Schnee auf seinem Rückzug den Schmutz vergangener Monate offenlegt, viel Staub dazu und die grauschwarzen Töne der noch unerblühten Birken- und Fichtenlandschaft. Fairbanks erwacht aus dem eisigen Stupor der arktischen Nacht.

Die Passanten neigen fast dazu, sich die Kleider vom Leibe zu reißen, in Shorts und leichten Hemden einherzueilen, im Vollgenuß der plötzlichen Erwärmung. Am Ortsende, wo die Mülldeponie manches Genießbare anhäuft, kommen jetzt regelmäßig zur Dunkelheit einige schwarze Bären aus ihrem Waldunterschlupf, um sich an dem Gefundenen gütlich zu tun.

Daß sie bis zum Flughafen vordringen können, wo Papst und Präsident die für Alaska vorhergesagte Rekordmenge von 40 000 Menschen treffen wollen, *ist eher unwahrscheinlich:* An jeder Straßenkreuzung des Zufahrtsweges sind Schutzpolizisten und Geheimdienstbeamte postiert.



Der Eisbär ist in Alaska immer dabei: Ein Vereinspullover des Eishockey-Clubs für das Ehepaar Reagan FOTO: AP

Kiesl bietet „Allianz der Vernunft“ an

Kronawitter hielt Antrittsrede als Oberbürgermeister

PETER SCHMALZ, München

An seinem letzten Amtstag als Münchner Oberbürgermeister bat Erich Kiesl die Mitarbeiter des Rathaus-Direktoriums um eine gute Zusammenarbeit mit seinem Nachfolger Georg Kronawitter: „Ich werde dem neuen Oberbürgermeister genügend Schwierigkeiten bereiten, machen Sie ihm also nicht auch noch Probleme.“ Gestern, bei der Übergabe der goldenen Amtskette, gab sich der CSU-Politiker Kiesl versöhnlicher und reichte dem Sozialdemokraten Kronawitter die Hand: „Ich biete meine Mitarbeit an!“

Die Tür ist offen für eine Art Große Koalition in der bayerischen Landeshauptstadt, allerdings weniger durch die Einsicht der politisch Handelnden aufgestoßen als durch den Wählerwillen erzwungen: Mit je 35 Sitzen liegen CSU und SPD im 80köpfigen Stadtrat gleichauf, weder Grüne (6) noch FDP (4) können einer der beiden großen Parteien eine dauerhafte und sichere Mehrheit garantieren. Ein Zusammenrücken von Christsozialen und Sozialdemokraten wurde unentbehrlich.

Das erste Fundament für die schwarzrote Liaison wurde nach der feierlichen Amtsübergabe gestern nachmittag bei der ersten Vollversammlung des neuen Stadtrats gelegt: Zum zweiten Bürgermeister und damit zu Kronawitters Stellvertreter wählte der Stadtrat den CSU-Politiker Wilfried Zehetmeier, der damit sein eigener Nachfolger wird. Dritter Bürgermeister wurde Klaus Hahnzog, der als ideologischer Kopf der Münchner Linken gilt. Seine Wahl wurde als Nagelprobe dafür angesehen, ob die CSU-Fraktion ihr Angebot einer Zusammenarbeit ernst meint.

„Keine Pannenhilfe“

Aber auch für die SPD-Fraktion war die Wahl Hahnzogs eine harte Nuß. Nach dem überraschend guten Abschneiden der weiblichen Kandidaten wurde der Wunsch laut, eine SPD-Frau zum dritten Bürgermeister zu wählen. In der eigenen Fraktion hatte sich Hahnzog erst im dritten Wahlgang gegen seine Konkurrentin Edith von Welser-Ude durchsetzen können.

Mit dem Bürgermeister-Trio aus zwei SPD-Leuten und einem CSU-Mann ist die Harmonie im Münchner Rathaus allerdings nicht besiegelt. Erich Kiesl, von seiner Fraktion klar mit 32 von 35 Stimmen zum Fraktionschef gewählt, bietet zwar eine „Allianz der Vernunft“ an, kündigte in seiner OB-Abschiedsrede aber an, deshalb keine grundsätzlichen Positionen aufzugeben. „Ich stelle klar“, sagte er gestern, „dieses Angebot ist kein Angebot zur Pannenhilfe, keine Straßenwacht, um eine verfahrene Politik wieder flott zu machen.“ Auch er rechnet in den kommenden Jahren mit wechselnden Mehrheiten, aber er warnte seinen Nachfolger, sich für die Wohltaten auf der einen Seite und für die weniger angenehmen Notwendigkeiten auf der anderen Seite eine Mehrheit zu suchen.

Kiesl nutzte zugleich die Gelegenheit, Kronawitter die klassenkämpferischen Töne des Wahlkampfes vorzuhalten. Simple Faustregeln wie „kleine Leute gegen große“ oder „Mieter gegen Vermieter“ würden der Realität einer pluralistischen Großstadtgesellschaft nicht gerecht. „Mit solchen Formeln“, mahnte der scheidende CSU-Oberbürgermeister, „läßt sich eine Stadt weder regieren noch läßt sich der Frieden in der Stadtgemeinschaft bewahren!“

Noch nicht festgelegt

Kronawitter ging in seiner Antrittsrede auf diese Nadelstiche nicht ein. Er plädierte für eine „solidarische Stadtgemeinschaft“, ließ in seiner einstündigen Rede aber noch keine konkreten Konturen seiner künftigen Politik erkennen. Seine Rede war offensichtlich darauf angelegt, sich offen zu halten nach allen Richtungen und die künftige Suche nach Mehrheiten nicht schon am ersten Tag durch konkrete Feststellungen zu erschweren.

Die Stadt dürfe nicht weiter „bedenkenlos zubetoniert werden“, meinte er einerseits, sprach sich andererseits aber für weitere Neubauwohnungen „zu erschwinglichen Preisen“ aus. Er beklagte die hohe Neuverschuldung der Stadtkasse, kündigte aber an, wie sein Vorgänger eine möglichst hohe Investitionsrate anzustreben und davon einen Teil für besonders beschäftigungsintensive Maßnahmen zu verwenden. Die Arbeitslosigkeit nannte er „die größte ökonomische Vergeudung“, äußerte aber zugleich Bedenken, man könne sie durch U-Bahn, Kanal- oder Wohnungsbau verringern.

Sein liebstes und wohl auch zugkräftigstes Wahlkampfthema griff Kronawitter erneut auf: „Rabiater Wohnungsspekulation“ werde er entgegentreten: „Wer seinen persönlichen Profit auf das Leid anderer Mitbürger gründen will, wird bei mir kein augenzwinkerndes Verständnis für seine 'Geschäftstüchtigkeit' finden, sondern erleben, daß ich für die Betroffenen Partei ergreife.“

Bonn steht ohne Wenn und Aber zu Europa

Auszug aus der Rede, die Bundeskanzler Helmut Kohl gestern in Oxford gehalten hat:

Adenauers Entscheidung, das freie Deutschland rückhaltlos und unwiderruflich in die freie und demokratische Staatenwelt zu integrieren, ist in der deutschen Geschichte einzigartig und von historischem Rang.

Im europäischen Mächtesystem ging es immer um die strategischen Korridore Europas, die sich in der Mitte des Kontinents kreuzten, und damit um die Machtprojektion aller Mächte auf die europäische Mitte.

Für die Deutschen war die Europäisierung der Mitte stets Verdammnis und Versuchung zugleich: Versuchung, weil der Weg zum Nationalstaat eine Rebellion gegen das gegebene europäische Mächtesystem bedeutete. Verdammnis, weil es eine uneingeschränkte Selbstbestimmung der europäischen Mitte über sich selbst nicht geben konnte und weil jedes Aufbäumen die Existenz gefährdete und Teilung und damit Katastrophe ankündigte.

Adenauers Sorge galt dem Wiederaufleben des Mißtrauens gegen Deutschland, das durch einen neuen deutschen Nationalismus, durch kurzsichtigen Pazifismus und Neutralismus ausgelöst werden könnte. Dem zu begegnen und die deutsche Demokratie abzusichern, galt Adenauers Politik der Westintegration.

Wie aktuell diese Entscheidung ist, beweisen Entwicklungen in Europa, die unter dem weiten Begriff „Anti-Amerikanismus“ zusammenfaßbar sind. Diese Strömungen sind aufgrund der geschichtlichen Erfahrungen ernstzunehmen.

Ich brauche die möglichen Folgen einer solchen Entwicklung auf das Gefüge Europas und unserer westlichen Bündnisstruktur nicht auszuführen. Aber es wird damit deutlich, warum für die heutige Bundesregierung die Entschiedung für die europäische Integration irreversibel ist...

Es muß Klarheit darüber geschaffen werden, daß sich alle Partner der Gemeinschaft dem Ziel der europäischen Einigung auf die Dauer verpflichtet fühlen und daß sie den Prozeß, der uns alle schon ein gutes Stück vorangebracht hat, für unumkehrbar halten.

Der Ausgang des Brüsseler Gipfeltreffens gibt Anlaß genug, sich dieser Leitlinien zu erinnern. Die Tagung des Europäischen Rates am 19. und 20. März war für die breite europäische Öffentlichkeit eine herbe Enttäuschung. Ich teile diese Empfindung.

Doch darf dabei nicht übersehen werden, daß ungeachtet des Ausgangs von Brüssel der größte Teil der Aufgaben, die wir uns im Sommer 1983 auf dem Stuttgarter Gipfel gestellt hatten, bereits in diesem Frühjahr erledigt werden konnte.

Die Bundesregierung hat auf dem Europäischen Rat in Brüssel alle ihr gegebenen Möglichkeiten ausgeschöpft, um das Gipfeltreffen zum Er-folg zu bringen. Sie hat – wie die Bundesregierungen zuvor in den letzten Jahrzehnten – in der vordersten Linie jener Mitgliedstaaten gestanden, die die Fortentwicklung der Gemeinschafft zu einem immer engeren Zusammenschluß der freien Völker Europas mit Überzeugung und Nachdruck betrieben...

Es geht noch immer darum, ob Europa fähig ist, angesichts einer komplizierten weltpolitischen Lage, angesichts militärischer Bedrohung, wirtschaftlicher und ökologischer Probleme die Interessen seiner Nationalstaaten auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen und sich zu einigen. Und diese Einigung bedarf – daran besteht für mich kein Zweifel – endlich auch einer stärkeren politischen Ausformung.

Europa muß lernen, mit einer Stimme zu sprechen, auch im Verhältnis zu den USA. Die Frage der kommenden Monate und Jahre wird darum sein: Ist jeder Partner in der Gemeinschaft auch in schwierigsten Zeiten bereit, die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft als unwiderruflich zu betrachten? Wir sind es!

> „Es muß Klarheit darüber geschaffen werden, daß sich alle Partner der Gemeinschaft mit dem Ziel der europäischen Einigung auf die Dauer verpflichtet fühlen.“

Sind alle Partner bereit, ohne Wenn und Aber den Weg zur Politischen Union Europas zu beschreiten? Die Bundesrepublik Deutschland ist es!

Ich hoffe, daß die Antwort aller übrigen Partner der Gemeinschaft auf diese beiden entscheidenden Fragen ebenso lautet wie unsere.

Wir werden uns in der Gemeinschaft nicht nur über wirtschaftliche und politische Fragen zu unterhalten haben, sondern in Zukunft auch vermehrt über sicherheitspolitische Probleme. Die Herausbildung einer sicherheitspolitischen Komponente europäischer Einigungspolitik kann selbstverständlich keine Alternative zum NATO-Bündnis sein:

Die Allianz ist für die freien Völker Europas unverzichtbar, solange diese mit einer imperialen Supermacht auf europäischem Boden konfrontiert sind.

Doch ist es nötig, daß die Europäer in der NATO ihr Gewicht, ihren Einfluß verstärken, ihre spezifischen Interessen noch stärker zur Geltung bringen, als das in der Vergangenheit geschah. Es geht darum, die Atlantische Allianz den Bedingungen und den Anforderungen der Zukunft anzupassen und dabei den europäischen Pfeiler in der transatlantischen Partnerschaft zu festigen.

Dabei gilt für die Bundesregierung und für die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik, daß die NATO, und ganz besonders die enge Freundschaft und Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten das Fundament deutscher Sicherheitspolitik, die Garantie unserer Freiheit bleiben.

Nur ein starkes und einiges Bündnis kann den Frieden in Freiheit sichern. Das Bündnis verbürgt unsere Unabhängigkeit. Es dient dem Frieden in Europa und in der Welt und bleibt die Grundlage für eine wirkliche Entspannungspolitik...

Sicherheits- und Friedenspolitik der Bundesrepublik Deutschland dienen einem hohen politischen Ziel: der Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas. An der Seite des freien Westens und im europäischen Rahmen müssen und wollen wir unsere Zukunft gestalten und als Friedenswerk die nationale Frage lösen.

Wir sind uns der europäischen Dimension der deutschen Teilung bewußt, die wir nur mit Unterstützung durch die Nachbarn in Europa langfristig und nur auf friedlichem Wege überwinden können. Wir schließen Krieg und die Androhung und Anwendung von Gewalt als Mittel der Politik grundsätzlich aus.

Wir wissen, welche große Verantwortung gerade unserem Land als Stabilitätsfaktor in der Mitte Europas zukommt. Fest steht: Die Deutschen werden nicht noch einmal ihre europäische Verantwortung mißachten.

Unsere Verantwortung für Europa spiegelt sich auch und gerade in unserem Verhältnis zur DDR wider. Die Führung der DDR ist gegenwärtig bemüht, die deutsche Geschichte umzudeuten und sie sich so anzueignen. Hinter dem gesamtdeutschen Geschichtsbild der DDR steht die Idee eines sozialistisch-kommunistischen Gesamtdeutschlands. So soll ein national-kommunistisches Selbstverständnis geschaffen werden und als Legitimitätsersatz für ein Gemeinwesen dienstbar gemacht werden, dessen Theorie und Wirklichkeit von den Deutschen in der DDR in freien Wahlen nie angenommen wurden und nie angenommen würden.

Das deutsche Volk erwartet daher von jeder Bundesregierung, daß diese beharrlich auf einen Zustand des Friedens in Europa hinwirkt, in dem es in freier Selbstbestimmung seine Einheit vollenden kann.

Wer aber ja zur Einheit der Nation sagt, muß auf die Menschen in der DDR zugehen, muß zu ihnen gehen. Wir wollen zu praktischen Lösungen kommen. Auch damit erfüllen wir unsere nationale Verpflichtung.

Der Frieden wird in Europa um so gefestigter, je mehr es gelingt, die Härte der Teilung Deutschlands abzubauen und die Teilung im Rahmen einer stabilen europäischen Friedensordnung zu überwinden.

Bis dahin liegt vor uns noch ein weiter Weg. Aber wir haben keinen Grund zu resignieren. Die Geschichte spricht kein letztes Wort, sie schafft keinen endgültigen Zustand. Die Weltpolitik ist in stetigem Wandel begriffen.

Auch die Lage im geteilten Deutschland verändert sich, wie die Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten in den letzten Jahren zeigt.

> „Die Frage lautet: Ist jeder Partner in der Gemeinschaft auch in schwierigen Zeiten bereit, die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft als unwiderruflich zu betrachten?“

Positive Veränderungen in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten wirken sich auch auf Berlin aus. Diese Stadt hat für Deutschland und Europa eine doppelte Funktion:

– Sie ist Symbol für die standfeste Verteidigung von Demokratie und Menschenrechten durch die freien Völker des Westens und

– sie ist zugleich Gradmesser für die Beziehungen zwischen Ost und West.

Frankreich, Großbritannien und die USA wirken in Berlin aus eigenem Recht. Ihre Präsenz ist ein lebendiges Symbol unserer Partnerschaft in der Atlantischen Gemeinschaft; die drei Mächte stehen für die „Grundsätze der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechts“, wie es in der Präambel des NATO-Vertrages heißt.

Wir Deutschen sind den drei Schutzmächten Berlins zu großem Dank verpflichtet. In Dankbarkeit erinnern wir uns der Worte von Ihnen, Mrs. Thatcher, als Sie am 29. Oktober 1982 bei ihrem Besuch in Berlin sagten: „Die Präsenz (der britischen Truppen in Berlin) versinnbildlicht die unerschütterliche Verpflichtung Großbritanniens – ebenso wie die unserer französischen und amerikanischen Partner –, die Freiheit Ihrer Stadt sicherzustellen. Unsere Streitkräfte bleiben hier, weil ihnen damit eine lebenswichtige Aufgabe zufällt und weil Sie es so wünschen ... Wir werden uns dafür einsetzen, daß diese Eckpfeiler der westlichen Freiheit auch weiterhin als Garanten unserer Lebensweise erhalten bleiben.“

TU Berlin baut Kooperation mit China aus

F. D. Berlin

Die Technische Universität Berlin hat ihre Bemühungen erfolgreich fortgesetzt, mit Japan und mehreren chinesischen Universitäten zu einer verstärkten Zusammenarbeit und zu einem engeren wissenschaftlichen Forschungsaustausch zu kommen. Neue Kooperations- und Partnerschaftsverträge, die jetzt auf einer Fernost-Reise des TU-Präsidenten Professor Jürgen Starnick abgeschlossen wurden, sollen letztlich auch dazu beitragen, die Stellung Berlins als internationale Wissenschaftsmetropole zu festigen und auszubauen.

Besonderen Stellenwert räumen die Berliner Wissenschaftler der Erweiterung des seit 1983 bestehenden Partnerschaftsabkommens mit der chinesischen Jiaotong-Universität in Shanghai ein. Diese Universität, als eine der wenigen Spitzenakademien Chinas vom staatlichen Erziehungsministerium gefördert, hatte sich bereits im vergangenen Jahr zum gegenseitigen Austausch von Nachwuchskräften, gemeinsamen Forschungsprojekten und -aufenthalten hochkarätiger Wissenschaftler bereit erklärt. Ebenso gelang es der TU Berlin, mit den chinesischen Wissenschaftlern ein alljährliches gemeinsames Symposium zu verabreden.

Die beiden Universitäten rücken jetzt noch enger aneinander, indem Wissenschaftler gemeinsam ein Computerprojekt entwickeln wollen, das zudem die Unterstützung des Bundesministers für Forschung und Technologie erfährt. Im kommenden Jahr werden in Berlin zusätzlich Seminare zu zukunftweisenden Technologien wie der Glasfaser-Forschung veranstaltet, an denen die Shanghaier Universität eng mitarbeitet.

Ein weiteres Partnerschaftsabkommen mit der chinesischen Universität in Hangzhou sieht ein gemeinsames Arbeitsprogramm bis 1987 vor, in dem auch die Unterstützung Berlins bei der Absicht der Chinesen vereinbart wurde, Deutsch in der Provinz der Hangzhou-Universität als erste Fremdsprache anzubieten. Die Anwendung neuer Technologien im Bergbau ist Schwerpunkt eines Austauschvertrages mit der Chinesischen Universität für Bergbau in Jiangsu.

Um in Japan die Leistungsfähigkeit Berliner Forschung zu demonstrieren, beteiligte sich die TU Berlin gemeinsam mit der Freien Universität Berlin auch an der „Deutschen Leistungsschau in Tokio“. Neben dem Schwerpunkt Nachrichtentechnik galt das besondere Interesse der Japaner hier den biomedizinischen Forschungen in Berlin.

„Der Strom in den Westen bricht ab“

AP, Berlin

In der thüringischen Stadt Jena soll es nach Berichten aus West-Berlin in den vergangenen vier Wochen eine neue Verhaftungswelle gegen ausreisewillige „DDR“-Bürger gegeben haben. Seit Anfang April seien rund 70 Menschen verhaftet worden, wurde aus West-Berliner Freundeskreisen bekannt. Betroffen davon sollen größtenteils Familien sein, deren Kinder zwangsweise in Heime eingewiesen worden sein sollen. Die Verhafteten waren den Informationen zufolge zu Verhören bei der Abteilung Inneres vorgeladen worden und gelten seitdem als vermißt. „Der Strom nach Westen bricht ab“, hieß es dazu in informierten Kreisen in Berlin. Diejenigen „DDR“-Bürger, die ihren Wunsch nach Ausreise nicht mit genügend Nachdruck vorgebracht hätten, müßten in der „DDR“ bleiben und würden „unter Druck gesetzt“. In Berlin wurde unter anderem auf den Fall des 51jährigen Ingenieurs Arthur Striem verwiesen, der am 25. April festgenommen worden sei und bei einem Verhör seinen zweiten Herzinfarkt erlitten haben soll.

Der Staat soll die Streikkasse nicht entlasten

GÜNTHER BADING, Bonn

Anders als bei früheren Arbeitskämpfen können von Kurzarbeit oder Stillegung als mittelbare Streikfolge betroffene Arbeitnehmer gerade in dem jetzt zu befürchtenden, langandauernden Arbeitskampf nicht mit Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung rechnen. Konkret auf die geplanten Streiks in den Tarifgebieten Nordwürttemberg/Nordbaden und Hessen bezogen heißt das: wegen der Vorreiterrolle dieser Bezirke für die in allen anderen Tarifgebieten entsprechend erhobene Forderung nach der 35-Stunden-Woche werden die Arbeitsämter auch dort nicht an Kurzarbeiter und arbeitslos gewordene Metaller bezahlen müssen, wo gar nicht gestreikt wird.

Die IG Metall will das Argument nicht gelten lassen, daß sie mit ihrer einheitlichen Forderung nach Wochenarbeitszeitverkürzung die Grundlagen für solches Vorgehen der Arbeitsverwaltung geschaffen hat. Sie verweist auf die unterschiedlichen Nebenforderungen beim Lohn oder Überstundenausgleich. Ein Ruhen der Abreitslosengeldansprüche sei deshalb nicht aus den Bestimmungen des §116 des Arbeitsförderungsgesetzes herzuleiten, der die Haltung der Bundesanstalt im Arbeitskampf regelt.

Dort heißt es wörtlich: „Durch die Gewährung von Arbeitslosengeld darf nicht in Arbeitskämpfe eingegriffen werden.“ Wenn ein Arbeitnehmer „durch Beteiligung an einem inländischen Arbeitskampf“ arbeitslos geworden sei, so „ruht der Anspruch auf Arbeitslosengeld bis zur Beendigung des Arbeitskampfes“. Für Kurzarbeitergeld gilt sinngemäß dieselbe Regelung. Als am Arbeitskampf „beteiligt“ gilt – unabhängig von der Mitgliedschaft in der Gewerkschaft – wer selber streikt oder ausgesperrt wird.

Daß an die direkt in den Arbeitskampf verwickelten Arbeitnehmer aus Gründen der Neutralität von der Bundesanstalt kein Geld bezahlt wird, war nie strittig. Unterschiedliche Interpretationen, in der Vergangenheit auch heftigen Streit zwischen Tarifparteien bis hin zur Anrufung des Bundessozialgerichts, hat allerdings die Regelung im §116 AFG nach sich gezogen, die sich mit den nur mittelbar Betroffenen befasst. Dazu heißt es im §116 im Absatz drei: „Ist der Arbeitnehmer durch einen inländischen Arbeitskampf, an dem er nicht beteiligt ist, arbeitslos geworden, so ruht der Anspruch auf Arbeitslosengeld bis zur Beendigung des Arbeitskampfes, wenn

1. der Arbeitskampf auf eine Änderung der Arbeitsbedingungen in dem

DIE ANALYSE

Betrieb, in dem der Arbeitnehmer zuletzt beschäftigt war, abzielt, oder

2. die Gewährung des Arbeitslosengeldes den Arbeitskampf beeinflussen würde.“

Der Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit hat schon am 22. März 1973 eine sogenannte „Neutralitäts-Anordnung“ verabschiedet, mit Ausführungsbestimmungen zum Gesetz. Darin wird unter anderem festgestellt, daß der Anspruch auf Arbeitslosen- oder Kurzarbeitergeld auch für Beschäftigte von Betrieben derselben Branche außerhalb des bestreikten Tarifgebiets ruht, wenn „die Gewerkschaften für den Tarifvertragsbereich des arbeitslosen (oder kurzarbeitenden, d. Red.) nichtbeteiligten Arbeitnehmers nach Art und Umfang gleiche Forderungen wie für die am Arbeitskampf beteiligten Arbeitnehmer erhoben haben und mit dem Arbeitskampf nach Art und Umfang gleiche Arbeitsbedingungen durchgesetzt werden sollen.“ Damit soll vermieden werden, daß über Arbeitslosengeld Streiks mit „Vorreiterrolle“ in anderen Tarifgebieten finanziert werden.

Die IG Metall interpretiert diese Anordnung so, daß die Forderungen absolut identisch sein müßten, damit der Anspruch aus der Arbeitslosenversicherung in anderen als den bestreikten Tarifgebieten ruht. Bei der Bundesanstalt für Arbeit scheint man allerdings der Auffassung zuzuneigen, daß die Forderungen nur „im wesentlichen“ gleich sein müssen. Für diese Auslegung – der sich auch die Arbeitgeber angeschlossen haben – spricht, daß nach dem §116 des Arbeitsförderungsgesetzes der Anspruch auf Arbeitslosengeld außerhalb des umkämpften Tarifvertrags ruhen soll, wenn der Arbeitskampf auch auf die Änderung der Arbeitsbedingunegn außerhalb des umkämpften Tarifvertrags „abzielt“, der Streik in einem oder mehreren Tarifbezirken also eine Vorreiterrolle hat. Die IG Metall hat nie einen Zweifel daran gelassen, daß sie darauf „abzielt“, die 35-Stunden-Woche in allen Bezirken durchzusetzen und nicht nur im jetzt zur Urabstimmung aufgerufenen Baden-Württemberg oder Hessen.

Auch das Bundessozialgericht, das 1975 in einer vieldiskutierten Entscheidung den §116 sehr einschränkend ausgelegt hat, macht eine Ausnahme beim Streik mit „Modellcharakter“. Aus der damaligen Urteilsbegründung: „In solchen Fällen, in denen der erkämpfte Tarifvertrag seinem Inhalt nach mit Gewißheit auch für die nicht kämpfenden Arbeitnehmer der anderen Tarifbereiche Geltung erlangen wird, entspricht die Situation zwischen den verschiedenden Tarifgebieten der eines Schwerpunktstreiks innerhalb eines umkämpften Tarifgebietes.“ Und dann gibt es kein Geld aus der Kasse der Arbeitslosenversicherung.

Kirchen mahnen zu Besinnung in dieser Zeit

AP, Hannover

In einem gemeinsamen Wort an die evangelischen Gemeinden der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR“ haben der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Landesbischof Eduard Lohse, und der Vorsitzende der Konferenz der Kirchenleitungen in der „DDR“, Landesbischof Johannes Hempel, an die Barmer theologische Erklärung von 1934 und deren Bedeutung für die Gegenwart erinnert. Das Barmer-Gedenken solle dem Vergessen wehren und zu einer neuen Besinnung führen, hieß es in dem von der EKD in Hannover veröffentlichten „Wort“.

Lohse und Hempel wiesen in ihrem gemeinsamen Wort darauf hin, daß die Synode dem Versuch, die Kirche der staatlichen Ordnung anzupassen, die Erklärung entgegengesetzt habe: „Mit ihrer Botschaft wie mit ihrer Ordnung“ bezeugt die Kirche, daß sie allein Gottes Eigentum ist und sich von weltanschaulichen und politischen Überzeugungen nicht abhängig machen darf.“

Immer mehr NRW-Rekruten sind arbeitslos

hy. Düsseldorf

Der nordrhein-westfälische Oppositionsführer Bernhard Worms (CDU), hat in einem Brief an den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, seine Sorge über die Situation der arbeitsuchenden Wehrpflichtigen geäußert. Nachdem 1983 erst etwa zehn Prozent der nordrhein-westfälischen Rekruten ohne Arbeits- und Ausbildungsplatz waren, sei diese Zahl jetzt sprunghaft auf knapp 50 Prozent gestiegen, in absoluten Zahlen von 6695 auf 13 839.

Bei den zum 2. April einberufenen Wehrpflichtigen betrug der Anteil der Arbeitslosen 43,8 Prozent, bundesweit nach der Rechnung von Worms beim letzten Einstellungstermin 33 Prozent. Worms forderte Franke auf zu überprüfen, ob die Arbeitsämter durch größere Flexibilität bei den Beratungsterminen den Wehrdienstleistenden entgegenkommen könnten.

Eppler fordert „Gesprächspaket"

dpa, Stuttgart

Der SPD-Politiker Erhard Eppler hat die Bundesregierung aufgefordert, mit Ost-Berlin im Rahmen eines „Gesprächspakets" über die Anerkennung der „DDR"-Staatsbürgerschaft zu verhandeln. In den Stuttgarter Nachrichten nannte er als Beispiele für weitere Themen eines solchen Pakets außerdem „zumindest symbolische Truppenreduzierungen in beiden deutschen Staaten", Reiseerleichterungen, die Institutionalisierung von Städtepartnerschaften und die gemeinsame Finanzierung von Projekten in der Dritten Welt.

Von „gutnachbarlich" noch weit entfernt

dpa, Hamburg

Der Ständige Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin, Hans-Otto Bräutigam, sagte gestern, bis von gutnachbarlichen Beziehungen zur „DDR" gesprochen werden könne, sei noch viel zu tun. Die Reisemöglichkeiten, vor allem in Ost-West-Richtung, seien beispielsweise weiterhin sehr beschränkt. Dies sei eine ständige Quelle für Spannungen und Unzufriedenheit. Bräutigam äußerte sich aus Anlaß des 10jährigen Bestehens der Ständigen Vertretungen in Bonn und Ost-Berlin. Der Minister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen (CDU), unterstrich, es sei nicht länger hinnehmbar, daß Besucher der Vertretung in Ost-Berlin Schikanen und Kontrollen ausgesetzt seien.

Der Zwergstaat wehrt sich gegen Steuern

ROLF GÖRTZ, Madrid

Die Menschen aus dem Zwergstaat Andorra atmen auf. Sie brauchen auch in Zukunft keine Steuern zu bezahlen. Daß darüber die Regierung zurücktrat, schreckt sie nicht, wie gestern aus Kneipen, Geschäften und auf der Straße zu hören war. Aber wohl ist den wenigen „Paß-Andorranern", die allein mit ihrer Stimme über das Wohl und Wehe des Kleinststaates zwischen Frankreich und Spanien entscheiden, trotzdem nicht.

Die 5000 Wahlberechtigten von insgesamt 35 000 Bewohnern Andorras haben ihre Regierung, die Exekutive des 24 Mitglieder zählenden „Rates der Täler", zurücktreten lassen, weil sie die Steuerforderung des Ministerpräsidenten Oscar Riba Reig ablehnten.

Das Unbehagen kommt aus der Erkenntnis, daß der listig erworbene Reichtum der Banken, Hotels, der großen im Handelsregister eingetragenen Firmen und der Billig-Läden



ANDORRA

heutzutage seine Organisation verlangt und seine Infrastruktur. Und die kosten Geld.

Die merkwürdige Geschichte Andorras begann mit dem Vergessen. Weil der Graf von Foix in Frankreich und der Fürst-Bischof von Seo de Urgel in Spanien keine Lust hatten, wegen sechs armseliger Dörfer in den unwegsamen Pyrenäen Krieg zu führen – beide dachten sie, die Dörfer gehörten ihnen – deshalb entschlossen sie sich, die Bauern im Jahre 1287 sich selbst zu überlassen. Gegen einen kleinen jährlichen Tribut in Geld und Naturalien zahlbar umschichtig an Foix und Urgel. Weil der Bischof immerhin ihr Seelenhirte war, lieferten sie ihm als gute Katholiken außerdem jedes Jahr zu Weihnachten zwölf Esel, zwölf Fische, zwölf Rebhühner und sechs Schinken.

Andorra wurde zum Co-Dominium. Co-Fürsten sind zur Zeit Frankreichs Staatspräsident Mitterrand, gewissermaßen als politischer Erbe des Grafen von Foix und der Bischof von Seo de Urgel.

Niemand brauchte Soldat zu werden, die Polizisten liefern in modernen Zeiten die beiden Nachbarn Spanien und Frankreich. Das ging so lange, bis die Autos des modernen Tourismus in den fünfziger Jahren die vergessenen Täler entdeckten. Erster prominenter Tourist allerdings war immerhin schon Kurt Tucholsky. Mit den Abgaben der Touristen für das billige, weil zollfreie Benzin holten die Andorraner in den letzten 30 Jahren die Entwicklung der Umwelt nach. Aus armen Bauern und Schafhirten wurden ganz schnell die Besitzer des reichsten Staates Europas. Steuer- und Zollfreiheit machte ihren Staat interessant.

Das Handelsregister füllte sich nach dem Vorbild Liechtensteins und anderer Staaten mit namhaften Firmen. Als Firmeninhaber aber konnten nur Andorraner eingetragen werden, und die verlangten ihren Anteil. Banken zogen nach, das Geschäft blühte bald besser als in der Schweiz. Da eine Firma offiziell nur 33 Prozent Auslandskapital haben durfte, aber keine Bankengesetze die Kapitaleinfuhr kontrollierte, blühten auch bald die Geldinstitute. Sieben internationale Banken, darunter einige namhafte Weltfirmen ließen sich bereits in Andorra nieder.

Der Aufschwung brachte Reichtum für die Bauern, die aus ihrem Andorra-Dasein ein Geschäft machten, die Arbeit eingewanderten Spaniern – vor allem aus Katalonien – überließen. Ein Einwanderer wird erst in der dritten Generation – oder wenn er die älteste Tochter eines Andorraners heiratet – Staatsbürger von Andorra. So leben denn die 5000 „Paß-Andorraner" als eine privilegierte Schicht.

Der Staat Andorra hat bis 1975 Überschüsse aufweisen können. Jetzt sind Schulden da. Einem Staatsschatz von umgerechnet 3,2 Millionen Mark standen 1983 Ausgaben eines Haushaltes von 86 Millionen Mark gegenüber. Reig verlangt als Steuern 0,25 Prozent der Bankdepositen, kleine Abgaben bei Grundstücksgeschäften und zwischen ein und zwei Mark Abgaben je Bett und Jahr der Hoteliers (20 000 Betten). (SAD)

Spielerisches Werben für Europa

Für alle Parteien gilt: Zur EG gibt es keine Alternative / Wahlprogramme und -konzepte

ULRICH LÜKE, Straßburg

Katharina (Focke) engagiert sich in ihrem eigenen Zirkus oder geht auch mal im Fesselballon für die Sozialdemokratie in die Luft. Egon (Klepsch) geht für Europa aufs Wasser, mit drei Schiffen, von denen allerdings zwei aus Pappmaché gebaut sind und deshalb auf den Landstraßen um Stimmen für die Christdemokraten werben müssen. Und Martin (Bangemann) schließlich macht „Dampf für Europa", wenn auch der Zug der Liberalen in der Spielzeugausführung von einer veralteten Dampflock gezogen wird.

Zirkus, Ballon, Schiff, Zug – der Wahlkampf der deutschen Parteien für die Europa-Wahlen am 17. Juni hat etwas Spielerisches an sich. Nur so, glauben offenbar die Strategen aller Parteien, läßt sich der Bürger für den europäischen Urnengang interessieren, nur spielerisch wird es möglich sein, ihm wenigstens einige Information über das Parlament von Straßburg unterzuschieben.

Denn der Wähler, aufgerufen am 17. Juni in der Bundesrepublik die 81 deutschen Abgeordneten für das zweite direkt gewählte Europäische Parlament zu bestimmen, hat eine doppelte Aufgabe. Er bestimmt nicht nur über die Sitzverteilung zwischen Christdemokraten, Sozialisten, Liberalen und Grünen – er bestimmt auch über die Zukunft Europas. Bestimmt darüber, ob ihn einerseits die Europäische Gemeinschaft überhaupt noch interessiert, bestimmt andererseits darüber, ob er das Europäische Parlament für das Versagen zweier anderer europäischer Institutionen, des Ministerrats und der EG-Kommission, bestraft oder aber, ob er – was die Straßburger Abgeordneten hoffen – erkennt, daß, wenn überhaupt einer, dann die Parlamentarier ihre Aufgaben erfüllt haben.

Slogans ähneln sich

In dieser doppelten Abstimmung liegt das Problem der Wahlkampfplaner. Zumindest für die Bundesrepublik gilt jedenfalls für alle Parteien, die Grünen vielleicht ausgenommen, der Satz: Zur EG gibt es keine Alternative. So ähneln sich denn auch die offiziellen Slogans: „Aufwärts mit Deutschland. Mit uns für Europa", haben die Christdemokraten auf ihre Fahnen geschrieben. „Macht Europa stark", fordern die Sozialdemokraten und die Liberalen versprechen: „Wir brechen Bahn für Europa." Gemeinsam gegen die anderen EG-Institutionen, lautet die unausgesprochene Parole.

Die offiziellen Wahlprogramme, die die europäischen Parteienbünde in den letzten Wochen verabschiedet haben, unterscheiden sich eigentlich nur in der Themengewichtung. Die in der Europäischen Volkspartei zusammengeschlossenen Christdemokraten der EG stellen „mehr Arbeitsplätze und Beschäftigung in Europa" an die Spitze ihres Programms, gefolgt von Forderungen zur „Entfaltung des Bürgers", die von der Sicherheit über Familie und Bildung bis zum Umweltschutz reichen. Die Schlußkapitel widmen sich der Außenpolitik und den Forderungen nach einer institutionellen Fortentwicklung der Gemeinschaft.

Erstmals gemeinsam

Dieses institutionelle Kapitel rangiert dagegen bei den Liberalen ganz vorn, gefolgt von den wirtschafts- und sozialpolitischen Kapiteln, der Kultur und der Außenpolitik.

Den Sozialisten und Sozialdemokraten, zusammengeschlossen im „Bund der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft", ist es zum ersten Mal gelungen, ein gemeinsames Manifest zu formulieren. Es stellt „die drei Herausforderungen Arbeit, Frieden und Freiheit" an die Spitze und bleibt auf Grund des breiten Spektrums der Parteien (als einziges Bündnis mit Mitgliedern aus allen EG-Staaten) an vielen Stellen vage. Keine Einigkeit war mit den britischen und dänischen Genossen zu erreichen, als es um die Forderung nach institutionellen Verbesserungen ging.

Aus dem Rahmen fallen wieder einmal die Grünen. Ihr (deutsches) Programm stellt die Forderungen nach Dezentralisierung, nach einem Europa der Regionen heraus. Doch der Versuch, auf europäischer Ebene zu einem Wahlbündnis zu kommen, scheiterte. Die deutschen Grünen verweigerten ihre Mitarbeit, weil ihre Forderung, alle grünen Parteien zusammenzufassen, und nicht nur die streng ökologisch orientierten, von den anderen abgelehnt wurden. Konkret ging es um die Einbeziehung einer niederländischen Grünen-Bewegung mit stark kommunistischem Einschlag.

Die Kommunisten ihrerseits, die französischen und die italienischen zumal, machten noch nicht einmal den ernsthaften Versuch, zu einem gemeinsamen Wahlprogramm zu kommen. Zwischen Berlinguer und Marchais liegen weiterhin Welten.

Doch Parteiprogramme sind Papier. Die Kandidaten machen sich kaum Illusionen, daß die Europa-Wahlen stark innenpolitisch geprägt sein werden. In der Bundesrepublik ist es die erste bundesweite Wahl nach dem Urnengang vom 6. März 1983. In Frankreich ist die innenpolitische Situation so zugespitzt, daß Gaullisten und Giscardisten sich unter Führung von Simone Veil zu einer proeuropäischen Einheitsliste verbanden. Ein bemerkenswerter Vorgang, wenn man bedenkt, daß die Gaullisten 1979 noch als Partei „zur Wahrung der Interessen Frankreichs in Europa", also beinahe als EG-Gegner, antraten.

In Großbritanniens Labour-Partei ist heute zwar offiziell nicht mehr vom EG-Austritt die Rede, ein wichtiger Unterschied zwischen Konservativen und Sozialisten ist also entfallen. Doch die Spannung der Wahl liegt in der Frage, ob Labour unter Neil Kinnock seinen Konsolidierungskurs wird fortsetzen können, ob Margaret Thatcher ihre Popularität wiedergewinnen kann und wie das sozialdemokratisch-liberale Bündnis abschneiden wird.

Nationale Sorgen

Und in Italien wollen die Christdemokraten ihre Wahlschlappe von vor einem Jahr wieder wettmachen, wofür allerdings nur wenig spricht. Wie in diesen großen Ländern der Gemeinschaft sieht es in den kleinen aus. Namentlich in Luxemburg, wo gleichzeitig mit den Europa-Wahlen nationale Parlamentswahlen stattfinden. Ein Verfahren, daß auf die Wahlbeteiligung jedoch keinen Einfluß hat, denn im Großherzogtum herrscht wie in Belgien und in Griechenland Wahlpflicht. Eine hohe Wahlbeteiligung ist hier deshalb sicher, während sie in den anderen – Zirkus hin, Schiffchen her – erst noch erstritten werden muß.

Truppen der USA in Puerto Rico abgesetzt

AFP/AP, Camp Santiago

Im Rahmen der größten amerikanischen Manöver, die je in der Karibik stattgefunden haben, sind 800 Fallschirmjäger der 82. Luftlandedivision über Camp Santiago in Puerto Rico abgesetzt worden. Die Luft- und Seemanöver „Ocean Venture 84" hatten am 20. April begonnen und sollen bis zum 6. Mai, dem Tag der Stichwahl für die salvadorianischen Präsidentschaftswahlen, dauern. Offiziell haben die Manöver, an denen 32 500 Soldaten, 40 Kriegsschiffe und mehr als 300 Flugzeuge teilnehmen, den Schutz der Schiffahrtswege in dieser Region zum Ziel. Seit Beginn der Manöver hatte Washington immer wieder betont, daß sie keinerlei politische Bedeutung hätten und seit langem vorbereitet worden seien.

Derweil haben 3 000 Regierungssoldaten El Salvadors unter dem Schutz von Jagdflugzeugen und Artillerie mit einer Offensive gegen Stellungen der Guerilleros nordöstlich von San Salvador begonnen. Der zuständige Befehlshaber teilte mit, Absicht der Operation sei es, rund 900 im Raum von Jutiapa vermutete Aufständische zu vertreiben, um der Landbevölkerung die Teilnahme an der Präsidentschaftswahl am kommenden Sonntag zu ermöglichen.

Anklage wegen Technikschmuggel

AFP, Stockholm

Nach Angaben einer Stockholmer Zeitung ist der Direktor der schwedischen Firmengruppe ASEA, Sven-Olof Haakansson, wegen Technologie-Schmuggel in die Sowjetunion angeklagt worden. Er soll vor vier Jahren bei der Lieferung von Ausrüstungen für den sowjetischen Industriekomplex Oskol südlich von Moskau die illegale Ausfuhr von elektronischen Bauteilen aus den USA ermöglicht haben, die unter die Exportbeschränkungen für westliche Technik in den Ostblock fallen. Für seine Dienste soll der inzwischen entlassene ASEA-Direktor mit umgerechnet 200 000 Mark belohnt worden sein. Der Name Haakanssons war im vergangenen Herbst auch im Zusammenhang mit einem ominösen Computergeschäft mit dem Ostblock genannt worden. Damals waren mehrere für den Osten bestimmte Container mit Computern aus den USA, die illegal ausgeführt werden sollten, in Schweden beschlagnahmt worden.

Verhaftung eines jüdischen Siedlers

AFP, Jerusalem

Im Rahmen der Ermittlungen gegen jüdische Extremisten in Israel ist ein Siedler aus dem besetzten Westjordanland verhaftet worden. Nach Angaben des israelischen Rundfunks wurden damit 21 Israelis festgenommen, seit in der vergangenen Woche in Autobussen einer arabischen Transportgesellschaft Bomben entdeckt worden waren. Wie es heißt, sollen einige der Verhafteten mit dem Anschlag auf die islamische Universität von Hebron in Verbindung stehen, bei dem im Juli vergangenen Jahres drei Menschen getötet worden waren. Auch Zusammenhänge mit den Attentaten auf die palästinensischen Bürgermeister von Ramallah, Nablus und El-Bireh im Juni 1980 sollen angeblich nicht auszuschließen sein.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Sozialisten gespalten über Zusammenarbeit mit KPF

Kämpferische Rede des kommunistischen CGT-Chefs

A. GRAF KAGENECK, Paris

Die Erregung über die Pläne des französischen Präsidenten Mitterrand zur Modernisierung der Schwerindustrie scheint abgeflaut zu sein. Die Gewerkschaftsführer brachten nicht mehr als etwa 30 000 Menschen am „Tag der Arbeit" auf die Beine. Jede Gewerkschaft trat für eigene Forderungen ein, die sich auf den Nenner „gegen Austerity und Kaufkraftverlust für die Arbeit" bringen lassen.

Das Fazit des diesjährigen 1. Mai in Frankreich lautet: Die Arbeiter haben vor der Ungewißheit ihrer Zukunft keine Motivation zu größeren Streiks und Demonstrationen. Nicht einmal die von der Modernisierungspolitik der Regierung für die Industrie am härtesten getroffene Provinz Lothringen ließ sich mobilisieren. In Longvy, wo etwa 10 000 Stahlarbeiter in den nächsten zwölf Monaten ihren Job verlieren werden, verlangten nur 1200 Demonstranten der kommunistischen Gewerkschaft CGT, ihre Hütte Rehonnicht aufzugeben. CGT-Chef Henri Krasucki wiederholte vor 10 000 Demonstranten in Paris seine Vorwürfe an die Regierung, ihre Versprechungen nicht gehalten zu haben. Der Sozialismus, so wie er von den Sozialisten gehandhabt werde, habe die Arbeiter enttäuscht. Die Regierung schicke sich an, die Arbeitsplätze in Frankreich tot zu modernisieren. Den Arbeitern bliebe nur der Kampf als einziger Ausweg. Krasucki kündigte „eine große Streikaktion" für die nächsten Monate an.

Gleichwohl kündigt sich in Krasuckis scharfen Attacken gegen die Sozialisten immer unheildrohender das Ende der sozialistisch-kommunistischen Regierungkoalition an. In der Sozialistischen Partei kam es am Wochenende über die Frage, ob man noch weiter mit den Kommunisten zusammengehen soll, zu einer offenen Spaltung. Jean-Pierre Chevenement, der Führer des linken (Ceres)-Flügels der Partei, verlangte ein Ende der Umstrukturierungspolitik, da sie „uns von den Kommunisten trennen muß".

Parteichef Lionel Jospin antwortete darauf, nicht die Kommunisten hätten die Sozialisten in die Regierung berufen, sondern umgekehrt sei es gewesen. Wenn es den Herren nicht passe, könnten sie gehen, sagte er. Er trat für eine „Pause des Sozialismus" ein. Politische Beobachter sind sich einig darüber, daß der Parteiführer eine so scharfe Sprache nicht ohne Rückendeckung des Elysée-Palais hätte halten können.

TUC-Chef Murray gibt vorzeitig auf

Sein „neuer Realismus" ist gescheitert / Erfolglos bei Regierung und Gewerkschaften

FRITZ WIRTH, London

Len Murray, der Generalsekretär des britischen Gewerkschafts-Dachverbandes, hat überraschend zum Herbst seinen Rücktritt angekündigt. Normalerweise wäre seine Amtszeit erst in drei Jahren abgelaufen. Er selbst nannte Gesundheitsgründe für seine Entscheidung. Murray hat in den letzten acht Jahren zwei leichtere Herzinfarkte erlitten, schien seit zwei Jahren aber wieder voll bei Kräften zu sein.

Deshalb wird seine Begründung für den Rücktritt auch nicht von allen seinen Mitarbeitern akzeptiert. Die Wahrheit scheint zu sein, daß diese Entscheidung durch Enttäuschung über den Fehlschlag des von ihm eingeschlagenen politischen und strategischen Kurses der britischen Gewerkschaften bestimmt wurde. Es ist gewiß kein Zufall, daß er den „Tag der Arbeit" zur Bekanntgabe seines Entschlusses wählte.

Murray hatte nach Jahren der Konfrontation mit der Regierung Thatcher versucht, ein neues Arbeitsverhältnis zwischen Gewerkschaften und Regierung zu entwickeln. Er suchte wieder den Dialog mit den zuständigen Ministern in der Hoffnung, die von Frau Thatcher geplanten Gewerkschaftsreformen beeinflussen und abmildern zu können.

Dieser Kurs, der unter dem Stichwort des „neuen Realismus" lief, wurde nach erbitterten Debatten im letzten Herbst vom britischen Gewerkschaftskongreß abgesegnet. Er signalisierte zugleich einen deutlichen Ruck der britischen Gewerkschaften nach rechts.

Den ersten Rückschlag erlitt Murray mit dieser Politik im November



Len Murray

des letzten Jahres beim Druckerstreik, als es zu gewaltsamen Konfrontationen über das Prinzip des „closed shops", also des Gewerkschafts-Mitgliedszwangs, in Mittelengland kam. Murray weigerte sich damals, den streikenden Druckern die volle Unterstützung seines Gewerkschafts-Dachverbandes zu geben, weil ihre Aktionen gegen bestehende Gesetze verstießen. Es kam zu dramatischen Konfrontationen innerhalb seines Gewerkschaftsvorstandes und mit den Druckern, die ihn öffentlich einen „Verräter" nannten.

Diese Haltung Murrays stärkte seine Position gegenüber der Regierung, er verlor jedoch an Autorität in seiner eigenen Organisation. Der zweite schwere Rückschlag ereignete sich vor zwei Monaten in der „Cheltenham-Affaire", als die Regierung bekanntgab, daß die Angestellten dieses Geheimdienstzentrums keiner Gewerkschaft angehören dürfen. Murray fühlte sich nunmehr von der Regierung im Stich gelassen. Der von ihm betriebene Kurs des „neuen Realismus" war damit unter den eigenen Gewerkschaftsmitgliedern unglaubwürdig geworden. Murray fand sich plötzlich im Niemandsland.

Man darf sicher sein, daß sein Rücktrittsentschluß schon damals gefaßt wurde. In den letzten zwei Monaten war es bereits bemerkenswert ruhig um ihn geworden. Er hat bisher kein Wort zum gegenwärtigen Bergarbeiterstreik geäußert und nichts unternommen, die Kluft unter den Bergarbeitern selbst zu überbrücken.

Über seinen Nachfolger kann bisher nur spekuliert werden. Bisher wurde er traditionell aus dem Apparat des Dachverbandes gewählt. Wer immer es sein wird – es ist höchst fraglich, ob er den gemäßigten Kurs des Len Murray fortsetzt.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Kirchen jenseits der Elbe

„Gründung eines Kirchenbundes in der "DDR" gescheitert": WELT vom 12. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

der WELT gebührt Dank für Ihre Berichterstattung über die Situation der Kirche in Mitteldeutschland. Wenn die Würdigung der kirchlichen Probleme in beiden deutschen Staaten auch allgemein in der deutschen Öffentlichkeit ein größeres Interesse finden könnte, fiele uns allen die rechte Beurteilung und Behandlung innerdeutscher Angelegenheiten wesentlich leichter.

Alle Kirchenleitungsmitglieder der acht evangelischen Landeskirchen in Mitteldeutschland haben durch Unterschrift die Zusammenarbeit mit den Staatsorganen des „DDR"-Regimes versprechen müssen. In allen acht Landeskirchenämtern hat das „DDR"-Regime seine Agenten und Spione eingeschleust, um die Vorhaben und Entschließungen der acht Landeskirchen zu manipulieren. Mittel dazu sind erfahrungsgemäß seit der Staatsgründung Erpressung und Verlockung mit Sondergenehmigungen.

Nach der vom „DDR"–Regime erzwungenen Trennung der mitteldeutschen Landeskirchen aus der Evangelischen Kirche in Deutschland (1969) darf nicht ohne Erläuterung das von der WELT benutzte Wort „stabilisieren" für die Vereinigung der acht Landeskirchen verwendet werden. Diese beabsichtigte Vereinigung bedeutet in zweifacher Weise eine ungeheuere Bedrohung der evangelischen Christenheit in Mitteldeutschland:

Diese evangelischen Landeskirchen vertreten gegen einander verschiedene Lehren von der Kirche der Reformation. Eine Verschmelzung aus den angeblichen verwaltungstechnischen Gründen zu Lasten der Grundsatzunterschiede führte natürlich zur Instabilität. Konkret hier liegt auch eine der wichtigsten Gründe des „DDR"-Regimes, die acht evangelischen Landeskirchen Mitteldeutschlands zu einer einzigen Landeskirchenleitung zu vereinigen. Die unter den Landeskirchen dort gegenüberstehenden Lehr-Unterschiede werden mitgetragen von den evangelischen Landeskirchen in der Bundesrepublik Deutschland.

Darum sind die Landeskirchen lutherischen Bekenntnisses, etwa die Evangelisch-Lutherische Landeskirche in Bayern oder als Gegensatz die Kirchen Unierten Bekenntnisses, etwa die Evangelische Kirche in Westfalen, aus der freien Welt in besonderer Weise in der Pflicht, ihre evangelischen Glaubensgeschwister unter dem „DDR"-Regime zur Wachsamkeit über den Vorrang biblischer Lehre vor gesellschaftspolitischen Zwängen zu mahnen und Unterstützung zu schaffen gegen Eingriffe des Regimes in die innere und äußere Gestalt der Kirche Jesu Christi in Mitteldeutschland.

Die acht evangelischen Landeskirchen in Mitteldeutschland sind ungleich stark vom „DDR"-Regime unterwandert. Während man in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche in Thüringen ehemalige Funktionäre des „DDR"-Regimes (z. B. einen Richter vom Kreisgericht Gera) in den Oberkirchenrat integriert hat, gibt es in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche in Sachsen (Dresden) noch offiziell die Bekennende Kirche aus der Zeit des Dritten Reiches, den Landesbruderrat, der relativ wirksam die Bekenntnistreue der Kirchenleitung beeinflußt.

Von den Unierten Landeskirchen, etwa der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen (Magdeburg), sind bis 1982 die weitgehendsten Kompromisse zwischen christlichem Leben und sozialistischer Gesellschaft ausgegangen. Belege dazu sind bei den Problemen Konfirmation und Jugendweihe, Ordnung kirchlichen Lebens (Taufen, Trauung, Ordination, Pfarrerdienstordnung u. a. m.) und der Verknüpfung *der Diakonie mit dem staatlichen Sozial-* und Bildungswesen zu finden. Vor allem aber kommt aus diesem Bekenntnis-Verband die Ideologie: „Kirche im Sozialismus – Standortbestimmung der Christen in der kommunistischen Gesellschaft". Ohne Zweifel sehen die Christen beider Staaten in Deutschland, daß ihre Kirchenleitungen starke Einflußnahmen gesellschaftspolitischer Mächte abwehren müssen.

Diese Erläuterung muß der Öffentlichkeit bekannt sein, wenn man in dieser, für den deutschen Protestantismus außerordentlich wichtigen Angelegenheit, der geplanten „Vereinigten Evangelischen Kirche in der DDR" Hoffnung auf Stabilisierung hegt. Gerade die auch von der WELT vorgetragene Meinung der kirchlichen Befürworter dieser Vereinigung signalisiert die höchste Gefahr. Die einen kirchlichen Befürworter wünschen, daß der Staat ein „leichter" zu behandelndes Gegenüber bekomme, die anderen meinen, dem Staat gegenüber dann mit einer starken Stimme auftreten zu können. Wir haben in Deutschland die Kirchen-Vereinigung des Reichsbischofs Müller nicht mehr ausreichend in Erinnerung, darum haben wir auch das Barmer Bekenntnis von 1934, mit seiner These 4 verwässert: „Wir verwerfen die falsche Lehre, als dürfe die Kirche die Gestalt ihrer Botschaft und ihrer Ordnung ihrem Belieben oder dem Wechsel der jeweils herrschenden weltanschaulichen und politischen Überzeugungen überlassen." Wir müssen uns fragen lassen, ob wir unsere christliche Pflicht schuldig bleiben, die Irrenden vor dem Verderben zu warnen, – oder sind wir blinde Blindenführer?

Mit freundlichem Gruß
R. Latk,
Uhldingen

Ohne Minister

„Frust beim Spülen": WELT vom 13. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Vergnügen habe ich Ihre kleine Glosse über den Frust beim Spülen gelesen. Was hier angeregt wird, ist in Österreich bereits Wirklichkeit.

In einem Hotel in Hallstatt war auf dem bewußten Kästchen ein Aufkleber angebracht, daß man beim „kleinen Geschäft" gebeten werde, den Spülvorgang durch Rückschaltung des Druckhebels zu unterbrechen, um damit Wasser zu sparen. Dazu war es offensichtlich nicht notwendig, einen Minister zu bemühen. Aber bei uns ist bekanntlich keine Aufgabe zu klein, daß sich nicht ein Minister ihrer annehme.

Mit freundlichen Grüßen
A. Kling,
Karlsruhe

*

Wozu erst der ministerielle Umweg über ein Institut und sechs Fachfirmen? Und erst Üben und Probieren!?

Ein solcher Sparkasten, vom dörflichen *Flaschner geliefert, eingesetzt* und auf 7,5 Liter eingestellt, hängt in meinem WC schon seit Anfang des Jahres. Ich kann, nach einigem Einüben mit Fingerdruck Liter für Liter durchlassen.

Ich bin dafür, nicht nur die alten Kästen, sondern auch alle Umstands-Kommissare (s. oben) auszuwechseln. Wer nicht genug Geld hat, kann sich auch mit einem Ziegelstein im Kasten behelfen, oder mit Blei-Beschwerung des inneren Gestänges oder mit einem auf dem Markt befindlichem kleinen, einzubauenden Zusatzteil dazu. Die Idee mit dem Ziegelstein stammt übrigens aus Irland.

Dr. F. A. Lehmann,
Althütte

Reform-Folge

„Leserbrief: Die neuen Analphabeten": WELT vom 7. April

Sehr geehrte Redaktion,

in seinem Leserbrief beklagt Herr K. Tangermann die „mehr als dürftige deutsche Rechtschreibung und den erschreckenden Mangel an Allgemeinbildung" bei Lehrstellenbewerbungen von Abiturienten. Diese Klagen sind nicht neu und werden an den Tatsachen so wenig ändern wie die jahrelangen Warnungen der einschlägigen Wissenschaftler, Pädagogen, Lehrer- und Elternverbände, Bildung zum Instrument der Parteipolitik zu degradieren.

Mit der Einführung der sogenannten „Bildungsreform" auf der Grundlage neomarxistischer „Emanzipatorischer Erziehung" wurden „die klassische Bildung im Humboldtschen Sinne" und die bewährten Grundsätze der Pädagogik als „bürgerlich" hinweggefegt. Der ideologische Gleichheitswahn – im Lande des Marxismus-Leninismus längst abgeschafft – mit seinem Abitur und Universität „für alle" kann nur durch Nivellierung nach unten durchgesetzt werden.

Und was diese „Reform" unter „Bildung" versteht, liest man z. B. in der Einleitung der Lehrerbände schon für den „*Sachunterricht in der* Grundschule" ganz klar und einfach: „Nicht Kenntnisse und Fertigkeiten sollen den Lernprozeß bestimmen, sondern Erkenntnisse und Fähigkeiten, das, was politisch vorgegeben ist, emanzipatorisch zu verändern."

Ein Blick in Schulbücher aller Bundesländer bestätigt diese „Bildung" auf dem Rücken unserer Jugend mit noch unabsehbaren Folgen – auch „für alle"! Von einer „geistigen Wende", oder wenigstens einer Rückkehr zu Grundgesetz und Verfassung im Bildungsbereich, ist nichts zu erkennen!

Mit freundlichen Grüßen
E. von Löbbecke,
Kronberg

Wort des Tages

„Eine Nation, die von ihrer Regierung nichts weiter verlangt als die Erhaltung der Ordnung, ist schon versklavt im Grunde ihres Herzens. Sie ist der Sklave ihres Wohllebens, und der Mann, der sie in Ketten legt, kann auftreten."

Alexis de Tocqueville; franz. Historiker und Staatsmann (1805 – 1859)

Hier und jetzt

In ihrer Oppositionszeit haben CDU und CSU als eine ihrer ersten wichtigen Maßnahmen nach Übernahme der Regierung die Kürzung des ungerechten und auch wirtschaftlich unvernünftigen Steuertarifs genannt. Dieser Steuertarif ist durch die SPD so gestaltet worden, um die Mehreinnahmen nach ihren parteiischen Gesichtspunkten verteilen zu können, und dies sogar mit der grotesken Folge der hohen Schulden.

Wenn es auch die erste und wichtigste Aufgabe der jetzigen Regierung sein mußte, Deutschland zunächst aus dem Tief herauszuführen, in das es durch die frühere Regierung geraten ist, so ist doch jetzt nach den hoffnungsvollen Anzeichen der wirtschaftlichen Gesundung der Zeitpunkt gekommen, um die Steuerreform in Angriff zu nehmen und als erstes den Steuertarif zu ändern. Dies sollte ab 1. 1. 1985 geschehen und nicht erst 1986 oder sogar 1988, wie es unverständlicherweise der Ministerpräsident Späth aus einem zu engen Blickwinkel fordert.

Die Mehreinnahmen aus den heimlichen Steuereingängen belaufen sich auf DM 30 Millionen nach einer Schätzung von Ministerpräsident Strauß.

Sollten noch zusätzliche Mittel für eine seit Jahren überfällige Reform des Steuertarifs benötigt werden, so könnten diese erbracht werden durch den Abbau von Subventionen und übertriebenen Steuergeschenken sowie die Befolgung der endlich ernstzunehmenden Beanstandungen und Vorschläge der Rechnungshöfe und des Bundes der Steuerzahler.

B. Tiedt, Hamburg 67

Die Welt Gottes

„Leserbrief: Müßiger Streit"; WELT vom 18. April

Der gehaltvolle Beitrag des Herrn von Cramon-Taubadel zur menschlichen Intelligenz und der Unendlichkeit des Kosmos ließe sich ergänzen durch einen Gedanken, der in jüngerer Zeit bei unterschiedlichen Denkern deutlich zutage tritt. Werner Heisenberg, den ich hier leider nicht wörtlich zitieren kann, äußert sich in einem seiner Bücher, daß das Universum gar nicht das Ganze sei, sondern vermutlich nur Teil eines größeren Ganzen. Der anders ausgerichtete Nobelpreisträger William Golding schreibt ganz im gleichen Sinne: „Wir haben die Welt Gottes und des Menschen zu einem Universum herabgemindert, dessen strahlende Pracht dieser Herabschätzung widerspricht."

Dr. H. Zödler,
Leer

Personalien

KIRCHE

Präiat Dr. **Paul Fillbrandt**, Leiter des Katholischen Büros Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf, ist von Papst **Johannes Paul II.** zum Apostolischen Protonotar ernannt worden. Fillbrandt leitet das Büro seit seiner Gründung im Jahr 1958. Der 1911 in Duisburg geborene Theologe wurde nach philosophischen und theologischen Studien in Bonn und Tübingen 1936 in Köln zum Priester geweiht. Bis 1944 wirkte er als Kaplan *im Ermland, kehrte dann ins* Erzbistum Köln zurück, wo er als Kaplan, Religionslehrer und Pfarrverwalter tätig war. 1950 wurde er zum Stadtjugendseelsorger für die männliche Jugend in Düsseldorf ernannt, 1952 zum Diözesanjugendseelsorger und zum Leiter des Erzbischöflichen Jugendamtes für die männliche Jugend in Köln.

VERANSTALTUNGEN

Am 26. und 27. Mai findet in Hildesheim unter der Schirmherrschaft des Bundesministers für Innerdeutsche Beziehungen, **Heinrich Windelen**, der Bundeskongreß „Junge Generation" des Bundes der Vertriebenen statt. Die Leitung des Kongresses liegt in den Händen des Bundestagsabgeordneten **Helmut Sauer** (Salzgitter), der mit dem Referat „Der Wiedervereinigungsauftrag des Grundgesetzes – eine politische und moralische Verpflichtung" das Treffen eröffnen wird. Thematische Schwerpunkte des Bundeskongresses werden die menschenrechtliche *Lage in Ostdeutschland jenseits von* Oder und Neiße, die Rechtslage Deutschlands, die Frage der Weiterführung ostdeutscher Kulturarbeit, die Integration junger Aussiedler und die Friedensproblematik sowie die Europapolitik sein.

*

Die deutsche Barkeeper-Union feiert in diesem Jahr ihr 75jähriges Jubiläum. Sie ist damit der älteste Verein ihrer Zunft in Europa. Aus diesem Anlaß findet in diesem Herbst in Hamburg die Internationale Cocktail Competition (ICC) statt. Der Präsident der deutschen Barkeeper-Union, der auch gleichzeitig Vizepräsident der europäischen Union ist, **Jürgen E. Falcke**, wird *in der Zeit vom 19. bis 23. Oktober* 210 international bekannte Barkeeper aus weltweit renommierten Häusern begrüßen, die den Meister ihrer Kunst ermitteln wollen. Der Wettbewerb findet alle drei Jahre statt. Die Bundesrepublik Deutschland ist zum dritten Mal der Gastgeber.

GEBURTSTAG

Professor Dr. **Josef Pieper**, emeritierter Lehrstuhlinhaber für Philosophische Anthropologie an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, feiert am Freitag seinen 80. Geburtstag. Pieper, der mit mehr als 400 Veröffentlichungen im In- und Ausland zu den markantesten deutschen Philosophen dieses Jahrhunderts zählt, ist in dem münsterländischen Dorf Elte bei Rheine geboren. Er studierte in Berlin und Münster *Philosophie, Rechtswissenschaften* und Soziologie. Nach seiner Promotion 1928 arbeitete er vier Jahre als Assistent an einem sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut in Münster. Über ein Jahrzehnt lebte Pieper als freier Schriftsteller, ehe er sich 1946 für das Fach Philosophie habilitierte und zum außerplanmäßigen Professor an der Universität Münster ernannt wurde. 1960 wurde er ordentlicher Professor für „Philosophische Anthropologie" an der Universität Münster. Ehrenvolle Rufe an die amerikanische University Notre Dame sowie an die Universitäten Mainz und München lehnte er ab und blieb – bis auf Gastprofessuren in USA und Kanada – in Münster. Der auch heute noch an der Wilhelms-Universität lehrende Philosoph betrachtet als seine geistigen Väter **Plato** und **Thomas von Aquin**, denen er zahlreiche Arbeiten widmete. In seinen Büchern – unter anderem auch über Arbeit und Freizeit sowie über den Mißbrauch der Sprache – hat er immer wieder den Bogen zur heutigen Zeit geschlagen.

MILITÄR

Beim Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung der Bundeswehr scheint die Zeit ohne einen voll handlungsfähigen Präsidenten vorbei zu sein. Spätestens am 1. Juni wird Dr. **Heinz Gläser**, bislang Unterabteilungsleiter II in der Rüstungsabteilung des Verteidigungsministeriums, seine neue Postition als Nachfolger von Dr. **Otto Greve** antreten, der Ende April aus dem aktiven Dienst ausschied. Gläser gilt unter den Rüstungsfachleuten der Hardthöhe als der Diplomat, zum einen bedingt durch sein freundlich-*verbindliches Auftreten, zum ande*ren dadurch, daß er als Unterabteilungsleiter für die Rüstungsbeziehungen zu NATO- und Nicht-NATO-Ländern zuständig war. Nachfolger von Gläser wird **Ortwin Hellwig**, bisher Abteilungsleiter für Betriebsstoffe und Ausstattung im Koblenzer Amt.

Montags nie: Das ungarische Fernsehen

Warten auf „Denver"

Das Gebäude, das das ungarische Fernsehen beherbergt, ist ein Prachtbau, entstanden gegen Ende des vorigen Jahrhunderts. Stolz sagt der Taxifahrer, als wohne er selbst in diesem riesigen Haus: „Alles unter einem Dach! Zwei Fernsehprogramme in einem Haus!"

Eigentlich sind es ja anderthalb Programme, die das ungarische Fernsehen sechs Tage in der Woche ausstrahlt. Denn während das Erste Programm über volle Sendezeit verfügt, begnügt sich der zweite Kanal mit nur wenigen Sendestunden täglich – außer Montag. Denn Montag ist in Ungarn fernsehfrei. Die Restaurantbesitzer und Kinos danken es dem Staat.

Die Vorbereitungen für ein eigenes Fernsehen begannen in den frühen fünfziger Jahren. Die feierliche Stunde schlug dann am 1. Mai 1957, als „MTV" (Magyar Television) seine ersten Programme ausstrahlte. Im März 1969 folgte dann das Farbfernsehen. Wie Statistiken ergeben, besitzen heute zwar etwa 91 von 100 ungarischen Familien ein Fernsehgerät, die Zahl der Farbfernseher aber nimmt sich im Vergleich zu den Schwarz-Weiß-Geräten noch immer recht gering aus.

An einem durchschnittlichen Fernsehabend scharen sich etwa fünf bis sieben Millionen Zuschauer vor den Apparaten der drei Millionen Fernseh-Haushalte zusammen. Im Vergleich dazu: Ungarn hat elf Millionen Einwohner. Der Budapester Taxifahrer, der so begeistert von dem Gebäude des staatlichen Fernsehens schwärmte, führte als seine Lieblingssendungen u. a. „Derrick", „Columbo" und die diversen Sportsendungen auf, die im ungarischen Fernsehen in zunehmendem Maße auf dem Programm stehen. Über 25 000 Sportminuten gibt es jährlich auf beiden Kanälen. Die nehmen schon einen Gutteil der wöchentlichen 85 Sendestunden (beide Programme zusammen) in Anspruch.

Dennoch bleibt genügend Zeit übrig für die rund 500 ausländischen Spielfilme und die zahlreichen europäischen und amerikanischen Serien, die Jahr um Jahr über den Bildschirm flackern. Auf J. R. Ewing und seine bösen Streiche allerdings warten die ungarischen Fernsehzuschauer noch. Auch die hinterlistige Alexis Carrington vom „Denver-Clan" hat bis heute noch nicht ihren Weg bis in die ungarischen Wohnzimmer gefunden.

Aber das, so hieß es, sei nur noch eine Frage der Zeit. Sicherlich werden diese Symbolfiguren der dekadenten westlichen Kultur und des Kapitalismus auch das ungarische Publikum in ihren Bann ziehen. Momentan begnügt es sich mit Glatzkopf Kojak und konnte immerhin mit den „Buddenbrooks" den Untergang einer großbürgerlichen Familie aus dem Deutschland der Jahrhundertwende miterleben.

Aber natürlich lebt MTV nicht vom Ausland alleine. Beliebt sind in Ungarn vor allem Fernseh-Dramen, von denen etwa 100 jährlich produziert werden, und die Aufzeichnungen erfolgreicher und interessanter Theateraufführungen aus der Hauptstadt. Laut einer Umfrage des ungarischen Fernsehens gehören wissenschaftliche Sendungen wie die Porträts von im Ausland arbeitenden Forschern und eine Sendung mit dem Titel „Internationales Studio", das unserem „Internationalen Frühschoppen" entspricht, zu den beliebtesten Programmen unter den „ernsten" und nicht vornehmlich auf Unterhaltung getrimmten Sendungen.

Bei Lehrern und Schülern gleichermaßen gefragt sind die Filme, vor allem Reportagen und Dokumentationen, des täglichen Schulfernsehens. Ergänzt werden diese sachlichen Lehrfilme durch Fernsehspiele, Zeichentrickfilme und Marionettenvorführungen, die aber alle erzieherischen bzw. informativen Zwecken dienen.

Etwa 22 548 Sendeminuten aus anderen Ländern wie England, USA, die Bundesrepublik oder Italien übernimmt MTV jährlich. Dafür gibt das ungarische Fernsehen im Austausch rund 12 000 Sendeminuten an das Ausland ab. Zu den besten Partnern gehören die deutschen Fernsehanstalten.

Viele ungarische Regisseure wie auch Istvan Szabo, Regisseur des berühmten „Mephisto"-Filmes, arbeiten mit dem deutschen Fernsehen zusammen. Andererseits übernehmen die Anstalten auch rein ungarische Produktionen, die in den diversen Foren des Fernsehens für „Spielfilm des Auslands", „Das ausländische Fernsehspiel" oder „Kleines Fernsehspiel" vorgesehen sind.

M. v. SCHWARZKOPF

KRITIK

Eine hektische Problemetüde

Kind oder nicht Kind? Das war die Frage in dem „DDR"-Fernsehspiel **Ich, der Vater (ARD)**, an der die Liebe zweier junger Menschen zerbrach. Klaus und Christine, beide Mitte 20, leben seit drei Jahren zusammen. Das Glück wäre vollkommen für Christine, wenn sie ein Kind haben könnte. Da sich der Freund diesem Wunsch jedoch widersetzt, überlistet sie ihn: Sie setzt die Pille ab und wird schwanger. Der zukünftige Vater fühlt sich hintergangen, die Partnerschaft zerbricht.

Was eine überzeugende Alltagsgeschichte hätte werden können, ist dennoch nur eine fast hektisch anmutende Problemetüde geworden: Psychologie und Motivation der Figuren überzeugten allenfalls im Ansatz. Sie agieren auf der Basis eines schwachen Drehbuchs, das ihnen nur einen im mehrfachen Sinne begrenzten Handlungsspielraum bot. Bedauerlich, denn die Hauptdarsteller ließen Talent erkennen, und Marianne Wünscher als Mutter des Mädchens war auch in dieser Nebenrolle wie immer glänzend.

ULRICH SCHACHT

TV-Fiktion und Wirklichkeit

Es ist ein wenig in Vergessenheit geraten, daß die österreichische Innenpolitik zwischen 1918 und 1938 von einer blutigen Härte war, die sich mit irischen Verhältnissen vergleichen läßt. Die drei großen Machtgruppen, die Austromarxisten, die katholisch-traditionalistischen Kräfte und die gegen Ende der Zwanziger Jahre mit ins Rennen tretenden Nationalsozialisten waren alle gleich fanatisch von ihrem Recht überzeugt; alle drei Lager rüsteten sich geradezu militärisch zum Bürgerkrieg.

Über die blutigen Ereignisse des Jahres 1934 (Zerschlagung des austromarxistischen Bürgerkriegsheeres, des „Schutzbundes") hat das österreichische Fernsehen dieses Jahr eine ganze Serie ausgestrahlt, die mutig der Versuchung widerstand, eines der drei Lager auf Kosten der anderen zum Umschuldslamm zu stilisieren. Diese Serie zeigte jedoch das deutsche Fernsehen bisher nicht. Dafür konnte man vom ZDF mitfinanzierten ORF-Spielfilm **Die Kameraden des Koloman Wallisch** sehen. Drehbuch und Regie lagen in den Händen des österreichischen Schriftstellers Michael Scharang, der nach Auskunft seiner eigenen Biographie seit 1973 Mitglied der KPÖ ist.

Das ideologische Ergebnis des Filmes ist entsprechend. Nicht nur werden die Schutzbündler als von ihren sozialistischen Führern verratene Unschuldslämmer dargestellt. Getreu der kommunistischen Faschismustheorie konstruiert Scharang eine Zusammenarbeit zwischen Dollfuß-Anhängern und Nationalsozialisten, die es 1934 nirgends in Österreich gegeben hat. Die Nazis standen damals vielmehr Gewehr bei Fuß, weil ihnen die „Schwarzgelben" noch verhaßter waren als die Roten. Kein Wunder, daß nach dem Anschluß von 1938 einheimische Nazis gegen die Weisungen Berlins den Austromarxisten Kreisky aus dem Gefängnis in die Emigration verhalfen. Aber so komplizierte geschichtliche Zusammenhänge nimmt ein kommunistischer Kopf gar nicht mehr zur Kenntnis.

HELMUT RÖSNER

Wilde sind doch bessere Menschen

Verdammt vornehm geht es zu an der Hamburger Elbchaussee; sogar die Gaunerkomödie, die das ZDF dort spielen läßt, ist von der unterkühlten Art hanseatischer Reeder: **Feine Gesellschaft – Beschränkte Haftung** (ZDF).

Also: Zwei Bankräuber wollen die Reedersvilla ausrauben, nehmen die Reederin und ihre Villengenossen als Geiseln, legen Handgranaten aus, derweil die Polizei als Elektriker getarnt das Haus umstellt, ja, und die Schwester der hanseatischen Lady ist eine Stadtstreicherin, die just aus dem der Reederin gehörigen abbruchreifen Haus von der Polizei herausgeworfen wurde und nun bei ihrer Schwester Zuflucht ... genug: Es ist eine Komödie, bei der zum Schluß sowohl die Feinen als auch die Gemeinen sich gleichermaßen als ganz gewöhnliche Gauner erweisen.

Man freut sich über diesen exquisiten Elbhumor, aber zum Lachen kommt es nicht, man geniert sich vor den feinen Leuten. Aber eines ist deutlich zu sagen, ja geradezu auszurufen: Die Besetzung dieser Nobel-Gaunerei war nobel: Elisabeth Bergner, Lilli Palmer, Heinz Schubert, Hardy Krüger. Es gibt noch Schauspieler unter den vielen Darstellern.

VALENTIN POLCUCH





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Die Sendung mit der Maus
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Vor dem Sturm (1)
Nach Theodor Fontane
11.55 Umschau
12.10 ZDF Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Expeditionen ins Tierreich
Heinz Sielmann zeigt: Marder
16.55 Der ewige Kampf
Leben müssen mit dem Niger
Film von Georges Schellenbaum
17.45 Nudnik (7)
Flops pflastern seinen Weg
Zeichentrickserie von Gene Deitch
Das Ziel der Kamera-Expedition ist das sagenumwobene, auch durch den Sklavenhandel bekannte Timbuktu
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Schlag auf Schlag
Arbeit durch Gesetz? – Grenzen und Möglichkeiten staatlicher Beschäftigungspolitik
Diskussionsteilnehmer: Norbert Blüm, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, und Eugen Glombig, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung u. a.
Gesprächsleitung: Rudolf Mühlfenzl
21.15 Wer dreimal lügt
Kein Quiz für Leichtgläubige
Mit Wolfgang Spier
21.45 Musikladen
22.30 Tagesthemen
23.00 Tatort
So ein Tag...
Von Jürgen Roland und Uwe Erichsen
Regie: Jürgen Roland
Samstagnachmittag in Frankfurt. König Fußball regiert und hält die Polizei zusätzlich in Atem. Einige Ganoven wollen das ausnutzen und während eines Bundesligaspiels ein Pelzlager im Bahnhofsviertel ausräumen.
0.25 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Heutzutage Kinder kriegen?
1. Folge: Ansichtssache
anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Mickys Trickparade
Spaß für Spaßvögel
Bauchredner Fred Roby hat wieder ein spannendes Programm zusammengestellt.
17.00 heute/Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
anschl. heute-Schlagzeilen
18.00 Hallo – Hotel Sacher ... Portier!
Der Spieler
Nach langer Zeit kommt Toby Trautenfeld wieder einmal nach Wien und ins „Sacher". Er ist als Spieler berüchtigt, aber im Hotel dennoch beliebt.
19.00 heute
19.30 Show & Co. mit Carlo
Musik und Gäste bei Carlo v. Tiedemann
21.00 Gesundheitsmagazin Praxis
Gesundheitsfabrik oder Medizinbetrieb der Zukunft? – Reportage aus dem Klinikum Aachen / Methoden der Heilpraktiker
Moderation: Hans Mohl
21.45 heute-journal
22.05 Europa '84
Wer sagt uns denn, was morgen kommt?
Aus der Reihe „Die Zehn – Soziale Wirklichkeit in Europa"
Einige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg haben europäische Jugendliche Zollschranken umgestoßen und die Abschaffung der Grenzen gefordert. Sie hatten eine klare Vorstellung davon, daß ihre Zukunft nur in einem vereinten Europa liegen könne, statt in engen Nationalstaaten.
22.50 Mit Muskeln und Sandalen
Herkules & Co.
23.35 heute



Mißtrauisch beobachtet Portier Huber (Fritz Eckhardt) den als Spieler berüchtigten Toby Trautenfeld (Bert Fortell). (Hallo – Hotel Sacher ... Portier! – ZDF, 18.00 Uhr). FOTO: RÖHNERT

III.

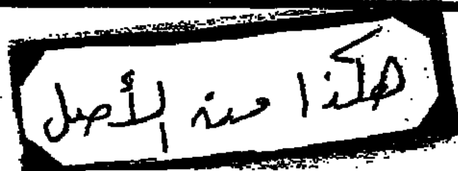
WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Flucht vor dem Tode
Amerikanischer Spielfilm (1952)
Regie: Budd Boetticher
21.35 Filmtip
21.45 Europa – Realität oder Vision?
22.15 Ich will, wenn ich liebe, allein sein
23.00 Tod auf Verlangen
Gespräch mit Prof. Julius Hacketal
23.45 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Hobbythek
Buchbinden für Anfänger
19.15 Festtage in Bombeve
Auf Neu-Irland vor Papua-Neuguinea
20.00 Tagesschau
20.15 Miss Sadie Thompson
Amerikanischer Spielfilm (1953)
Regie: Curtis Bernhardt
21.40 Bücherjournal
22.25 Lindstärke 18
23.25 Nachrichten

HESSEN
18.30 Die seltsamen Abenteuer des Herman van Veen (2)
19.00 Das Korsarenschiff
Amerikanischer Spielfilm (1944)
Mit Bob Hope, Virginia Mayo u. a.
20.30 Bücher-Report
21.20 Das Bild der Woche
21.30 Drei aktuell
21.45 Blickpunkt Ausland
22.30 Sherlock Holmes (6)
Das Haus des Schreckens
Krimi nach A.C. Doyle

SÜDWEST
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Telekolleg
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Demetrius
Von Friedrich von Schiller
21.15 Für dich
Porträt des Malers Wilfried Perraudin
Nur für Baden-Württemberg:
21.45 ebbes extra
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.45 Leben zwischen zwei Welten
22.30 Landtag aktuell
Nur für das Saarland:
21.45 TV-Club-Saar 3

BAYERN
18.15 Die Tier-Sprechstunde
18.45 Rundschau
19.00 Rebellion der Verlorenen
Fernsehfilm in drei Teilen von Wolfgang Menge
20.35 Puppen von Hildegard Steiner
20.45 Kirche an der Grenze
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Reisen mit meiner Tante
Amerikanischer Spielfilm (1972)
Regie: George Cukor
23.35 Rundschau
23.40 Actualités



III.



Audi 100. Kommen Sie ruhig mit großen Erwartungen. Holen Sie sich Ihren Testwagen, auch mit ABS.

Die Erwartungen an ein Automobil der neuen Generation werden immer größer. Für Audi eine Herausforderung, sie nicht nur zu erfüllen, sondern oft sogar zu übertreffen. Wer z. B. erwartet, daß eine Limousine aerodynamisch in Bestform ist und dazu auch viel Platz bietet, wer verlangt, daß ein Auto trotz gewichtsgünstiger Bauweise noch sicherer wird, wer die Forderung stellt, daß die Tankintervalle weniger werden – bei wirtschaftlicher Fahrweise nur alle 1000 km – wer es leid ist, bei hohen Geschwindigkeiten durch lästige Windgeräusche gestört zu werden, wer einfach wieder mehr Freude am Fahren haben will, für den wird der Audi 100 die stärkste Alternative sein. Machen Sie bei einem Test ganz neue Erfahrungen, auch mit ABS.
Audi. Vorsprung durch Technik.

Informieren Sie sich über das vorteilhafte V.A.G Leasingangebot.



Bei Ihrem V.A.G Partner

Wir trauern um Herrn

Kapitän

Heinz Schweitzer

der am 26. April 1984 kurz vor Vollendung seines 65. Lebensjahres gestorben ist.

Er gehörte 35 Jahre der HAMBURG-SÜD-Gruppe an. Viele Jahre stand er auf der Kommandobrücke unserer Schiffe. Zuletzt führte er als technischer Leiter unseren Hafenbetrieb. Dabei hat er sich besonders um die Umstellung vom konventionellen zu einem Vielzweck-Terminal verdient gemacht. Seine Persönlichkeit war geprägt durch menschliche Güte, hervorragendes Fachwissen und reiche Erfahrung. Sein Leben gehörte der Seefahrt.

Herr Kapitän Schweitzer wird uns ein unvergeßliches Vorbild bleiben.

Inhaber, Geschäftsführung, Mitarbeiter und Betriebsrat

HAMBURG-SÜDAMERIKANISCHE DAMPFSCHIFFAHRTS-GESELLSCHAFT Eggert & Amsinck

HANSEATISCHE HAFENBETRIEBS-GESELLSCHAFT Eggert & Amsinck

Die Trauerfeier findet statt am Mittwoch, dem 9. Mai 1984, um 15 Uhr in der Halle B des Krematoriums Ohlsdorf.

Anstelle zugedachter Blumen wird um eine Spende an die „Deutsche Krebshilfe", Kto.-Nr. 90 90 90 bei allen Sparkassen und Banken gebeten.

Tief betroffen geben wir davon Kenntnis, daß mitten in seiner Schaffenszeit, während einer Geschäftsreise in Kanada, der Leiter unserer Farbenforschung

Dr. Edgar Siegel

am 27. April 1984 im Alter von 58 Jahren von uns gegangen ist.

Ein großer Verlust für uns alle.

Sein herausragendes fachliches Können, sein unermüdlicher Einsatz und sein Weitblick haben es möglich gemacht, Wesentliches zur Entwicklung auf dem Farbstoff- und Pigmentgebiet beizutragen.

Menschlichkeit stand allem voran.

Wir trauern um eine außergewöhnliche Persönlichkeit, die in unserer Erinnerung stets einen ehrenden Platz haben wird.

In Dankbarkeit nehmen wir Abschied.

BAYER AG

Meine innigst geliebte Frau, unsere geliebte Mutter, Großmutter und Urgroßmutter

Ingeborg Venzmer

geb. Nottebohm

ist am 28. April 1984 von uns gegangen.

Sie war der liebevolle und strahlende Mittelpunkt unserer ganzen Familie. Wir werden Sie nie vergessen.

In tiefer Trauer:
Dr. Dr. Gerhard Venzmer
Marion Bohlen geb Venzmer
Vincent Bohlen
Angelika Morize-Venzmer
sechs Enkelkinder und zwei Urenkel

Vaduz, Fürstentum Liechtenstein
Villa Letzi

Die Beisetzung findet im engsten Familienkreis statt.

Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.

Wir trauern um

Rudolf Funk

der am 30. April 1984 völlig unerwartet im 65. Lebensjahr verstorben ist.

Herr Funk war unserem Hause seit Jahrzehnten verbunden und seit 1965 Geschäftsführer. Mit seinem klugen Fachverstand und seiner reichen Erfahrung im Graphitgeschäft hat er die Entwicklung unseres Hauses maßgeblich beeinflußt.

Im Gefühl großer Dankbarkeit nehmen wir Abschied und werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Gesellschafter, Geschäftsleitung und Mitarbeiter

Ludolph Struve & Co. GmbH., Hamburg

Beerdigung Dienstag, 8. Mai 1984, 12.00 Uhr, Friedhof Ahrensburg, Hamburger Straße.

Wir trauern um

Rudolf Funk

der am 30. April 1984 verstorben ist.

Rudolf Funk war unserem Unternehmen seit über 35 Jahren verbunden, zuerst, als noch junger Mann, als unser Mitarbeiter, später als Geschäftsführer unseres Aktionärs, der Firma Ludolph Struve & Co. GmbH, Hamburg, und seit einem Jahr als Mitglied unseres Aufsichtsrates.

Sein Rat war uns immer wertvoll. Durch eine so lange Zusammenarbeit waren vielfältige geschäftliche und persönliche Bindungen entstanden. Wir haben einen guten Freund verloren.

Aufsichtsrat, Vorstand und Mitarbeiter
der Graphitwerk Kropfmühl AG, München

Rudolf Funk

* 28. 7. 1919 † 30. 4. 1984

Gott der Herr hat uns unser Liebstes genommen.

Unfaßbar für uns alle, hat uns mein über alles geliebter und treusorgender Mann, unser lieber Vati und guter Opa durch einen plötzlichen Herztod für immer verlassen.

Wer ihn kannte, weiß, was wir verloren haben.

In tiefer Liebe und Dankbarkeit
im Namen aller Angehörigen
Marianne Funk und Kinder

2070 Ahrensburg
Lübecker Straße 2

Beerdigung Dienstag, 8. Mai 1984, 12.00 Uhr Friedhof Ahrensburg, Hamburger Straße.

In tiefer Betroffenheit geben wir davon Kenntnis, daß der frühere Vorsitzende des Vorstandes der Olympia Werke AG

Wilhelm Brok

Träger des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland und des Großen Verdienstkreuzes des Niedersächsischen Verdienstordens

am 29. April 1984 in München verstorben ist.

Herr Brok hat in seinen 42 Dienstjahren für den AEG-Konzern die Geschicke der Olympia Werke AG maßgeblich beeinflußt und als Vorsitzender des Vorstandes bis Ende 1967 dieses Unternehmen erfolgreich geleitet und zur Weltgeltung gebracht. Bis 1978 war er stellvertretender Vorsitzender unseres Aufsichtsrates.

Durch seine verbindliche und verständnisvolle Art, gepaart mit menschlicher Größe, war er jederzeit Vorbild.

Vorstand und Belegschaft
der
Olympia Werke AG

Die Trauerfeier findet am Montag, dem 7. Mai 1984, um 14.30 Uhr in Wilhelmshaven in der neuen Kapelle Friedenstraße statt.

Anstelle zugedachter Kranzspenden wird um eine Spende für den Dekanatscaritasverband Wilhelmshaven, Konto Oldenburgische Landesbank, 914 605 4300, Wilhelmshaven, BLZ 282 200 26, gebeten.

Für uns alle unfaßbar entschlief am 30. April 1984 unser lieber Kollege und Mitarbeiter, unser Prokurist und Leiter unserer Finanzabteilung, Herr

Hans-Dietrich Bodschwinna

im 56. Lebensjahr.

Ein Kollege voller Herzenswärme und Hilfsbereitschaft wurde uns genommen. 18 Jahre war er für unser Unternehmen tätig.

Wir gedenken seiner in Dankbarkeit und werden ihn sehr vermissen.

Geschäftsleitung und Mitarbeiter
Deutsche Conti-Handelsgesellschaft m. b. H.
Hamburg

Trauerfeier am Montag, 7. Mai 1984, um 11 Uhr in der Kapelle des Blankeneser Friedhofs in Sülldorf, Sülldorfer Kirchenweg.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,80 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

NACHRICHTEN

Völler ohne Klemme

Bremen (dpa) – Werder Bremens Fußball-Nationalspieler Rudi Völler hat sich mit sofortiger Wirkung vom umstrittenen Spieler-Berater Holger Klemme getrennt. Völler: „Ich kenne das Profigeschäft jetzt lange genug und traue mir zu, ganz auf eigenen Beinen stehen."

Auszeichnung für Roth

Salzgitter (dpa) – Schiedsrichter Volker Roth aus Salzgitter leitet das Eröffnungsspiel der Fußball-Europameisterschaft zwischen Frankreich und Dänemark am 12. Juni im Pariser Prinzenparkstadion.

Agostinho im Koma

Lissabon (sid) – Der portugiesische Radprofi Joaquim Agostinho (41), einer der besten Bergfahrer aller Zeiten, liegt im Koma. Bei der Algarve-Rundfahrt stürzte er 300 Meter vor einem Etappenziel und erlitt schwere Schädelverletzungen. Agostinho wird nach einer Operation am Montag künstlich beatmet.

Fußball-Komödie

Zürich (dpa) – Die Schweiz lacht über eine Fußball-Komödie: Algeriens Nationalmannschaft reiste mit 35 Personen am Dienstag nach Zürich zu einem Länderspiel an, für das es gar keinen Termin gab (die Schweiz spielte gestern abend gegen Schweden). Der Präsident des Algerischen Fußball-Verbandes soll inzwischen seines Postens enthoben worden sein.

Mit Freienstein

Frankfurt (sid) – Der Bund Deutscher Radfahrer hat für die Amateur-Etappenfahrt *Ost-Berlin – Prag – Warschau*, zu der er erstmals seit sechs Jahren wieder Fahrer entsendet, folgende Mannschaft nominiert: Thomas Freienstein, Jörgfried Schleicher (beide Nürnberg), Peter Becker (Berlin), Ulrich Rottler (Stuttgart), Achim Stadler (Mannheim), Peter Hilse (Freiburg).

Koppelgeschäfte

Düsseldorf (dpa) – Sogenannte Koppelgeschäfte im Profi-Fußball, bei denen Interessenten für eine Spitzenbegegnung gleich auch noch eine zweite Karte für ein vermeintlich weniger attraktives Spiel kaufen müssen, sind nur bedingt zulässig. Diese Auffassung vertritt das nordrhein-westfälische Wirtschaftsministerium als Landeskartellbehörde im neuesten Kartellbericht. Es gehe nicht an, so Ressortchef Reimut Jochimsen, sämtliche Karten für eine Begegnung nur unter der Bedingung zu verkaufen, daß die Fans schon im voraus auch eine Karte für das möglicherweise weniger interessante nächste Heimspiel erwerben müßten.

ZAHLEN

HANDBALL

Deutscher Vereinspokal, Achtelfinale: Günzburg – Flensburg 26:19, Schwabing – Göppingen 31:17, Wuppertal – Reinickendorf Berlin 17:21, Kiel – Hofweier 20:19, Großwallstadt – Wanne-Eickel 27:18, Nürnberg – Essen 12:15. – Wiederholungsspiel der zweiten Runde: Leutershausen – Schutterwald 17:14. – **Auslosung** der Viertelfinalspiele: Reinickendorf – Schwabing, Essen – TuRu Düsseldorf/Gummersbach, Günzburg – Hameln/Leutershausen, Großwallstadt – Kiel.

GEWICHTHEBEN

Europameisterschaft in Vitoria, Superschwergewicht, Reißen: 1. Pisarenko (UdSSR) 200 kg, 2. Krastew (Bulgarien) 195, 3. Skolimowski (Polen) 192,5, 6. Nerlinger 170, 11. Zawieja (beide Deutschland) 157,5. – Stoßen: 1. Pisarenko 250, 2. Krastew 250, 3. Salzwedel („DDR") 237,5, 5. Nerlinger 225, 9. Zawieja 200. – Zweikampf: 1. Pisarenko 450, 2. Krastew 445, 3. Salzwedel 422,5, 6. Nerlinger 400, 9. Zawieja 395.

FUSSBALL / Werder Bremen legt Protest gegen die Wertung des Spiels in Mönchengladbach ein



Erinnerungen wurden wach. An 1971, als Mönchengladbach in dem besten Spiel seiner Vereinsgeschichte Inter Mailand im Europapokal 7:1 besiegte und dann doch ausschied, weil das Spiel wiederholt werden mußte (0:0 in Berlin). Damals hatte ein Zuschauer eine leere Getränkedose auf das Feld geworfen, für den Italiener Roberto Boninsegna Anlaß, mit oscarwürdigen Schauspielkünsten den Schwerverletzten zu mimen. Diesmal flog Tränengas. Mönchengladbachs Torwart Sude versuchte noch, die Patrone wegzuwerfen (Foto links) aber er und andere Kollegen lagen wenig später mit tränenden Augen am Boden (Foto rechts: Uwe Rahn wird behandelt). Das dramatische Spiel wurde durch zwei Treffer von Criens entschieden (Foto rechts außen) – zurück bleibt die Frage, was jetzt geschieht. Bremen hat offiziel Protest gegen die Wertung des Mönchengladbacher 5:4 eingelegt. FOTOS: RZEPKA/SCHMIDT/AP



Trockene Paragraphen zum Spiel der Emotionen

U. DOST, **Mönchengladbach**

Zunächst einmal zum rein Sachlichen – auch wenn diese Betrachtungsweise noch so schwerfällt, weil das Halbfinalspiel des deutschen Vereinspokals zwischen Borussia Mönchengladbach und Werder Bremen (5:4 nach Verlängerung) war alles andere als eine nüchterne Angelegenheit war. Da schlug das Pendel auf der Gefühlsskala eher zu beiden Seiten extrem aus – Freud und Leid, alles wurde intensiv vorgelebt. Doch dieses Spiel wird ein trockenes Nachspiel haben. Das wohlige Gefühl, eine spannende und interessante Fußball-Vorstellung erlebt zu haben, wird aus den Herzen verdrängt. Dafür setzen sich Paragraphen in den Köpfen fest.

Eine schreckliche Vorstellung, doch es wird so kommen, weil sich Werder Bremen nicht so ohne weiteres geschlagen geben will: Gestern morgen legte der Klub offiziell Protest beim Deutschen Fußball-Bund (DFB) gegen die Wertung des Spiels ein. Bremens Manager Willi Lemke: „Die Einspruchgebühr von 300 Mark ist bereits an den DFB überwiesen." Sie meinen es also ernst. Und damit gleich jeder weiß, worum es geht, liefern die Bremer sogleich den fälligen Paragraphen mit. Gemeint ist Paragraph 25 der Spielordnung, Absatz 2 b: „Einsprüche gegen die Spielwertung können mit folgender sachlicher Begründung erhoben werden: Schwächung der eigenen Mannschaft durch einen während des Spieles eingetretenen Umstand, der unabwendbar war und nicht mit dem Spiel und einer dabei erlittenen Verletzung in Zusammenhang steht."

Worauf sich die Bremer stützen, ist eine auf das Spielfeld geworfene Tränengasbombe, die bei Bremer (Sidka, Reinders) und Mönchengladbacher (Sude, Rahn) Spielern gleichermaßen Entzündungen in den Augen hervorrief. Weinen müßte man noch anschließend, weil die Bremer auf eine ungeschickte Weise versuchen, eine *sportliche Niederlage noch in einen* Sieg umzuwandeln. Die Bombe hat ein Bremer Fan geworfen, das gab Gladbachs Manager Helmut Grashoff direkt nach dem Spiel bekannt. Es gebe Zeugen und der Täter, ein 25 Jahre alter Mann aus Bremerhaven, werde strafrechtlich verfolgt.

Damit gab sich sein Bremer Kollege Lemke jedoch nicht zufrieden. Ihm sei es egal, wer die Bombe geworfen habe, meinte Lemke, der gastgebende Verein sei für die Platzaufsicht verantwortlich. Noch während des Spiel machte Bremens Mannschaftsführer Benno Möhlmann Schiedsrichter Josef Hontheim (Trier) darauf aufmerksam, daß Bremen nur unter Protest weiterspiele.

In der 65. Minute, als dieser Vorfall geschah, führten die Gladbacher sicher mit 3:1 und sahen bereits wie der Sieger aus. Eine „Schwächung der eigenen Mannschaft", wie es im Paragraphen 25 der Spielordnung heißt, kann bei Werder aber nicht stattgefunden haben. Denn Sidka erzielte zunächst ein Kopfballtor zum 3:3-Ausgleich, und Uwe Reinders erhöhte sogar auf 4:3 für seinen Klub – beide schienen keine Probleme zu haben, das Tor zu erkennen. Es wäre deshalb ein bitterer Beigeschmack, wenn dieser Protest Aussicht auf Erfolg haben sollte. „So genau können wir doch nicht jeden Fan kontrollieren", meint Helmut Grashoff. Der Manipulation von Spielausgängen sei Tür und Tor geöffnet, wenn Fans Raketen abfeuern, um Spielabbrüche zu provozieren.

Als es dann 4:3 für Bremen stand, hatte Trainer Otto Rehhagel ganz andere Sorgen. Er dachte nicht mehr an Protest, er hatte anderes im Sinn: Wie aufgedreht sprang er auf dem Rasen herum und machte dem Schiedsrichter durch Gesten deutlich, wie glücklich er wäre, wenn jetzt der Schlußpfiff käme. Doch Rehhagel hatte sich zu früh gefreut, noch in der Schlußminute mußte seine Mannschaft den Ausgleich durch den eingewechselten Criens hinnehmen, der in der Verlängerung auch das Siegtor erzielte. Für die Trainer Jupp Heynckes und Otto Rehhagel war längst eingetreten, was sie beide „die logische Folge" nannten. Heynckes: „*Wer konzentriert bis zum Schluß* durchspielt, hat auch eben mehr Chancen. Daß dann ein Tor gelingt, ist die logische Folge." Otto Rehhagel: „Wer zwei Stunden Fußball spielt, macht logischerweise auch Fehler."

Allmählich fällt es wirklich schwer, die Mönchengladbacher als Glücksritter abzutun, nur weil sie nun schon viermal hintereinander praktisch in der Schlußminute ein entscheidendes Tor erzielt haben. Otto Rehhagel suchte die Schuld auch gar nicht erst darin daß der Schiedsrichter eventuell zu lange habe nachspielen lassen. Er sagte: „Darauf muß man sich in Mönchengladbach einstellen." Doch das war eher galgenhumorig gemeint . . .

Einfach amateurhaft hätten sich seine Spieler angestellt, als sie den Ausgleichstreffer zugelassen hätten. Rehhagel: „Jeder weiß doch, wie die Gladbacher die Ecken schießen. Es wird der Mann am kurzen Pfosten angespielt, der den Ball mit dem Kopf weiter in den Strafraum lenkt. Doch bei uns haben sie geschlafen, keiner ging mit zum Kopfball hoch." Dieses Unvermögen der Bremer in dieser entscheidenden Situation hat Mönchengladbach geholfen, doch von Glück braucht niemand zu reden. Wer bis zur letzten Sekunde seine Chance sucht, darf auf Unterstützung hoffen.

Jupp Heynckes tat im entscheidenden Moment das Richtige, als er für den schwachen Ewald Lienen mit Hans-Jörg Criens einen Spieler einsetzte brachte, der dann auch prompt die wichtigsten Treffer erzielte. Indirekt müßte sich Heynckes beim Bruder von Hans-Jörg Criens bedanken, denn der überredete Hans-Jörg, mit dem Fußballspielen wieder anzufangen. Als 16jähriger verspürte Criens „einfach keine Lust" mehr am Spiel mit dem Ball. Eine zweijährige Pause legte er ein, ehe die Gladbacher auf ihn in einem Freundschaftsspiel aufmerksam wurden. Erst nach Abschluß einer Lehre als Chemielaborant unterschrieb er einen Profi-Vertrag. Nur einmal kam er bisher in der Bundesliga über die gesamte Spielzeit zum Einsatz. Als Auswechselspieler aber erzielte er schon acht Tore: vier in der Bundesliga, vier im Pokal. An die letzten beiden Treffer wird er sich noch lange erinnern.

FÜNFKAMPF / Olympia-Team nominiert

Grabenkämpfe mit Tränen, Rücktritten und Vorwürfen

sid/dpa, **Bad Segeberg**

Christian Sandow, Michael Rehbein (beide Berlin), Achim Bellmann und Michael Zimmermann (beide Warendorf) blamierten sich bei der Weltmeisterschaft in Rom 1982 mit einem achten Platz – nach der Olympia-Qualifikation der Modernen Fünfkämpfer in Bad Segeberg steht fest, daß sich dieses Quartett bei den Olympischen Spielen in Los Angeles rehabilitieren kann. Der Grabenkampf im Deutschen Verband für Modernen Fünfkampf (DVMF) nach der Nominierung geht dennoch mit unverminderter Schärfe weiter.

Rudi Trost, Landestrainer von Berlin und Assistent von Bundestrainer Herbert Rieden (Warendorf), der auch als Olympia-Betreuer vorgesehen war, legte spontan sein Amt nieder. Trost: „Mit Diethelm Mette ist der stärkste Athlet nicht berücksichtigt worden." Der 31 Jahre alte Polizist war zum Abschluß bester deutscher Geländeläufer, im Schlußklassement belegte er aber nur den 20. Rang. Mette: „Das war mein letzter internationaler Wettkampf."

Auch der 22 Jahre alte Polizeikommissar Detlef Kreher aus Berlin ist trotz einer guten Leistung in Los Angeles nicht dabei. Er wurde Zehnter und war damit hinter Christian Sandow (5.) zweitbester deutscher Teilnehmer. Weil Kreher bei der ersten Qualifikation in Paris mit einem störrischen Pferd das Reiten verpatzt hatte, fehlten ihm bei der Addition beider Wettkämpfe 156 Punkte. Mit Tränen in den Augen sagte er: „Von den Bewertungskriterien wurden nicht alle angewandt." Dagegen durfte sich Michael Zimmermann als 24. freuen. Trotz nur „enttäuschender Leistungen", so der Bundestrainer Hermann Rieden, darf er in Los Angeles teilnehmen.

„Zwei Berliner und zwei Warendorfer im Team, das war eine sportpolitische Entscheidung", kommentierte Michael Rehbein (17.) die Aufstellung. Er selbst kehrte mit einer eher durchschnittlichen Leistung in die Nationalmannschaft zurück, nachdem der Bundestrainer ihn ihm Vorjahr nicht mehr aufgestellt hatte.

NATIONALMANNSCHAFT / Wieder Absage für Bundestrainer Derwall

Hansi Müller spricht von „Quälerei" und „Taubenschlag ohne Konzept und Taktik"

dpa, **Mailand**

Jupp Derwalls Assistent Horst Köppel war am Sonntag eigens nach Mailand gereist, um Hansi Müller im Spiel gegen Juventus Turin (1:2) zu beobachten. Danach gab es nur Lob für den ehemaligen Stuttgarter, der das letzte seiner 42 Länderspiele im September 1983 gegen Ungarn bestritt, ausgewechselt und dann wegen Formschwäche nicht mehr berücksichtigt wurde. Jetzt sagte Horst Köppel: „Er hat eine neue Chance verdient. Er ist wohl in Zürich dabei." In Zürich bestreitet die deutsche Mannschaft ihr letztes Testspiel vor der Europameisterschaft – gegen Italien aus Anlaß des 80. Geburtstages des internationalen Verbandes. Gestern aber sagte Müller Bundestrainer Jupp Derwall ab und nannte der Deutschen Presse-Agentur (dpa) in einem Interview die Gründe für sein Desinteresse, das er so formulierte: „Die Nationalmannschaft und Jupp Derwall sind für mich zum gegenwärtigen Zeitpunkt überhaupt kein Thema."

Frage: Herr Müller, warum reagieren Sie nach all dem Lob für Ihre aktuellen Leistungen in dieser Form?

Müller: Ich muß von einem guten Trainer erwarten können, daß er nach einem Spiel sachliche Kritik an mir übt. So hätte es zum Beispiel der Fall sein müssen, als mich Jupp Derwall das einzige Mal in einem Zeitraum von zwei Jahren in Italien vor etwa sechs Wochen beobachtet hat. Seine Äußerungen über das Spiel mir gegenüber beschränkten sich jedoch auf nichtssagende Floskeln und Schönmalerei. Seine Kritik brachte er dann den Zeitungen gegenüber an. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß der Grund seines Besuches in Mailand nicht der war, mich spielen zu sehen, sondern eine reine Pflichterfüllung.

Frage: Unter welchen Umständen könnten sie noch vor der Europameisterschaft umdenken?

Müller: Ich habe in den letzten Monaten sämtliche Spiele der Nationalmannschaft gesehen, die Presse verfolgt und bin vor allem aufgrund verschiedener Gespräche genauestens über die Einzelheiten informiert. Die Nationalmannschaft stellt sich mir zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht als ein gefestigtes Ganzes dar, sondern eher als ein Taubenschlag mit ständigem Kommen und Gehen von Spielern, ohne Konzept und Taktik. Dazu kommen die ständigen Querelen und das Hickhack in der Presse. Es ist schade, daß aus der unbekümmerten Truppe von einst, in der mit Begeisterung und Spaß gespielt wurde, eine einzige Quälerei geworden ist. Selbst Spieler, die in ihrem Verein absolute Leistungsträger sind, tun sich in einem derartigen Klima sehr schwer. Unter diesen Voraussetzungen bietet die Nationalmannschaft für mich keinerlei Anreiz.

Frage: Haben sie über Ihren Entschluß mit Karl-Heinz Rummenigge gesprochen, der ja Kapitän der Nationalmannschaft ist und mit dem Sie in der nächsten Saison bei Inter Mailand zusammenspielen? Hat er versucht, Sie umzustimmen?

Müller: Das geht nur Kalle und mich etwas an.

Kelly: Allein gegen das Post-Team

Ich war schon letztes Jahr daheim recht populär. Doch in diesem Jahr bin ich der irische Sportler, über den in Irland am meisten geredet wird." Feststellungen des irischen Radprofis Seen Kelly. Feststellungen eines Mannes, der fast ganz auf sich selbst gestellt, den scheinbar schier aussichtslosen Kampf gegen das übermächtige Team des Holländers Peter Post mit Erfolg aufgenommen hat. Und wie!

Im Super-Prestige-Preis – einer Punkte-Wertung der wichtigsten Rennen der Saison – führt Kelly souverän. Mehr noch: Noch vor der „Meisterschaft von Zürich" am Sonntag, dem letzten großen Eintagsrennen in diesem Frühjahr, hat Kelly bereits mehr Punkte eingefahren, *als der amerikanische Welt*meister Greg Lemond im ganzen letzten Jahr. Beim Henniger-Rennen quer durch den Taunus belegte er den dritten Platz, mühselig unterstützt von seinen beiden Wasserträgern Jean-Marie Grezet aus der Schweiz und Peter Schroen aus Belgien, die als 36. und 41. des Rennens – völlig entkräftet – mehr vom Rad fielen als abstiegen.

„*Ich wollte in Frankfurt mehr als* nur den dritten Platz, aber Peter Posts Panasonic-Team ist einfach stärker besetzt." Einblicke des Iren Sean Kelly in die Gegebenheiten einer Branche, die er schon deshalb nicht auf den Kopf stellen kann, weil er Ire ist. Denn niemand in Belgien, Holland oder Frankreich hat ihm bisher die Kapitänsrolle in

STAND PUNKT

einem renommierten Team mit erstklassigen Helfern angeboten. Solche Positionen sind dort allemal den eigenen Landsleuten reserviert. So tat sich Kelly mit dem französischen Edelmann Jean de Gribaldy zusammen, der als Teamchef eine ebensolche Außenseiter-Rolle in der Branche spielt wie Kelly als Rennfahrer. Der 62jährige Baron, Sproß eines alten italienischen Adelsgeschlechtes und nun Besitzer eines Kaufhauses in Besançon, hat stets Talente entdeckt und nach oben geführt, die bei anderen Teams ihr Licht unter den Scheffel stellen mußten.

Bei den Vabanque-Spielen de Gribaldys fallen freilich die Etats der Sponsors meist schmal aus, so daß um den jeweiligen Kapitän schon aus Geldmangel nicht noch weitere renommierte Rennfahrer gruppiert werden können.

Ganz anders die Lage beim Panasonic-Team, dessen Stars Phil Anderson (Australien) und Eric Vanderaerden (Belgien) in Frankfurt einen Doppelsieg feierten, geführt von ihrem erfahrenen holländischen Kapitän Henk Lubberding. 26 Angestellte führen in Amsterdam die Geschäfte der 16 erstklassigen Profis des Peter Post, die allesamt einen Zweijahres-Vertrag haben, auf dem sich erneut ein lukrativer zweijähriger Kontrakt aufbauen läßt. Da fällt das Abstrampeln nach neuen Arbeitgebern flach, da kann man sich ganz auf den Beruf konzentrieren.

Und dennoch: Kelly ist in diesem Frühjahr dem Panasonic-Team überlegen. Er nennt den Grund: „Bei Lüttich–Bastogne–Lüttich, bei Paris–Roubaix kann dir am Ende auch die beste Mannschaft nicht helfen. Denn das ist ein Kampf Mann gegen Mann. Und den werde ich immer zu meinen Gunsten entscheiden." KLAUS BLUME

Libanon: Berri bleibt ablehnend

rtr, Beirut

Der libanesische Schiitenführer Nabih Berri hat seine Ablehnung einer Teilnahme an der vom designierten Ministerpräsidenten Raschid Karame gebildeten Regierung bekräftigt. Karame hatte ihm die Ministerien für Justiz, Wasser- und Stromversorgung angeboten. Nach Gesprächen in Damaskus mit dem syrischen Vizepräsidenten Khaddam und dem libanesischem Drusenführer Dschumblatt sagte Berri: „Ich halte an meiner Entscheidung fest."

Berri erklärte erneut, ihm sei der Posten zwar angeboten, jedoch sei er nicht konsultiert worden. Die Positionen, die ihm und Dschumblatt – er sollte das Ministerium für öffentliche Dienste und Verkehr bekommen – angeboten wurden, seien unangemessen. Die Berri und Dschumblatt zugedachten Ministerien waren bislang immer fest in den Händen der rechtsgerichteten Christen.

Dschumblatt äußerte sich bislang nicht. Aber Berri sagte: „Er nimmt sich Zeit. Er hat noch nicht Position bezogen, es ist bekannt, daß der syrische Präsident Hafiz el-Assad eine Vereinbarung überprüft hat, unter der eine Regierung von 26 Mann als Regierung der nationalen Versöhnung gebildet werden sollte, – aber nicht eine Regierung in der Form, wie sie jetzt angekündigt wurde." Karame hatte eine Kabinettsliste bekanntgegeben, in der er selbst den Posten des Regierungschefs und Außenministers innehatte.

„Ich befürchte, daß diese Regierung den Erwartungen der Libanesen nicht entspricht, und dies ist der Grund, warum ich meine Haltung eingenommen habe", sagte Berri weiter. Berri, der das Kabinett Karames als „eine Lausanne-Regierung" beschrieb, erklärte, er werde seine Gespräche mit Dschumblatt und Khaddam fortsetzen. Er betonte aber zugleich, er habe niemals gesagt, daß er der Regierung nicht angehören wolle.

Das Klima der chronischen Unsicherheit als Folge der israelischen Besetzung, die Schließung der Landstraße Beirut-Saida durch die israelische Armee und die zu Dumpingpreisen angebotenen israelischen Erzeugnisse haben die südlibanesische Wirtschaft nach einem jetzt veröffentlichten Bericht der Industrie- und Handelskammer in Saida (Sidon) an den Rand des Abgrunds gebracht.

Waffen und Munition im „Volksbüro" entdeckt

Brittan: Mordschütze war wahrscheinlich ein Diplomat

FRITZ WIRTH, London

Scotland Yard hat bei der Durchsuchung des libyschen „Volksbüros" am Londoner St. James' Square in Anwesenheit eines saudi-arabischen Diplomaten sechs Pistolen englischer und amerikanischer Herstellung, 70 Schuß Munition und Geschoßhülsen der Maschinenpistole gefunden, mit der wahrscheinlich die britische Polizistin Yvonne Fletcher vor 14 Tagen aus dem Fenster des „Volksbüros" erschossen worden ist. Die Polizei entdeckte außerdem am fraglichen Fenster und auf dem Teppich des Zimmers, aus dem heraus geschossen wurde, Brandspuren, die von abgefeuerten Waffen stammen. Bill Hucklesby, der Chef der Anti-Terroreinheit bei Scotland Yard, erklärte, die Entdeckung zeige, daß die Behauptung des libyschen Staatschefs Muammar Khadhafi, aus der Botschaft sei nicht geschossen worden, eine Lüge sei. Hucklesby: „Wir haben Beweismaterial gefunden, das die Darstellung von Oberst Khadhafi vom Ablauf der Ereignisse, wonach die britische Polizei das Feuer auf das 'Volksbüro' eröffnet hat, widerlegt."

Innenminister Leon Brittan gab im Unterhaus bekannt, daß es sich bei dem Mordschützen wahrscheinlich um einen akkreditierten libyschen Diplomaten handelte und nicht, wie man bisher angenommen hatte, um einen anderen Botschaftsangestellten. Der Innenminister erklärte, es bestehe daher keine Chance, den Schützen festzunehmen und vor ein britisches Gericht zu bringen. Brittan legte allerdings keine Beweise für seine Vermutung vor.

Verschleierungstaktik

Premierministerin Thatcher hat eine interne Untersuchung der gesamten Affäre eingeleitet, deren Ergebnisse aus Sicherheitsgründen nicht veröffentlicht werden sollen. Sie widersetzte sich der Forderung der Opposition, einen offiziellen Untersuchungsausschuß einzusetzen. Sie wurde wegen dieser Weigerung besonders scharf von der Labour Party attakkiert, die der Regierung „völliges Versagen" in der Affäre vorwarf und außerdem eine Verschleierungstaktik befürchtet. Die Oppositionsparteien möchten vor allem wissen, ob die zuständigen Ministerien Warnungen amerikanischer Geheimdienste über einen möglichen bewaffneten Konflikt im „Volksbüro" ignoriert haben.

Außenminister Sir Geoffrey Howe gab bekannt, daß seine Regierung eine Revision der Wiener Konvention anstrebt. „Einseitige sofortige Aktionen" zur Kontrolle von Operationen ausländischer Missionen in Großbritannien seien vorgesehen.

Howe erklärte, daß die Regierung künftig größere Vollmachten zur Ausweisung von Diplomaten erhalte, die ihren straffreien Status mißbrauchten. Der Außenminister unterstrich: „Wir können nicht erlauben, daß ausländische Staaten ihre inneren Querelen in den Straßen von London austragen." Ferner ließ Howe wissen, daß alle britischen Waffengeschäfte mit Libyen eingestellt und laufende Verträge über Waffenlieferungen überprüft werden.

Reaktion Libyens

Die libyschen Behörden haben unterdessen zum zweiten Mal das Gebäude der ehemaligen britischen Botschaft in der Hauptstadt Tripolis durchsucht. Eine erste Durchsuchung hatte am Montag stattgefunden. Wie der italienische Botschafter in Tripolis, Quaroni, erklärte, hätten zwei Diplomaten der italienischen Botschaft, die die Interessen Großbritanniens in Libyen vertritt, der Durchsuchung als Beobachter beigewohnt.

In einer Reaktion auf die erste Untersuchung Scotland Yards am Montag, bei der nach Angaben der britischen Polizei eine Maschinenpistolenpatrone im „Volksbüro" gefunden worden war, wies das libysche Außenministerium die Beschuldigung zurück. Die Patrone, so hieß es in einer Stellungnahme des Ministeriumsprechers Ibrahim Bishari, sei von der britischen Polizei in dem Gebäude deponiert worden, um den Anschein zu erwecken, daß aus dem Haus heraus Schüsse abgegeben worden seien. Außerdem habe man die britische Regierung vor der Räumung des „Volksbüros" darüber informiert, daß in dem Gebäude drei Pistolen zurückgelassen worden seien und die libyschen Diplomaten in ihrem Gepäck keine einzige Waffe mitgenommen hätten. Demgegenüber behauptet Scotland Yard, daß die Tatwaffe im Diplomatengepäck außer Landes gebracht worden sei.

USA gegen Krisenplan Den Haags

AP/dpa, Den Haag/Washington

Die amerikanische Regierung lehnt nach Angaben aus diplomatischen Kreisen in Den Haag den niederländischen Plan ab, amerikanische Marschflugkörper nur in Krisenzeiten in den Niederlanden zu stationieren. Die amerikanische Zurückweisung des niederländischen Plans dieser sogenannten „Krisenvariante" ist angeblich in einem Brief Washingtons an den niederländischen Ministerpräsidenten Ruud Lubbers aus der vergangenen Woche enthalten.

Es war der bisher massivste Versuch der USA, die Niederlande zum Festhalten am NATO-Stationierungsbeschluß zu bewegen. Danach sollen bis 1986 insgesamt 48 Mittelstreckenraketen in den Niederlanden aufgestellt werden. Im Kabinett in Den Haag wird jedoch seit geraumer Zeit über die Möglichkeit diskutiert, die Marschflugkörper in anderen NATO-Ländern zu lagern und erst in Krisenzeiten in den Niederlanden aufzustellen. Wie es heißt, vertritt die Regierung in Den Haag die Auffassung, es sei Sache der Amerikaner, ein Land zu finden, in dem die Marschflugkörper bis zum Ausbruch einer Krise deponiert werden können. Die USA sind hingegen der Meinung, daß die Niederländer – falls sie sich für die „Krisenvariante" entscheiden sollten – ein Land zur Lagerung der Waffen finden müßten.

Im Zusammenhang mit der Diskussion um die „Krisenvariante" sind amerikanische Diplomaten bemüht, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu vermeiden, die US-Regierung wolle Druck auf die Koalition unter Vorsitz von Lubbers ausüben.

Jackson gewann Vorwahlen

DW. Washington

Bei weiteren Vorwahlen der US-Demokraten zur Nominierung ihrers Kandidaten für die Präsidenten-Wahl im November hat der schwarze Bewerber Jesse Jackson in der Hauptstadt Washington erwartungsgemäß gewonnen. Er erhielt 53 Prozent der Stimmen, Mondale 30 und Hart sieben Prozent. In Tennessee hingegen verwies Mondale seine Konkurrenten Hart und Jackson auf Rang zwei und drei.

Demokratisierung der KP Jugoslawiens gefordert

Zwischen Volk und Funktionären klafft die Ideologie

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Einer der führenden jugoslawischen Nationalökonomen und Wirtschaftsexperten hat öffentlich die Reform nicht nur des jugoslawischen Wirtschaftssystems, sondern auch des politischen Systems in seinem Lande gefordert.

Branko Horvat von der Universität Zagreb, dessen jüngste Buchveröffentlichung unter dem Titel „Die politische Ökonomie des Sozialismus" im Lande große Wellen schlägt, erklärte jetzt in der Laibacher Zeitschrift „Nasi Razgledi", die Hauptursache für die Schwierigkeiten seines Landes sei das „Auseinanderklaffen" zwischen dem wirtschaftlichen und dem politischen System.

Im Rahmen einer Enquete der slowenischen Zeitschrift, die im Verlag der Parteizeitung „Delo" erscheint und unter der redaktionellen Leitung des langjährigen Bonner Korrespondenten, Slavko Fras, steht, äußerte sich Horvat gemeinsam mit anderen jugoslawischen Wirtschaftlern und Politikern. Während Jugoslawien in der Wirtschaft die Selbstverwaltung eingeführt habe, bestehe im politischen Bereich, laut Horvat, noch immer die „Komintern-Ideologie" von der „Führung" einerseits und den „Massen" andererseits fort. Es gebe eine ideologische Teilung zwischen jenen, welche die Direktiven geben, und jenen, die die Direktiven ausführen, also eine Teilung zwischen Obrigkeit und Untertanen.

Gegenseitiges Mißtrauen

Diese Ideologie, so meint Horvat, habe sich gut in die Traditionen eines Balkanstaates eingefügt, in welchem Obrigkeit und Volk schon immer „Katz' und Maus" miteinander gespielt haben: „Die Obrigkeit überfällt das Volk mit der Kollektivierung, mit nicht durchdachten Wirtschafts-, Schul- und anderen Reformen, mit dem Einfrieren der Preise, mit dem willkürlichen Auftreten von Funktionären und Führungsgremien."

Das Volk revanchiert sich nach Meinung des Wirtschaftswissenschaftlers, indem es die Vorschriften umgeht, indem es – ohne daß man jemanden greifen kann – die Preise erhöht, ferner mit dem Nichtbezahlen von Steuern, mit Bestechungen, dann mit einem System von Beziehungen und Bekanntschaften „aus seinem reichen, während vieler Jahrhunderte zusammengestellten Repertoire".

Horvat spricht von einem „tiefen gegenseitigen Mißtrauen" zwischen Volk und Führung in Jugoslawien, das seit langem verwurzelt sei und nur einmal in der Geschichte, nämlich während des Partisanenkrieges, für kurze Zeit überwunden wurde.

Bürokraten entmachten

Horvat warnte vor einem Staat, der zwar laut marxistischer Lehre „absterben" solle, in Wirklichkeit aber zu einem „Instrument der Obrigkeit und der Gewalt" werde – so wie es der Staat auf dem Balkan schon immer gewesen sei. Die wahre marxistische Theorie sehe aber das Absterben des Staates auch als Abbau der Gewalt, für die es in der klassenlosen Gesellschaft ohnedies kein Objekt mehr geben dürfe, und die Verwandlung des Staates in einen öffentlichen Dienst, der für die Öffentlichkeit da sei. Nur durch die Entmachtung der „Politokraten" und „Bürokraten" könne man die Massen aus ihrer Passivität wecken und dem Balkanstaat Jugoslawien in einen sozialistischen Staat verwandeln.

Ein Staat, so setzt Horvat fort, verwandele sich aber nicht von selbst. Da gebe es zwei Möglichkeiten: Entweder spontan – durch Demonstrationen, politische Streiks, mit zerschlagenen Fenstern, Straßenunruhen und „anderen ähnlichen Formen der Heiducken-Tradition unserer Völker". Oder aber die Veränderung finde „organisiert" statt.

Wenn man davon ausgehe, daß die letztere Variante die wünschenswertere sei, müsse man aber die Kommunistische Partei Jugoslawiens reformieren, damit diese den Prozeß führen könne. Zu diesem Zweck, fordert Horvat, müsse die KP in die Gesellschaft „re-integriert" und „demokratisiert" werden.

Horvat läßt keinen Zweifel daran, daß er an keinerlei Erfolg einer Wirtschaftsreform in Jugoslawien glaubt, solange nicht auch das politische System „radikal" reformiert werde.

Vietnams Armee neu strukturiert

AFP, Hanoi

Im Zuge einer Umstrukturierung der Armee hat das Politbüro der Vietnamesischen Kommunistischen Partei (KPV) die bei der Gründung der Streitkräfte vor 40 Jahren eingeführte Funktion eines Politischen Kommissars in der vietnamesischen Armee abgeschafft. Das Politbüro betonte, die politische Reife der Führungskräfte mache dieses Amt heute überflüssig. Wie diversen offiziellen Hanoier Regierungskreisen zu entnehmen ist, soll mit der Neuordnung den „Erfordernissen des modernen Krieges Rechnung getragen werden, in dem es keine doppelten Entscheidungszentren geben kann". Fortan stehen dem Führungsstab jeder militärischen Einheit ein „Militärrat" und ein „Politischer Rat" zur Seite, womit die Führung der Partei und die persönliche Verantwortlichkeit jedes Militärchefs sichergestellt werden solle. Der „Militärrat" stellt ein neues regionales Gremium dar, dem sowohl die Militärchefs der großen Einheiten wie die politischen Chefs der Provinzen beziehungsweise Großstädte angehören.

Veränderungen in Sudan

dpa, Khartum

Zwei Tage nach der Verhängung des Ausnahmezustandes hat der sudanesische Staatschef Dschaafar Numeiri umfassende personelle Veränderungen in der Regierung und an der Spitze der Staatspartei „Sudanesische Sozialistische Union" (SSU) vorgenommen. Wie die ägyptische Nachrichtenagentur Mena meldete, wechselte Numeiri sechs Minister und mehrere Staatsminister aus, darunter Innenminister Ahmad Abdel-Rahman Mohammed und Außenminister Mohammed Mubarak Mirghani. Der 54jährige Numeiri, der in seiner 15jährigen Amtszeit mindestens 28 Putschversuche überstand, behielt seine Ämter als Verteidigungsminister, Oberkommandierender der Streitkräfte und Parteipräsident. Der starke Mann der sudanesischen Regierung, Omar Mohammed Eltayeb, verlor sein Amt als Vize-Präsident, wurde jedoch zum einflußreichen Chef des Staatssicherheitsdienstes ernannt. Der Posten des Vize-Präsidenten wurde abgeschafft.



Unheilige Allianz

hg – Ist nun bald Schluß mit dem starren Ladenschluß? Diese Hoffnung scheint nicht unberechtigt, denn immerhin wird das Problem beim nächsten Parteitag der CDU zur Sprache kommen. Sogar die Führung der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels räumt ein, daß man die Diskussion diesmal sehr ernst nehme – anders als in früheren Jahren, wo derlei Vorstöße eher amüsiert beiseite geschoben wurden. Trotzdem ist die Wahrscheinlichkeit, daß *nun* endlich etwas geschieht, ziemlich gering.

Die Hauptgemeinschaft kann sich auf zwei gescheiterte Versuche in Berlin und München berufen. Danach scheint sich zu bestätigen, was die Verbandsfunktionäre immer behaupten: Die Verbraucher sind an die geltenden Ladenschlußzeiten gewöhnt und streben nach 18 Uhr an die heimischen Fernsehapparate. Es könnte freilich auch ganz anders sein: Weil die Versuche bisher nur in Ballungszentren stattfanden, hatte wegen der großen Entfernungen abends niemand mehr Lust, zum Einkaufen in die City zu fahren. Warum probiert man es nicht einmal in einer Mittelstadt?

Vor allem kann sich die Hauptgemeinschaft auf eine unheilige Allianz mit der Gewerkschaft berufen. Doch nicht nur dies: Es gibt ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts, das dem Betriebsrat der Göppinger Kaufhof-Filiale das Recht zugesteht, autonom die Ladenöffnungszeit um eine Viertelstunde zu kürzen, weil dies den Mitarbeitern die abendliche Heimfahrt erleichtert. Damit kann jeder Abendverkauf verhindert werden. Und deshalb wird uns der starre Ladenschluß wohl bis auf weiteres erhalten bleiben.

Indexhandel

fu (London) – Heute wird in der Londoner City ein für europäische Verhältnisse völlig neue Art des Aktienhandels eingeführt. Basierend auf dem schon im Februar aus der Taufe gehobenen Börsen-Index, der die Kursentwicklung von 100 ausgesuchten führenden Werten wiedergibt, werden zum einen ein Terminhandel mit Aktienindex-Kontrakten an der Londoner Finanztermin-Börse und zum anderen ein Optionshandel mit dem 100 Werte umfassenden Index an der Londoner Aktienbörse eingeführt. Beide Formen werden Investoren in Großbritannien sowie aus dem Ausland künftig die Möglichkeit geben, von grundsätzlichen Bewegungen am Aktienmarkt zu profitieren. Für kleinere Investoren dürfte dabei der Optionshandel mit Kontrakten von rund 5000 Pfund eher attraktiv sein. Auf alle Fälle ist das Beispiel USA, wo die beiden Kontrakte vor genau einem Jahr eingeführt wurden und sich seither hervorragend entwickelt haben, für London mehr als ermutigend.

Abschied von der Macht

Von JOACHIM GEHLHOFF

Erwerbstrieb, Machttrieb und Tätigkeitsdrang machte der große Nationalökonom Werner Sombart schon vor einem halben Jahrhundert als jenes Dreigestirn „mächtigster Triebe" aus, die zumal in der Person herausragender Unternehmer der nirgends sonst erreichten Wirtschaftsblüte unseres kapitalistischen Zeitalters erfolgreich „dienten". Bleibt aus unserer massenkapitalistischen Gegenwart der Großunternehmen von Kleinaktionären anzufügen, daß auch der vom kaufmännischen Angestellten zum angestellten Kaufmann an die Konzernspitze emporgestiegene Manager mit solcher Persönlichkeitsstruktur Sombarts Unternehmer-Bild voll entspricht.

Allerdings mit einem gravierenden Unterschied, wenn's um das Alter geht. Der Machttrieb, „das Streben, viele Menschen und Dinge in Abhängigkeit von sich zu bringen" (Sombart), bleibt am ehesten ungebrochen, wenn die Gnade der Gesundheit das Alter begleitet. Da fällt dann der Abschied von der Macht besonders schwer, wenn nicht entsagende Weisheit die hohen Lebensjahre regiert.

Schon manches Familienunternehmen hatte damit seine Probleme. Diese potenzieren sich, und das macht den Unterschied aus, wenn der angestellte Konzernboß ob seiner herausragenden Leistung für Unternehmen und Gemeinwohl weit jenseits seiner Pensionsschwelle noch einen Einfluß geltend machen kann, der seinen Amtsnachfolgern das Leben je nach deren Persönlichkeitsstruktur bequem oder zur Hölle macht. Sind sie von ähnlichem Kaliber wie der große alte Mann, folgt aus den Führungsquerelen Schaden für das Unternehmen.

Den Beweis liefert derzeit (noch) Europas größter privatwirtschaftlicher Stahlkonzern, die Thyssen AG mit ihren 220 000 Eigentümern und 139 000 Beschäftigten in der Person ihres „Ehrenvorsitzenden" Hans-Günther Sohl. Der Senior, nun am 2. Mai 78 Jahre alt geworden, hat in der Tat Herausragendes geleistet. Aus einem Nachkriegs-Trümmerhaufen schuf er Europas rationellstes Stahlpotential. Stationen wie der Präsidentenposten im Bundesverband der Deutschen Industrie (1972 bis 1977) und die erste Präsidentenperiode in dem maßgeblich durch seine Initiative 1967 entstandenen Stahlproduzentenclub der freien Welt demonstrierten Wirkung und Anerkennung weit über das eigene Unternehmen hinaus.

Ein überreiches Berufsleben, das eigentlich gut und gern sein Ende hätte finden können, als Sohl 1981 auch den Aufsichtsratsvorsitz bei „seiner" Firma altershalber abgab. Er wurde damals in die vom Aktiengesetz nicht vorgesehene, aber auch bei anderen Gesellschaften für besonders verdienstvolle Manager geschaffene Position des „Ehrenvorsitzenden" der Gesellschaft inthronisiert.

Doch schwerer als allen anderen so geehrten Senioren fällt offensichtlich Sohl der Abschied von der Macht. Er läßt noch immer nicht die Finger vom Konzerngeschäft. Er ist darob, wie spätestens seit vier Monaten auch publizistisch offenkundig, zu seinem Nachfolger im Thyssen-Vorstandsvorsitz, Dieter Spethmann, in radikale und die gesamte Konzernführung irritierende Opposition gegangen.

Entlarvend war da das Interview, das Sohl zwei Wochen nach der dramatischen (und für Spethmann positiven) Thyssen-Hauptversammlung vom 30. März 1984 dem Magazin „Wirtschaftswoche" gab. Da spricht er, als hätte er noch irgendeine für den Weltkonzern relevante (und im Zweifel mit Regreßanspruch der Aktionäre versehene) Funktion, von „unseren Problemen" (deren Schwergewicht er anders als der Vorstand sieht), von der Notwendigkeit, „die Dinge von Grund auf zu bereinigen" und anderem mehr, was ihn alles überhaupt nichts mehr angeht.

Der Aufsichtsrat, in dem der Senior bislang bei wichtigen Mitgliedern offene Ohren auch mit seiner Spethmann-Kritik fand, muß da nun Farbe bekennen. Sein Vorsitzender, der Kölner Privatbankier Harald Kühnen (71), wand sich auf der Hauptversammlung noch mit Formalistischem heraus, als ihm kompetente Aktionärssprecher („Machen sie dem Spuk ein Ende!") ein klares Vertrauensvotum für den Vorstand und seinen Vorsitzenden abverlangten.

Es scheint nicht zuviel erwartet, daß der Aufsichtsrat dieses Votum nun in Kürze nachholt. Für den permanenten Kritiker Sohl kommt damit der endgültige Rückzug aufs Altenteil. Es ist einflußlos, aber gerade in diesem Fall auch wohlverdient.

ARGENTINIEN

Verhandlungen mit IWF machen weitere Fortschritte

AFP, dpa/VWD, **Buenos Aires**

Die Vereinigten Staaten haben eine Kreditzusage an Argentinien über 300 Mill. Dollar für die Rückzahlung von am 31. Mai gewährten kurzfristigen Überbrückungskrediten von Mexiko, Brasilien, Venezuela und Brasilien um einen Monat verlängert. Das teilte der Sprecher des US-Finanzministeriums in Washington mit. Die vier lateinamerikanischen Länder hatten Argentinien geholfen, Ende März seinen Schuldenverpflichtungen bei den amerikanischen Gläubigerbanken nachzukommen. Der Sprecher begründete den amerikanischen Beschluß damit, daß die Verhandlungen zwischen Argentinien und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) Fortschritte machten und die vier lateinamerikanischen Länder die Rückzahlungsfrist ebenfalls um einen Monat verlängert hätten. Am kommenden Wochenende wird eine Delegation des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Buenos Aires erwartet. Sie will gemeinsam mit Wirtschaftsminister Bernardo Grinspun versuchen, einen Weg für die Umschuldung der argentinischen Auslandsschuld von insgesamt 45 Mrd. Dollar zu finden.

Präsident Raul Alfonsin hat angekündigt, daß dem IWF werde in Kürze eine Absichtserklärung übermittelt wird, in der das Land die Ziele seiner Wirtschaftspolitik darlege. Der Etat 1984 stehe vor der Fertigstellung: Das Budgetdefizit werde 9,5 Prozent des Bruttosozialprodukts (BSP) nicht übersteigen, das BSP werde um fünf Prozent zunehmen, die Reallöhne müßten um sechs bis acht Prozent steigen und die Inflationsrate auf 50 Prozent begrenzt werden. Sie liegt derzeit bei 479,2 Prozent.

ARBEITSKOSTEN / An vierter Stelle hinter den USA, Kanada und der Schweiz

Institut der Wirtschaft: In der EG hält Bundesrepublik Spitzenposition

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Die durchschnittlichen Kosten einer Arbeitsstunde lagen in der deutschen Industrie 1983 bei 27,24 Mark. Damit rangierte die Bundesrepublik im internationalen Vergleich des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) hinter den USA, Kanada und der Schweiz an vierter Stelle.

Das hohe Arbeitskosten-Niveau ist nach Angaben des Instituts überwiegend auf die Personalzusatzkosten zurückzuführen. Sie betrugen in der Bundesrepublik 1983 12,17 Mark. Damit lag die deutsche Industrie in diesem Vergleich an der Spitze.

Die deutsche Industrie hat die höchsten Arbeitskosten innerhalb der Europäischen Gemeinschaft zu tragen. Allerdings haben sich nach der Analyse des Instituts die Unterschiede zwischen den 18 Ländern, die untersucht wurden, seit 1970 tendentiell angeglichen. Die nationalen Arbeitskosten wurden auf der Grundlage der amtlichen jahresdurchschnittlichen Devisenkurse in D-Mark umgerechnet. Das Institut weist darauf hin, daß die Arbeitskosten zwar nicht den einzigen, aber einen wichtigen Maßstab für die Konkurrenzfähigkeit eines Landes bilden.

Mit höheren Arbeitskosten als die deutsche Industrie von 27,42 Mark je Stunde waren die amerikanische mit 31,13 Mark, die kanadische mit 30,79 Mark und die Schweizer mit 29,43 Mark belastet. Gegenüber diesen drei Ländern mußte die D-Mark in den letzten drei Jahren erhebliche Wertverluste hinnehmen. Das zeigt, daß die nationalen Arbeitskosten durch zum Teil heftige Wechselkursschwankungen überlagert werden, die ebenfalls einen erheblichen Einfluß auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit eines Landes haben.

Für die deutsche Kostenposition sind die hohen Personalkosten maßgeblich mitverantwortlich. Die starke Progression der Personalzusatzkosten, die in früheren Jahren vor allem in Belgien, den Niederlanden, Frankreich, Schweden und der Bundesrepublik zu beobachten war, hat sich zuletzt verlangsamt. Hinter der deutschen Industrie, die 12,17 Mark tragen mußte, errechnet das Institut für die Niederlande Personalzusatzkosten von 11,89 Mark und für Belgien von 10,73 Mark. Zum Vergleich: In den USA betrugen sie umgerechnet nur 8,57 Mark je Stunde.

Auch der Anstieg der direkten Stundenlöhne hat sich in den letzten Jahren abgeschwächt. Hier lagen die USA und Kanada mit 22,56 Mark und 22,64 Mark vorn, gefolgt von der Schweiz mit 19,75 Mark und Australien mit 19,05 Mark. Die Bundesrepublik nimmt hier mit 15,25 Mark einen Mittelplatz ein. Die niedrigsten Direktentgelte wurden in Spanien mit 8,18 Mark und in Griechenland mit 6,48 Mark gezahlt.

Seit 1970 hat es in der Rangfolge der Arbeitskosten erhebliche Verschiebungen gegeben. So waren die USA und Kanada, die 1970 noch weit vor der Bundesepublik lagen, bis Mitte der letzten Dekade in erster Linie wegen des Kursverfalls ihrer Währungen und durch mäßige Lohnerhöhungen ins Mittelfeld zurückgefallen. Beispielsweise stiegen die US-Arbeitskosten auf D-Mark-Basis zwischen 1970 und 1980 nur von 15,80 auf 18,23 Mark. Die Erholung des US-Dollar brachte aber in den drei Jahren von 1981 bis 1983 die starke Erhöhung auf derzeit 31,13 Mark. Damit führen die USA wieder die Gruppe der Hochlohnländer an.

Schweden, das 1981 noch diese Position innehatte, ist durch die Abwertung der Krone ins Mittelfeld geraten. Belgien wechselte sich Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre mit Schweden als Ranglistenerster bei den Arbeitskosten ab, fiel inzwischen aufgrund eines langsameren Lohnanstiegs, der Abwertung des belgischen Franc und der Übernahme von Sozialbeiträgen durch den Staat auf den achten Platz zurück. Dagegen übertreffen jetzt die Arbeitskosten in der Schweiz die der Bundesrepublik.

Für bezeichnend hält es das Institut, daß Japan aufgrund hoher Zuwachsraten der Arbeitskosten inzwischen Anschluß an die europäischen Industrieländer gefunden hat. Das Kostenverhältnis Bundesrepublik zu Japan veränderte sich zwischen 1970 und 1983 von 2,4 zu eins auf 1,4 zu eins.

AUF EIN WORT



„Betrachtet man das Potential an Auslandsnachfrage, das auf die Bundesrepublik in diesem Jahr zukommen könnte, unter dem Aspekt der Weltkonjunktur, so gibt es nicht allzu viele Lichtblicke."

Erwin Sinnwell, Vorstandsvorsitzender der Landesbank Rheinland-Pfalz, Mainz. FOTO: KLAUS BENZ

Zahlungsmoral verbessert

dpa/VWD, **Frankfurt**

Die Zahlungsmoral in der deutschen Wirtschaft hat sich im ersten Quartal dieses Jahres gegenüber den letzten drei Monaten 1983 offenbar verbessert. Nur noch 31 Prozent der Wirtschaftsunternehmen müßten als säumige Zahler angesehen werden, heißt es in einem Bericht der Wirtschaftsauskunftei Schimmelpfeng GmbH. Die Zahlungsweise der Unternehmen habe sich gegenüber dem Schlußquartal 1983 um 3,4 auf 69 Prozent pünklich zahlender Betriebe verbessert, „die als Normalniveau bezeichnete 70-Prozent-Grenze jedoch verfehlt". Der Anteil der langsam zahlenden Unternehmen mit Fristüberschreitungen bis zu zwei Monaten ging Schimmelpfeng von 21,2 auf 20,9 Prozent zurück. Eine „schleppende" Zahlungsweise (mehr als 60 Tage Verzug) sei von 7,5 Prozent der Firmen gemeldet worden.

DEVISENMARKT

Streikgefahr und Zinsen in USA schwächen die Mark

rtr, **Frankfurt**

Der US-Dollar hat am Mittwoch an den europäischen Devisenmärkten angesichts hoher US-Zinsen um nochmals über einen Pfennig auf knapp 2,73 DM zugelegt. Beim Fixing in Frankfurt wurde die US-Währung mit 2,7296 DM gegenüber 2,7174 DM am Montag bewertet. Die Bundesbank gab nach Angaben von Händlern bei Kursfindung 13,3 Millionen Dollar in den Markt ab, um den Kursanstieg zu mäßigen. Bei nervösem Geschäft hatte der Dollar am Mittwoch vormittag zeitweilig bis auf 2,7312/22 DM angezogen.

Ausschlaggebend für das wiedergekehrte Interesse der Anleger an Dollar-Anlagen ist nach Händler-Angaben der 5,5 Prozent betragende Zinsvorteil gegenüber DM-Anlagen. Zudem werde die D-Mark weiter durch die Erwartung von Streiks in der deutschen Metallindustrie geschwächt. Dagegen dürften sich die noch für Mittwoch erwarteten März-Daten der deutschen Handels- und Leistungsbilanz kaum am Devisenmarkt auswirken. Für die Leistungsbilanz erwartet man ein Plus von 1,5 (Februar 1,34) Milliarden und für die Handelsbilanz einen Überschuß von 4,5 (4,85) Millarden DM.

Marktteilnehmer verwiesen auch darauf, daß sich die US-Konjunktur in einer anhaltend festen Verfassung präsentiere. Die Auftragseingänge in der US-Industrie nahmen im März um 2,2 (Februar plus 1,4) Prozent zu. Die große Nachfrage nach amerikanischen Aktien, die am Dienstag den Dow Jones Industrial Index in Wall Street um 12,25 Punkte auf 1183,00 in die Höhe trieb, habe den Dollar zusätzlich gestützt.

GROSSBRITANNIEN

Zuversicht über weitere konjunkturelle Entwicklung

WILHELM FURLER, **London**

In der verarbeitenden Wirtschaft Großbritanniens ist die Zuversicht über die weitere konjunkturelle Entwicklung so stark ausgeprägt wie seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre nicht mehr. Der jüngsten Quartalsumfrage des britischen Industrieverbandes CBI zufolge berichten die Mitgliedsunternehmen über eine kräftigere Zunahme von Aufträgen und Produktion als je zuvor in den letzten sieben Jahren.

Wie aus den Antworten der knapp 1700 an der Umfrage teilnehmenden Firmen hervorgeht, wird mit einer „scharfen Verbesserung" der Liquiditäts- und Ertragslage gerechnet. Von besonderer Bedeutung für die Vertiefung des konjunkturellen Belebungsprozesses in Großbritannien ist die deutlich zunehmende Investitionsbereitschaft. Der CBI geht jetzt davon aus, daß die Investitionen in der verarbeitenden Industrie in diesem Jahr um sieben Prozent wachsen dürften.

Ein Großteil dieser Neuinvestitionen wird allerdings nicht zur Ausweitung der Kapazitäten, sondern zur Verbesserung der Effizienz vorgenommen. So geht aus der Umfrage auch hervor, daß die britischen Unternehmen unverändert besorgt sind über zu rasch steigende Lohnkosten. Entsprechend rechnet die Mehrheit der Mitgliedsfirmen mit einem weiteren Ersatz von Arbeitsplätzen durch hochtechnologische Maschinen.

Die Ergebnisse der jüngsten CBI-Umfrage sind insofern besonders positiv zu werten, als die erhebliche Zunahme von Aufträgen und Produktion nicht nur über praktisch alle Industriezweige gefächert festzustellen ist, sondern daß diese Verbesserung zum ersten Mal seit der schweren Rezession auch alle Regionen des Landes erfaßt hat.

KERNENERGIE / WELT-Gepsräch mit KWU-Chef Klaus Barthelt

US-Erfahrungen nicht übertragbar

HANS BAUMANN, **Essen**

Die Nachrichten mehren sich, daß in den USA die Kernenergie – insbesondere aus wirtschaftlichen Gründen – einen deutlichen Niedergang erleide. über 100 Aufträge für Kernkraftwerke sollen bereits storniert worden sein. Bahnt sich hier eine Entwicklung an, die mit der üblichen zeitlichen Verzögerung auch Europa treffen wird? Über diese Frage sprach die WELT mit Klaus Barthelt, Vorsitzender des Vorstandes der Kraftwerk Union AG.

Barthelt bestätigt, daß 100 Kernkraftwerke in den USA storniert worden sind. Er ergänzt aber, daß ebenso Aufträge für 39 fossil befeuerte Kraftwerke zurückgezogen worden seien. Diese Entwicklung hat nach Barthelt keinerlei künftige Auswirkungen auf die europäische oder deutsche Kraftwerksstruktur.

Barthelt zählt die Gründe auf für die Entwicklung am Markt für Kraftwirtschaft in den USA:

- Im Gefolge der Konjunktureinbrüche in den siebziger Jahren sind Strombedarf und Zuwachsraten in den USA noch weiter zurückgefallen als in der Bundesrepublik Deutschland.
- Die Verlängerung der Bauzeiten als Folge der hinausgezögerten Bau- und Betriebsgenehmigungen wirkte in den USA noch stärker auf die Baukosten als in der Bundesrepublik. Hier drückten sowohl die hohen Zinsen als auch – über lange Jahre hinweg – die hohen Inflationsraten.
- Einem Wirtschaftlichkeitsvergleich zwischen Kernenergie- und Kohlestrom liegen in den USA völlig andere Bedingungen zugrunde als in der Bundesrepublik. Wegen der großen Kohlevorkommen, die kostengünstig im Tagebau gefördert werden, lassen sich heute in nur vier von zehn Verbraucherregionen der Vereinigten Staaten eindeutige Kostenvorteile für die Kernenergie errechnen.
- Schließlich habe auch der Störfall von Harrisburg und seine Konsequenzen auf Genehmigungsauflagen und Bauzeiten zur Verteuerung und Verunsicherung beigetragen. „Immerhin ist anzumerken", sagt Barthelt, „daß rund die Hälfte der Stornierungen für Kernkraftwerke schon vor dem Störfall von Harrisburg erfolgte."

All diese Einflüsse hätten zu den rund 100 Stornierungen von Kernkraftwerkaufträgen geführt. Dennoch dürfe nicht übersehen werden, daß in den Vereinigten Staaten gegenwärtig 84 Kernkraftwerke in Betrieb und weitere 59 in Bau sind.

Barthelt schließt daraus, daß „nicht immer und überall die Verhältnisse gleich sind, und deshalb die Entwicklungen in den USA nicht in jedem Fall auf die Bundesrepublik übertragbar werden können".

LADENSCHLUSS

Einzelhandel hält eine Lockerung nicht für sinnvoll

HANNA GIESKES, **Bonn**

„Wir nehmen diese Vorschläge sehr ernst." Günther Wassmann, Hauptgeschäftsführer der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE), hält die von Bundesfamilienminister Heiner Geißler angeregte Lockerung des Landeschlußgesetzes gleichwohl nicht für sinnvoll. Zum einen, weil er fürchtet, daß der innerstädtische Einzelhandel Umsatzanteile *zugunsten der großen* Verbrauchermärkte einbüßt, zum anderen, weil er nicht glaubt, daß auf diese Weise zusätzliche Arbeitsplätze entstehen.

Geißlers Annahme, daß so den rund 130 000 Teilzeitarbeit suchenden Frauen zu helfen sei, findet Wassmann „irrig". Eine Analyse der Bundesanstalt für Arbeit zur Struktur der Arbeitslosigkeit habe ergeben, daß die meisten von ihnen Beschäftigung am Vormittag suchten. Entsprechend niedrig sei die Bereitschaft zur Arbeit in den Abendstunden. Er wisse außerdem, „daß kaum ein Händler für einen etwaigen Abendverkauf zusätzliche Mitarbeiter einstellen würde".

Gering schätzt Wassmann auch die Bereitschaft der Verbraucher zum abendlichen Einkauf ein: „Bestenfalls fahren sie zum SB-Warenhaus auf der grünen Wiese." Der befürchteten Verödung der Innenstädte sei so jedenfalls nicht beizukommen. Versuche in Berlin und München hätten mangels Resonanz sogar abgebrochen werden müssen. Der HDE-Geschäftsführer, der seine Ablehnung einer Änderung des Ladenschlußgesetzes auf eine Abstimmung während der letzten Delegiertentagung im vergangenen Herbst stützen kann, wo nahezu 100 Prozent gegen eine Lockerung votierten, räumt dennoch ein, daß es bestimmte Bereiche im Handel gibt, wo eine größere Flexibilität Sinn machen könnte. Auch er vermag sich nicht vorzustellen, daß jemand um neun Uhr früh einen teuren Brillantring kauft oder ein hochwertiges Abendkleid. Dennoch hält er auch in diesen Fällen flexiblere Verkaufszeiten nicht für angebracht: „Dann glaubt jeder, er müsse seinen Laden länger offen halten, obwohl es den meisten nichts bringt als zusätzliche Kosten."

Vorstellen kann sich die Verbandsführung allenfalls eine Lösung, die, bei Verzicht auf den langen Samstag, an bestimmten Tagen den Abendverkauf zuläßt. Dies werde jedoch Preiserhöhungen nach sich ziehen: Während die Arbeit am langen Samstag im Rahmen des Tarifvertrags geleistet wird, müßten abendliche Verkaufsstunden als „Überstunden" honoriert werden.

Bis auf weiteres wird sich die Hauptgemeinschaft jedenfalls gegen jede Lockerung zur Wehr setzen. Dabei kann Wassmann sich auf die Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen verlassen, „die das geltende Ladenschlußgesetz als soziale Errungenschaft mit allen Mitteln verteidigen wird".

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Technologien mehr nutzen

Bonn/Aachen (dpa/VWD) – Eine verstärkte Nutzung der neuen Technologien und der Erkenntnisse der Forschung in diesem Bereich für mittlere und kleine Unternehmen hat die Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU gefordert. Auf ihrem 29. Bundeskongreß am 4. und 5. Mai in Aachen, zu dem etwa 700 Delegierte erwartet werden, wollen die Mittelstandspolitiker der Union dazu „Grundsätze und Forderungen zum Einsatz neuer Technologien im Mittelstand" verabschieden.

Leistungsbilanzüberschuß

Wiesbaden (AP) – Der Überschuß in der Leitungsbilanz der Bundesrepublik hat sich im März auf 1,9 Mrd. DM erhöht und damit gegenüber Februar mehr als verdreifacht. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilte, verringerte sich gleichzeitig der Überschuß in der Handelsbilanz von 4,85 Mrd. auf 4,535 Mrd. DM.

Bauhypotheken teurer

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Hypotheken für den Wohnungsbau werden teurer. Die bundesweit tätige Deutsche Pfandbriefanstalt (Depfa), Wiesbaden, hat die Auszahlungskurse neuer Hypothekenkredite für den Wohnungsneubau mit 7,50 Prozent Zins wie folgt gesenkt: bei zwei Jahren Festlaufzeit auf 98,25 (97,00) Prozent, bei fünf Jahren Festlaufzeit auf 94,75 (96,25) Prozent und bei zehn Jahren Festlaufzeit auf 90,50 (92,00) Prozent.

Rückgang im Fachhandel

Düsseldorf (Py.) – Nach der positiven Entwicklung in den ersten beiden Monaten dieses Jahres lag der Umsatz des deutschen Facheinzelhandels im März um sieben (preisbereinigt neun) Prozent unter dem vergleichbaren Vorjahresmonat. Die stärksten Einbrüche verzeichneten der Handel mit Spielwaren (minus 23 Prozent), Möbeln (13) sowie Radio/TV, Schuhe, Lederwaren und Foto (10 bis 11 Prozent). Das 1. Quartal 1984 brachte ingesamt ein Minus von einem (real drei) Prozent. Nur Elektrohandel, Sportartikel und Büroartikelhandel entzogen sich dem negativen Trend.

Einstieg bei Weserhütte

Berlin (dpa/VWD) – Das Bundeskartellamt in Berlin hat keine Einwände gegen den geplanten Einstieg der Dortmunder Hoesch AG bei der PHB-Weserhütte AG (Köln). Den Unternehmen wurde nach Prüfung des Zusammenschlußvorhabens grünes Licht gegeben. Hoesch übernimmt von Arbed eine rund 49prozentige Beteiligung an der PHB-Weserhütte. Mit knapp über 50 Prozent ist Otto Wolff an dem Unternehmen beteiligt.

Lome-II-Verhandlungen

Suva (AFP) – Verhandlungen über die Erneuerung des Lome-II-Abkommens, das im nächsten Jahr ausläuft, zwischen den zehn Staaten der Europäischen Gemeinschaft und 65 Entwicklungsländern Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP) haben gestern auf den Fidschi-Inseln begonnen. EG-Kreise rechneten mit keiner sofortigen Einigung in den strittigen Punkten – Anhebung der globalen EG-Wirtschaftshilfe, die in den vergangenen fünf Jahren 12,6 Mrd. DM betragen hatte, Zugang und Preisgarantien für Produkte aus den Entwicklungsländern in die EG.

Anleihe in Ecu

London (VWD) – In zwei Tranchen legt die staatliche französische Eisenbahn Societé National des Chemins de Fer (SNCF) eine Anleihe über 75 Mill. Ecu auf, nach Angaben von Konsortialführerin Banque Nationale de Paris ist die erste Tranche mit Fälligkeit am 23. Mai 1994 mit einem Coupon von 11,25 Prozent ausgestattet. Der Emissionskurs wird am 15. Mai festgesetzt. Die Schuldverschreibungen sind nach sieben Jahren erstmals vorzeitig zu 100,75 Prozent tilgbar.

SCHMUGGEL

Schweden deckt weiteren Fall auf

R. GATERMANN, Stockholm

Schwedens Zoll und Polizei haben einen weiteren Fall aufgedeckt, in dem hochwertiges amerikanisches Computer-Material illegal über Schweden an die Sowjetunion verkauft wurde. Vermutlich hat der Elektrokonzern Asea hierbei eine aktive Rolle gespielt, einer seiner Divisionschef war Mitte April vorübergehend verhaftet worden. Das von den USA mit einer Exportsperre für den Ostblock belegte Material wurde für den Steuerprozeß des sowjetischen Stahlkombinats Oskol verwendet.

Die Asea hatte hierfür vor ein paar Jahren verschiedene Aufträge erhalten, die auf normalem Weg abgewickelt wurden. Daneben hat es jedoch andere Order gegeben, so ermittelte die Stockholmer Morgenzeitung „Dagens Nyheter", die auf zahlreichen Umwegen erledigt wurden. Mit von der Partie waren der Geschäftsmann Sven-Olof Haakanson und seine Firma Sunitron, die offiziell das hochtechnologische Material in den USA kaufte und in die Sowjetunion weiterlieferte. Gelenkt wurde das ganze Geschäft jedoch von dem 52jährigen Asea-Divisionschef, verantwortlich für den gesamten Osthandel des Konzerns und direkt dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt.

Die Polizei kam dieser Affäre im Zuge der Ermittlungen gegen Haakanson auf die Spur, der im Verdacht steht, gemeinsam mit dem Deutschen Richard Müller versucht zu haben, ganze Computer inklusive Software in den Ostblock zu schmuggeln, sie wurden teilweise seinerzeit in Hamburg beschlagnahmt. Der Divisionschef, gegen den nicht wegen Computer-Schmuggels, sondern wegen Steuer- und Devisenvergehen ermittelt wird, hat inzwischen gestanden, für seinen Einsatz von der Sowjetunion rund 180 000 DM bekommen zu haben, die auf ein Konto in der Schweiz gingen. Im übrigen sind derzeit weder Asea-Vorstand noch der Staatssekretär im Stockholmer Außenhandelsministerium, Carl Johan Aaberg, bereit, zu dem Fall Stellung zu nehmen. Aaberg ist erst kürzlich in Washington gewesen, um die Behörden davon zu überzeugen, daß man Schweden, was die Überlassung von hochwertiger Elektronik anbetrifft, voll vertrauen könne.

ITALIEN / Außenhandelsinstitut sieht für Japaner, Deutsche und Franzosen gute Chancen auf Auslandsmärkten

Rom muß mit geringeren EG-Exporten rechnen

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Den italienischen Exporten bläst der Wind wieder ins Gesicht. In einer Untersuchung erwartet das staatliche italienische Außenhandelsinstitut (ICE), daß die Ausfuhren von Fertigwaren im laufenden Jahr dem Volumen nach nur um drei Prozent steigen werden gegenüber einer Zunahme der EG-Exporte von insgesamt fünf Prozent und der Ausfuhren der OECD-Länder von sechs Prozent. Während die italienische Exportwirtschaft in den vergangenen Jahren am Weltmarkt Positionen dazugewinnen konnte, werden es dem Institut zufolge in diesem Jahr in erster Linie die japanischen, die westdeutschen und die französischen Unternehmen sein, die im Ausland ihre Anteile ausbauen.

Nach Feststellung des staatlichen Außenhandelsinstituts haben die italienischen Ausfuhrunternehmen inzwischen die restlichen Möglichkeiten ausgeschöpft, durch Preiszurückhaltung im Ausland ihre Marktchancen zu verbessern. Während sie in den letzten Jahren Konkurrenznachteile wie schneller steigende Lohnkosten und hohes Inflationsgefälle durch Schrumpfung der Gewinnmargen im Auslandsgeschäft wettmachte, stößt die italienische Exportwirtschaft jetzt zunehmend auf Grenzen.

Ein Hinweis dafür ist laut ICE die Entwicklung des Erzeugerpreisgefälles bei Fertigprodukten. Im Jahr 1983 stieg die Differenz zwischen den italienischen und den Preisen im Ausland um 6,8 Prozent, während die durchschnittliche Abwertung der Lira gegenüber den Auslandswährungen nur 3,6 Prozent betrug. Dadurch verschlechterte sich das reale Lira-Verhältnis gegenüber den anderen Währungen um rund drei Punkte, womit die in den zwei Jahren vorher angesammelten Konkurrenzvorteile fast vollständig wieder zunichte gemacht wurden.

Eine weitere Verschlechterung erwartet das staatliche Außenhandelsinstitut im laufenden Jahr, weil es der italienischen Regierung voraussichtlich nicht gelingen dürfte, die Inflationsdifferenz gegenüber dem Ausland abzubauen und gleichzeitig der Lira-Kurs wiederum nur geringfügige Veränderungen im Verhältnis zu den anderen Währungen erfahren wird.

Besonders düstere Aspekte eröffnen sich dem Außenhandelsinstitut zufolge im Vergleich zu den EG-Partnern: In diesem Fall belief sich der durch die gestiegene Inflationsdifferenz und die nur geringe Abwertung der Lira entstandene Konkurrenzverlust auf vier Prozentpunkte. Diese addierten sich zu den sechs Verlustpunkten, die die italienische Exportwirtschaft bereits in der Zeitspanne zwischen 1979 und 1982 ansammelte. Das Institut empfiehlt in seiner Untersuchung den Unternehmen deshalb, die Exportanstrengungen in Zukunft verstärkt auch auf die nordamerikanischen und die aufstrebenden Märkte in Ostasien zu richten.

Sorgen über die Erhaltung der Marktpositionen im Ausland drückt auch der Spitzenverband der italienischen Industrie aus. Davon ausgehend, daß Italien mit seinem Aktivsaldo des Fertigwaren-Außenhandels hinter den USA und Japan an dritter Stelle in der Welt steht und damit sogar die Bundesrepublik Deutschland übertrifft, fordert der Verband Staat und Wirtschaft auf, für eine schnellere technologische Erneuerung und eine Verbesserung der allgemeinen Konkurrenzbedingungen Sorge zu tragen.

Als Schwachstellen der italienischen Exporte nennt der Verband den zu hohen Anteil traditioneller Produkte am Fertigwarenexport, den niedrigen Liberalisierungsgrad des italienischen Geld- und Kapitalmarktes und die im Vergleich zu anderen westlichen Konkurrenten noch geringe Multinationalisierung der italienischen Unternehmen. Als Handikap für die italienische Ausfuhrentwicklung sieht der Verband auch die schwache Präsenz der italienischen Banken im Ausland an: Nach ihrem Umsatz auf den ausländischen Plätzen stehen die italienischen Kreditinstitute weltweit erst an elfter Stelle, wogegen Italien an industrieller Potenz auf dem siebten Platz rangiert.

Stärkster italienischer Exportbereich mit 26 Prozent der Gesamtausfuhr war 1983 der Maschinenbau, gefolgt von der Textil- und Bekleidungsindustrie mit 17 Prozent.

FRANKREICH / US-Konjunkturprognose positiv

Aufschwung aber fraglich

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Überraschend zuversichtlich beurteilt das amerikanische Conference Board die Wirtschaftslage in Frankreich. Bereits in der zweiten Hälfte dieses Jahres würde es hier zu einem Wiederaufschwung kommen, dessen Intensität über dem internationalen Durchschnitt liegt. Das für die Großunternehmen der USA arbeitende Konjunktur-Forschungsinstitut stützt seine Prognose vor allem auf die Auftragsentwicklung der französischen Industrie, die in letzter Zeit stärker als in allen anderen Industriestaaten (ausgenommen Japan) nach oben gegangen sei.

In den französischen Konjunkturberichten wird diesem Faktor durchweg wenig Bedeutung zugemessen. Dies liegt daran, daß hier Ziffern zur Entwicklung der Auftragseingänge und -bestände nur bruchstückweise verfügbar sind. Dadurch wird auch der internationale Vergleich erschwert. Der Optimismus des Conference Board muß deshalb mit Vorsicht bewertet werden.

So erwartete der Internationale Währungsfond (IWF) in seinem letzten, vor einem Monat veröffentlichten Halbjahresbericht, daß das französische Bruttosozialprodukt in diesem Jahr nur um 0,6 Prozent steigen würde, während die westlichen Industriestaaten insgesamt ein Wachstum von 3,6 Prozent erzielen könnten. Auch die französische Preisentwicklung schätzte der IWF ziemlich pessimistisch ein. In dieser Beziehung scheinen sich die Aussichten inzwischen aber doch verbessert zu haben.

So kommt das Nationalinstitut für Statistik (Insee) in seiner jüngsten Konjunkturprognose zu dem Ergebnis, daß die französische Inflationsrate von 9,3 Prozent 1983 auf 6,5 Prozent in diesem Jahr reduziert werden kann. Die OECD hatte in ihrer letzten Prognose (Stand Ende '83) noch mit 7,5 Prozent gerechnet.

Nunmehr glaubt das Insee annehmen zu können, daß die Inflationsdifferenz zwischen Frankreich und der Bundesrepublik 1984 nur noch 3,5 Punkte erreicht gegenüber 6,7 Punkte in 1983. Die Differenz zu den USA würde sogar von 5,5 auf 1,5 Punkte schrumpfen. Niemand erwartet allerdings, daß die französische Regierung ihr Ziel erreicht, die Inflationsrate auf fünf Prozent zurückzubringen. Denn bereits in den ersten drei Monaten dieses Jahres ist der französische Preisindex um zwei Prozent gestiegen.

Die Frage einer erneuten Franc-Abwertung und DM-Aufwertung bleibt damit weiter im Gespräch. Mit großer Spannung wartet man an den Devisenmärkten auf die neuesten Prognosen der OECD.

Gegenwärtig kann man nur zur der Schlußfolgerung kommen, daß die Sanierung der französischen Wirtschaft stärkere Fortschritte macht als erwartet worden war, daß diese aber noch nicht ausreichen, um auch den Franc zu stabilisieren.

GASTARBEITER / Interesse an Heimkehr gering

Paris gewährt Staatshilfe

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die von der französischen Regierung im Rahmen ihrer neuen Arbeitsmarktpolitik angekündigte Aktion zur Erleichterung der Rückkehr von Gastarbeitern in ihre Heimatländer nimmt allmählich konkrete Formen an. Durch Regierungsverordnung wurde jetzt eine öffentliche Rückkehrhilfe geschaffen, die nach Angaben der zuständigen Staatssekretärin bis zu 20 000 Franc erreichen kann. Außerdem würde sich der Staat an den Umzugskosten mit 2 500 bis 10 000 Franc beteiligen und die Rückreisekosten übernehmen.

Die näheren Bedingungen dieser Hilfen bleiben noch festzulegen. Voraussetzung ist aber in jedem Fall, daß der Empfänger zum Zeitpunkt der Antragstellung mindestens sechs Monate „unfreiwillig ohne Arbeit" gewesen war. Ausgeschlossen bleiben Gastarbeiter, die jederzeit nach Frankreich zurückkehren können, wie zum Beispiel Staatsangehörige der EG-Länder.

Auch muß die Rückkehr mit allen Familienangehörigen erfolgen, denn wenn etwa die Frau eines algerischen Gastarbeiters allein zurückkehrt, könnte ihr eine spätere erneute Einwanderung nach Frankreich aus Gründen der Familienzusammenführung nicht versagt werden. Ausgezahlt wird die Hilfe erst nach erfolgter Rückkehr.

Dazu kommen die Prämien, welche die Unternehmen bei der Entlassung von Gastarbeitern zahlen, und die Abfindung der Sozialversicherungsansprüche. Nach Angaben von Sozialminister Pierre Bérégovoy könnten danach die rückkehrenden Gastarbeiter alles zusammengenommen mit 70 000 bis 100 000 Franc rechnen. Trotz dieser hoch erscheinenden „Abfindung" ist die Rückkehrbereitschaft unter den Gastarbeitern sehr gering.

SÜDKOREA / Einstieg in Elektronikmarkt

Hohe Subventionen geplant

rtr, Seoul

Die vier Industrieriesen Südkoreas unternehmen gewaltige Anstrengungen, um eine möglichst dicke Scheibe vom Kuchen des Welt-Elektronikmarktes zu ergattern. Ihre Bemühungen sind Teil eines nationalen Vorstoßes, dem die Erkenntnis zugrundeliegt, die Wirtschaft des Landes könne nicht länger allein von den traditionellen Exportbranchen getragen werden. Präsident Chun Doo Hwan charakterisiert die technische Entwicklung als wichtigste Aufgabe, um das wirtschaftliche Überleben Südkoreas zu garantieren.

Die Regierung hat in diesem Jahr ein Programm im Volumen von umgerechnet rund 120 Mill. DM. Entsprechend planen die vier Industriekonglomerate des Landes – Hyundai, Samsung, Daewoo und Lucky-Goldstar – massive Investitionen in die Mikroelektronik. Samsung bildet mit ihren Plänen zur Herstellung von Halbleiterchips mit großer Speicherkapazität die Speerspitze des südkoreanischen Ansturms auf den Hochtechnologiesektor. Das Unternehmen will in den nächsten fünf Jahren 100 Mill. Dollar in Halbleiter investieren.

Goldstar, eine Tochtergesellschaft der Lucky-Goldstar-Gruppe und Pionierin der südkoreanichen Elektronikbranche, hat den Chip-Markt ebenfalls aufs Korn genommen und plant dazu in den kommenden vier Jahren Investitionen von fast 200 Mill. Dollar. Daewoo will für die Halbleiterherstellung schon am Lauf der nächsten zwei Jahre 100 Mill. Dollar aufwenden. Hyundai ist zwar Elektronikneuling, steigt aber mit einem eindrucksvollen Investitionsprogramm von 450 Mill. Dollar in dieses Gebiet ein. Die neue Hyundai Electronics Industry Company der Gruppe läßt sämtliche Vorstufen aus und beginnt gleich mit der Herstellung von sogenannten LSI-Chips.



Auch 1983 hohe Zuwachsraten

AP, Peking

Die chinesische Wirtschaft hat nach Mitteilung des staatlichen Statistischen Büros 1983 eine Zuwachsrate von zehn Prozent ausgewiesen. Das Durchschnittseinkommen der 800 Millionen Bauern des Landes liegt jetzt bei 309,80 Yuan (rund 380 DM). Nach einem Anstieg von elf Prozent 1982 legte die landwirtschaftliche Produktion 1983 weitere 9,5 Prozent zu. Das Ergebnis in 1982 war auf günstige Witterung zurückzuführen. Die Industrieproduktion stieg 1983 um 10,5 Prozent, nach 7,7 Prozent 1982. Bei der Getreideernte wurde mit einer Steigerung um 9,2 Prozent auf 387 Mill. Tonnen ein weiterer Rekord erzielt (1982: 8,7 Prozent). Das Durchschnittseinkommen der städtischen Bevölkerung verbesserte sich um 3,5 Prozent auf 826 Yuan (1000 DM). Im Außenhandel konnte laut Statistik ein Überschuß von 1,65 Milliarden Yuan erzielt werden, nach 5,66 Milliarden 1982. Die Ausfuhren stiegen um 5,8 Prozent auf 43,83 Milliarden Yuan, die Einfuhren um 17,9 Prozent auf 42,18 Milliarden Yuan. Schließlich stieg die Produktion von Fahrrädern um 14 Prozent auf 27,58 Millionen Einheiten, die Produktion von Fernsehgeräten um 15,5 Prozent auf 6,84 Millionen. Die Bevölkerung nahm im Berichtszeitraum um 0,9 Prozent auf 1,025 Milliarden zu, die 18 Millionen Taiwanchinesen nicht mitgerechnet.

Wallenberg und Volvo trennen sich

gtm, Stockholm

„Wenn es einen Machtkampf gegeben hat, dann ist er jetzt zu Ende", erklärte Volvo-Chef Pehr G. Gyllenhammar, nachdem er gemeinsam mit Peter Wallenberg bekanntgegeben hatte, daß sich Volvo aus den beiden Wallenberg-Unternehmen Stora Kopparberg und Atlas Copco, an denen man mit je 25 Prozent beteiligt war, zurückzieht und die Wallenberg-Gruppe ihre Volvo-Aktien, etwa 9 Prozent der Stimmen, verkauft.

Man habe große Hoffnungen in die Zusammenarbeit zwischen dem Finanz- und Industrie-Imperium der Wallenbergs und Volvo gesetzt; sie hätten jedoch nicht eingelöst werden können. Die Interessen und Philosophien seien zu unterschiedlich gewesen, was Irritation geschaffen habe. Mit dem Einzug der Wallenbergs bei Volvo bekam der größte Industriekonzern Nordeuropas erstmals einen dominierenden Kapitaleigner, der auch im Management mitreden wollte, was für Gyllenhammer sehr ungewohnt war. Andererseits fühlten sich die Wallenberg-Kreise durch Gyllenhammers Repräsentanz im Aufsichtsrat ihrer Unternehmen gestört. Nun sind die Fronten wieder klar. Man will auch in Zukunft auf verschiedenen Ebenen zusammenarbeiten. An kapitalmäßige Beteiligungen dürfe man nach den jüngsten Erfahrungen jetzt allerdings jetzt nicht mehr denken.

DUEWAG / Exporterfolge und Dividendenkürzung

Probleme mit Waggonbau

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Erste Zeichen einer Konjunkturerholung spürt die Krefelder Duewag AG (vormals Waggonfabrik Uerdingen) derzeit nur in ihrer Ringfeder-Produktion für fremde Fahrzeugbauer und sonstige Kundschaft. Das Hauptgeschäft der Firma jedoch, der Bau von Eisenbahnwaggons und kommunalen Nahverkehrs-Schienenfahrzeugen, kommt „in eine schwierige Phase". Im Einklang mit der düsteren Prognose wird den Aktionären (80 Prozent von 17,8 Mill. DM Aktienkapital bei Waggonfabrik Talbot, Aachen) zur Hauptversammlung am 22. Mai für 1982/83 (30. 9.) ein Abschluß vorgelegt, mit dem das Unternehmen seine „Traditionsdividende" von 5 DM auf nur noch 4 DM kürzt.

Der damit wiederum fast komplett ausgeschüttete Jahresüberschuß von 1,4 (1,8) Mill. DM stammt aus einem noch leicht um 1,8 (28,6) Prozent auf 330 Mill. DM erhöhten Umsatz. Erneut kam das Umsatzplus allein aus dem um weitere 20 (100) Prozent gesteigerten Export, der nun 53 (45) Prozent Umsatzanteil erreichte. Zur Festigung der in den letzten Jahren „sehr intensiv" aufgebauten Marktpositionen im Ausland wurde nun für Nordamerika (mit bereits einem Zehntel des Duewag-Gesamtumsatzes) eine eigene Tochter zwecks Kundenbetreuung und Projektbearbeitung in Elektro-Kooperation mit Siemens gegründet. Trotz der Exporterfolge sieht der Vorstand im Fahrzeugbau, wo seit Januar 1984 bereits ein Werk auf Kurzarbeit gesetzt werden mußte, „Auftragsengpässe" kommen. Wesentlichster Grund dafür sind rückläufige Bestellungen der Deutschen Bundesbahn im Güter- wie im Personenverkehr. „An dieser Situation wird sich so schnell nichts ändern." Obendrein habe sich auch generell die ohnehin „unbefriedigende Auftragsrentabilität" auf 1982/83 noch etwas verschlechtert.

Dementsprechend wurden schon im Berichtsjahr bei 342 (334) Mill. DM Gesamtleistung nur noch 159 (168) Mill. DM Rohertrag erzielt, der mit 78,4 (77,8) Prozent vom Personalaufwand geschluckt wurde. Die in den letzten Jahren leicht aufgestockte Belegschaft wurde auf 2444 (2509) Mitarbeiter reduziert. Den Gewinnausweis ermöglichte vor allem ein Umschwung der Zinsrechnung von 1,8 Mill. DM Aufwands- in 1,4 Mill. DM Ertragssaldo. Bei weiterhin „vorsichtig" unter den Abschreibungen gehaltenen Sachinvestitionen von 4,9 (5,7) Mill. DM blieben die unveränderten Eigenmittel von 36 Mill. DM größer als das gesamte Anlagevermögen von 33,1 (34,5) Mill. DM. Sie erreichen nun 28 (26) Prozent des um 152 (151) Mill. DM Kundenanzahlungen gekürzten Bilanzvolumens.

WOHNUNGSWIRTSCHAFT / Drei Gesetzentwürfe in Nordrhein-Westfalen unter heftiger Kritik des Marktes

Im Widerspruch zu den Leitlinien der Politik

HANS BAUMANN, Essen

Gegen drei Gesetzentwürfe des Landes Nordrhein-Westfalen, die den Wohnungsmarkt direkt oder indirekt berühren, läuft die Wohnungswirtschaft Sturm. Wie der Direktor des Verbandes Rheinischer Wohnungsunternehmen, Josef Brüggemann, gegenüber der WELT erklärt, läuft besonders der Referentenentwurf eines Gesetzes zur Vereinfachung wohnungsrechtlicher Vorschriften darauf hinaus, den komplexen Wohnungsmarkt weiter zu komplizieren. In einer Stellungnahme an den Gesamtverband Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen sagt Brüggemann, daß der Entwurf in sich völlig unschlüssig sei und „in einem totalen Widerspruch zur Regierungserklärung und den Leitlinien der Wohnungspolitik" stehe. Brüggemann bittet den Gesamtverband, bei der Anhörung am 11. Mai „mit Nachdruck" den Standpunkt der Wohnungswirtschaft vorzutragen.

Prinzipiell sagt auch die Wohnungswirtschaft ja zur Vereinfachung wohnungsrechtlicher Vorschriften. Der Umfang der gesetzlichen Regelungen sei kaum noch übersehbar, und die festgelegten Einzelheiten könnten von den Praktikern der Wohnungswirtschaft kaum noch umgesetzt werden. Darüber hinaus wird festgestellt, daß auch Mieter und Mitglieder der Wohnungswirtschaftsverbände nicht mehr in der Lage seien, die Rechtmäßigkeit von Handlungen in diesem „umfassend reglementierten" Markt nachzuprüfen und zu verstehen.

Die Wohnungswirtschaft begrüßt die marktwirtschaftliche Idee der Einfügung eines Paragraphen 73 in das Zweite Wohnungsbaugesetz, der den Städten und Gemeinden die Chance geben soll, Objekte für bestimmte Versorgungsaufgaben unter wettbewerblichen Bedingungen zu fördern. Man gibt jedoch auch zu bedenken, daß das Mietpreisrecht mit der Neuregelung um eine weitere komplizierte Variante erweitert wird, die die Unübersichtlichkeit vergrößert und die Orientierung am Markt nicht fördert.

Die Wohnungswirtschaft gibt zu bedenken, ob die zu Versorgenden nicht besser auf indirekte Weise untergebracht werden könnten. Bei Mieten auf der Basis von Vergleichsmieten müßten Interessenten gesucht werden, die an anderer Stelle preisgünstige, einfache Wohnungen freimachen, die dann den zu versorgenden Personen zur Verfügung gestellt werden könnten. „Derartige Wohnungen, die vor allem zur Versorgung Minderbemittelter geeignet sind, stehen in großer Zahl zur Verfügung", heißt es in der Stellungnahme an den Gesamtverband.

Den sozialen Erfordernissen kann nach Meinung der Wohnungswirtschaft nur durch ein Wohngeld individuell entsprochen werden. Mit einer komplizierten und wirklichkeitsfremden Mietenpolitik seien die Probleme nicht zu lösen. Wörtlich heißt es: „Die Mehrzahl der Berechtigten des sozialen Wohnungsbaus muß außerhalb der öffentlich geförderten Wohnungen leben und dort Vergleichsmieten zahlen. Es ist rechtsstaatlich sehr problematisch, wenn unter Vernachlässigung des Gleichheitsgrundsatzes die einen auch künftig eine Zusatzrente beziehen, während die anderen höhere Vergleichsmieten zu zahlen haben." Die vorgeschlagene Neuregelung würde die Problematik noch verstärken. Es sei eine Selbsttäuschung, die sogenannte Kostenmiete als wirtschaftlich brauchbare Regelung anzusehen.

Im Zuge der von der Regierung in Bonn anvisierten marktwirtschaftlichen Orientierung der Wohnungswirtschaft sollte man die Kostenmiete „endlich" aufgeben – nicht zuletzt im Interesse der Entlastung der öffentlichen Haushalte.

Kompromißlos lehnt die Wohnungswirtschaft ein Gesetz über den Anschluß- und Benutzungszwang für Fernwärme ab. Kostengünstige Fernwärme brauche einen solchen Zwang nicht. Sei die Fernwärme aber nicht wettbewerbsfähig, was zu befürchten sei, dann stiegen mit ihr lediglich die Kosten des Wohnens.

Auch ein Gesetzentwurf zur Erhaltung und Pflege von Wohnraum wird von der Wohnungswirtschaft entschieden abgelehnt. Hier werde der weiteren Bürokratisierung Tür und Tor geöffnet. Das in der Begründung genannte Ziel, für den erhaltenswerten Altbauwohnungsbestand preiswerte Mieten zu bewahren, werde mit einem solchen Gesetz sicher nicht erreicht.

RORENTO / Kurssteigerung um neun Prozent

Glanz durch Zinserträge

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die niederländische international in festverzinslichen Wertpapieren, vor allem in Schuldverschreibungen, anlegende Rorento N. V., Curaçao, weist für den Kurs per Ende des Geschäftsjahres 1983/84 (28. 2.) „nur" eine Steigerung um 9 Prozent auf 202,20 hfl je 50-hfl-Aktie aus. Die in den Vorjahren mit Kurssteigerungen um 30 Prozent brillierende Gesellschaft begründet das „bescheidene" Abschneiden mit dem Hinweis auf die Abhängigkeit des Gesamtergebnisses von den Entwicklungen an den internationalen Obligationsmärkten sowie den Kursschwankungen der wichtigsten Währungen.

In den letzten drei Jahren hatte Rorento von den positiven Ergebnissen Zinsertrag, Kurs und Währungsentwicklung gleichermaßen profitiert. Im Berichtsjahr war das Anlageergebnis völlig den Zinserträgen zu verdanken. Obwohl die meisten Obligationen einen Kursverlust ergaben, sorgte die Kurssteigerung der japanischen Obligationen und des Yen dafür, daß dieser Verlust nahezu völlig kompensiert wurde. Rorento war rechtzeitig vom verlustverdächtigen US-Dollar auf DM und Yen umgestiegen.

Unter Berücksichtigung der abgeschlossenen Währungs-Termingeschäfte waren die Dollar-Engagements am Rorento-Vermögen von rund 4,88 (4,28) Mrd. hfl von 36 auf 30 Prozent zurückgeführt worden, während Gulden auf 29 (22) Prozent, Yen auf 18 (14) und DM auf 10 (9) Prozent gebracht wurden. Rund 81 (77) Prozent des Vermögens waren in Staatsanleihen angelegt.

Erträgen von 430 (387) Mill. hfl standen Aufwendungen (Verwaltungskosten und Steuern) von 18 (14) Mill. hfl gegenüber. Die verbliebenen 412 (373) Mill. hfl werden – wie üblich – nicht ausgeschüttet, sondern der allgemeinen Rücklage zugeführt. Als Gradmesser für die erfolgreiche Anlagepolitik dient daher der sogenannte innere Wert der Aktie, der sich aus dem Anlageportefeuille zuzüglich der aufgelaufenen Zinseinkünfte zusammensetzt. Er nahm im Berichtsjahr von 182,07 auf 197,81 hfl zu. Die Hauptversammlung findet am 27. Juni auf der Antilleninsel Curaçao statt.

BRITISH AIRWAYS / Gewinn stark gestiegen

Schulden noch sehr hoch

WILHELM FURLER, London

Die staatliche Fluggesellschaft British Airways hat sich selbst den Titel vergeben, profitabelste Fluglinie der Welt geworden zu sein. Grundlage für dieses Selbstbewußtsein ist ein Anstieg im Gewinn vor Steuern für 1983 von 51 Mill. auf 181 Mill. Pfund (194 Mill. auf knapp 690 Mill. DM). Der Betriebsgewinn für das am 31. März zu Ende gegangene Geschäftsjahr, also vor Zinsen, Steuern und außerordentlichen Aufwendungen, erhöhte sich von 174 auf 272 Mill. Pfund.

Vor allem die 37 000 Mitarbeiter von British Airways werden vom guten Abschneiden ihres Arbeitgebers profitieren. Sie erhalten Bonuszahlungen in Höhe von insgesamt 17 Mill. Pfund (knapp 65 Mill. DM), also im Schnitt 1750 DM pro Mitarbeiter.

Das gute Ergebnis wurde erzielt trotz eines Rückgangs der Passagier-Kilometer um sechs Prozent. Doch höhere Tarife und eine erhebliche Verbesserung im Luftfrachtgeschäft ließen in Verbindung mit dem vor zwei Jahren eingeführten Kostensparprogramm den Rohertrag um 56 Prozent klettern. Als wichtiger positiver Faktor erwiesen sich auch die vergleichsweise niedrigen Kerosinpreise. Dagegen wirkte sich das gegenüber dem Dollar stark abgeschwächte Pfund Sterling als zusätzlicher Kostenfaktor aus.

Immerhin 164 Mill. Pfund der Erträge wurden zum Abbau des extrem hohen Schuldenbergs verwendet, so daß die gesamte Schuldenlast von British Airways jetzt noch 900 Mill. Pfund (3,42 Mrd. DM) beträgt. Mit dem positiven Abschneiden hat British Airways alle Voraussetzungen für eine erfolgreiche Privatisierungs-Aktion Anfang nächsten Jahres geschaffen. Lord King, der Chairman der Gesellschaft, machte allerdings deutlich: Er werde alle Regierungsversuche, British Airways vor der Einführung an der Börse eines Teils der Flotte und bestimmter Streckenrechte „zu berauben", mit seinem Rücktritt beantworten.

KLÖCKNER-WERKE HV / Marktbelebung bei Stahl und in der Verarbeitung

Gienow: Das schier Unlösbare gelöst

J. GEHLHOFF, Duisburg

Eines gewaltigen Kraftaktes habe es bedurft. „Doch heute können wir sagen, das schier unlösbar Scheinende ist gelöst worden: die Sicherung einer ausreichenden Beschäftigung für die Hütte Bremen unter Einhaltung der Quoten." Diesen Erfolg im langjährigen Streit um eine existenzsichernde Beschäftigung der großen Flachstahlhütte Bremen hob Vorstandsvorsitzender Herbert Gienow auf der Hauptversammlung der Klöckner Werke AG, Duisburg, in seinem Lagebericht hervor. Mit einem „filigranen Bau" aus Produktionsquotentausch im eigenen Konzern und mit Dritten sowie aus Quotenkauf bei Fremden habe man für Bremen nun ein tragfähiges Quotengebäude gezimmert. Dies auch unter Mithilfe von EG-Kommission, Bundesregierung und von den Konkurrenten im Eurofer-Dachverband, „wobei der weitaus größte Beitrag von uns selbst erbracht worden ist".

Positive Signale meldete der Klöckner-Chef aus dem laufenden Jahr. In der ersten Hälfte von 1983/84 (30. 9.) habe der Konzern seinen Fremdumsatz um gut 8 Prozent verbessert. Bei Walzstahl stiegen in dieser Zeit die Aufträge um 13 Prozent und die Produktion um 4,5 Prozent. Die Stahlrohrproduktion, nunmehr durch Einbeziehung der EBV-Hüttenbetriebe verstärkt, erhöhte sich sogar um 30 Prozent. Weiteren Aufwärtstrend zeigte die stahlferne Verarbeitung, am stärksten mit einer Umsatz-Plusrate von 25 Prozent im Kunststoffbereich.

Die Ertragslage freilich sei im Stahlbereich immer noch unbefriedigend. Volle Kostendeckung bringe die langsame Erholung der Stahlpreise noch nicht. Da werde es vor allem von der „anhaltenden Belegung" der Stahlnachfrage abhängen, „wann wir das Tal der Tränen verlassen können". Nochmals besser werde 1983/84 dank reger Nachfrage in weiten Bereichen der Ertrag in der stahlfernen Verarbeitung des Konzerns. Insgesamt scheine damit für die Klöckner-Werke AG nach den bis 1982/83 währenden Verlustjahren in 1983/84 ein annähernd ausgeglichenes Ergebnis möglich.

Großes Gewicht legte Gienow auf den trotz Stahlkrise beibehaltenen Entwicklungskurs des Unternehmens zum „Technologiekonzern". Immer noch nur ein Anfang ist da nach seinen Andeutungen die bisherige Zusammenarbeit mit Australiens größtem Rohstoffkonzern CRA Ltd., Melbourne. CRA zeichnete 1983 rund 90 von 100 Mill. DM Wandelanleihe-Emission der Klöckner-Werke und schuf sich damit die Chance einer künftig „namhaften" Beteiligung an Klöckner. In mittlerweile drei gemeinsamen Gesellschaften entwickeln Klöckner und CRA derzeit neue Technologien (aus schon vorhandenem Klöckner-Know-how).

In der harmonischen Diskussion mit den Aktionären teilte Gienow mit, daß CR dem Unternehmen im laufenden Jahr „ein weiteres Darlehen" zur Verfügung gestellt habe, das eventuell (mit späterem HV-Beschluß) gleichfalls in ein Wandeldarlehen umgewandelt werden könnte. Mit gewohnt hohen Zustimmungsquoten von 99,87 Prozent für den Aufsichtsrat und 99,98 Prozent für den Vorstand wurde die Verwaltung entlastet.

KNÜRR / Geschäftsergebnis mit deutlichem Minus

„Strukturelle Durststrecke"

DANKWARD SEITZ, München

Die Rahmenbedingungen hätten im konjunkturell noch relativ schwierigen Geschäftsjahr 1983 der Knürr-Mechanik für die Elektronik AG, München, nicht viel besser sein können: Der Umsatz erhöhte sich um 11,5 Prozent auf 49,5 Mill. DM bei einem um 15,4 Prozent auf 51,5 Mill. DM gestiegenen Auftragseingang. Mit einem Minus von 74,3 Prozent auf nur noch 0,19 Mill. DM wurde das Ergebnis jedoch total verhagelt, nachdem es schon im Vorjahr nicht ganz mit der Geschäftsentwicklung Schritt halten konnte. Für die Aktionäre bedeutet dies eine Dividendenkürzung auf 2 (5) DM je Stamm- bzw. 3 (6) DM je Vorzugsaktie obwohl die Großaktionäre, die Familie Knürr und der gesamte Vorstand, auf eine Ausschüttung verzichtet haben.

Für Hans Knürr, Vorstandsvorsitzender des vor drei Jahren an die Börse gegangenen Unternehmens, ist dies jedoch kein Grund für Pessimismus. Das Ergebnis dürfe nicht allein bilanztechnisch betrachtet werden, denn zum einen hätte das 1981 eingeführte Programm „Dacobas" (Büromöbel) erheblich belastet. „Sicherlich habe man sich damit damals zu große und zu schwere Schuhe angezogen, die Schwielen verursachten." Inzwischen seien diese Schuhe aber „tragbar" geworden und sollen künftig zu großen Schritten befähigen. Denn Knürrs „Traumziel" ist mit dieser Produktlinie 1987 bereits einen Umsatz von rund 50 Mill. DM zu erreichen, nachdem 1983 Aufträge über 8,5 Mill. DM hereingeholt werden konnten.

„Erheblich besser" ausgefallen wäre das Ergebnis auch, so Knürr, wenn aufgrund einer „personellen Fehlentscheidung" die Aufträge 1983 nicht über weite Strecken mit Überstunden und teuren Aushilfskräften hätten bewältigt werden müssen. Zum Ausdruck kommt dies bei fast unverändert 312 Mitarbeitern in einem um 13,5 Prozent auf 16,3 Mill. DM gestiegenen Personal- und dem um 12,3 Prozent auf 8,5 Mill. DM höheren Sachaufwand. Durch eine Umorganisation in der Fertigung im Herbst 1983 habe man diese Fehlentwicklung gestoppt, was aber erst 1984 sichtbare Erfolge zeigen werde.

Insgesamt zeigte sich Knürr überzeugt, daß das Unternehmen nun seine „strukturelle Durststrecke" überwunden hat und 1984 eine deutliche Gewinnverbesserung erzielen wird. Immerhin habe man per Ende April gegenüber dem Vorjahresniveau ein Umsatzplus von 15 Prozent und einen um 23 Prozent höheren Auftragseingang erreicht.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Hamborner zahlt 7 DM

Duisburg (DW.) – Die Aktionäre der Hamborner Bergbau AG, Duisburg, erhalten für 1983 aus dem Bilanzgewinn von 5,3 Mill. DM eine gegenüber dem Vorjahr unveränderte Dividende von 7 DM je 50 DM-Aktie. In seinem entsprechenden Vorschlag für die am 22. Juni einberufene Hauptversammlung weist der Aufsichtsrat des Unternehmens darauf hin, daß dies einschließlich Steuergutschrift einem Brutto-Ertrag von 10,94 DM je Aktie entspricht.

RWE erhöht Strompreis

Essen (dpa/VWD) – Das Rheinisch Westfälische Elektrizitätswerk (RWE), Essen, Deutschlands größter Stromversorger, will seine Preise für die Tarifkunden um durchschnittlich 3,9 Prozent zum 1. Juli erhöhen. Wie das Unternehmen mitteilte, hat es einen entsprechenden Genehmigungsantrag in Düsseldorf gestellt. Der „anhaltende Kostendruck" habe diesen Schritt erzwungen, heißt es zur Begründung. Neben den allgemeinen Kostensteigerungen seien es im zunehmenden Maße Mehrkosten infolge der erhöhten Umweltschutzanforderungen, die nunmehr ausgeglichen werden müßten. Aus diesem Grunde würden in den nächsten Jahren weitere Preisanhebungen erforderlich werden.

Unveränderte Dividende

Hamburg (dpa/VWD) – Eine unveränderte Dividende von 5,50 DM je 50-DM-Aktie will die Elbschloss-Brauerei AG, Hamburg, für das Geschäftsjahr 1983 ausschütten. Darüber soll die Hauptversammlung am 6. Juni beschließen. Mehrheitsaktionär am Grundkapital von 8 Mill. DM ist die Dortmunder Union-Schultheiss Brauerei AG, Berlin und Dortmund.

Wifag-Bank übernommen

Frankfurt (cd.) – Die Security Pacific Corporation, Los Angeles, Mutter der Security Pacific National Bank, die kürzlich das Bankhaus Bohl & Co erworben hat, will jetzt die Wifag-Bank übernehmen. Die Wifag-Bank mit 9,8 Mill. DM Grundkapital und 317 Mill. DM Bilanzsumme ist über Gschäftsstellen in neun Städten bundesweit im Konsumentenkreditgeschäft und im gewerblichen Kreditgeschäft tätig. Über diese Schiene will die amerikanische Bankengruppe weiter in das Privatkundengeschäft in der Bundesrepublik hineinstoßen.

Genehmigtes Kapital

Paderborn (dpa/VWD) – Über die Schaffung von 120 Mill. DM genehmigtes Kapital und eine Dividende von 18 Prozent wird die Hauptversammlung der Nixdorf Computer AG, Paderborn, am 7. Juni 1984 zu beschließen haben. Derzeit beträgt das Grundkapital 200 Mill. DM. Aus dem mit 70,03 (61,31) Mill. DM ausgewiesenen Jahresüberschuß sind 35 (30) Mill. DM in die Rücklagen eingestellt worden. Die Konzernumsätze erhöhten sich 1983 um 19 (18) Prozent auf 2,71 Mrd. DM. Für 1984 werden 3 Mrd. DM anvisiert. Im 1. Quartal 1984 betrug das Umsatzplus 20 Prozent.

Conti Gummi zahlt drei DM Dividende

dpa/VWD, Hannover

Die Verwaltung der Continental Gummi-Werke AG, Hannover, schlägt der Hauptversammlung am 6. Juli vor, den Bilanzgewinn zur Ausschüttung einer Dividende von drei DM je 50-DM-Aktie auf das dividendenberechtigte Grundkapital von 270 Mill. DM zu verwenden. Ferner soll auf der Hauptversammlung beschlossen werden, daß durch Satzungsänderung das Höchststimmrecht eines einzelnen Aktionärs auf fünf Prozent des Grundkapitals beschränkt wird. Zuletzt hatte Conti 1980 eine Dividende von 2,50 DM an die rund 35 000 Aktionäre ausgeschüttet. Der Jahresüberschuß der AG belief sich 1983 auf 16,2 (1982: 5,7) Mill. DM. Im Konzern stieg der Jahresüberschuß bei einem gegenüber dem Vorjahr um 4,3 Prozent auf 3,39 Mrd. DM erhöhten Umsatz auf 41,3 (20) Mill. DM. In der AG wurde eine Umsatzsteigerung um 6,8 Prozent auf 1,99 Mrd. DM erreicht.

Textilgruppe Hof legt kräftig zu

dpa/VWD, München

Von einem „wiederum sehr befriedigenden Jahr" berichtete Ernst Häcker, Vorstandsmitglied der Textilgruppe Hof. Wie er bei der Vorlage des Geschäftsberichts 1983 in München betonte, konnten die beiden in der Gruppe zusammengeschlossenen Unternehmen Neue Baumwoll-Spinnerei und Weberei Hof AG (NSH) und Voigtländische Baumwollspinnerei AG (VBS), beide Hof, ihr Ergebnis verbessern.

Deshalb könne die Gruppe eine unveränderte Dividende von jeweils 16 Prozent ausschütten. Die NSH AG erzielte 1983 bei einem Umsatz von 282,6 (216,9) Mill. DM einen Jahresüberschuß von 5 (4,84) Mill. DM. In der VBS AG erhöhte sich der Jahresüberschuß bei einem leicht rückläufigen Umsatz von 195,8 (199) Mill. DM auf 2,6 (1,8) Mill. DM. Für 1984 ist ein Investitionsvolumen von mehr als 50 Mill. DM geplant.

Kursschub am Aktienmarkt.

Trotz Streikgefahr Meinungskäufe in den Standardwerten.

DW.- Während die Streiksituation in der Bundesrepublik als Begründung für die schwächere D-Mark auf den Devisenmärkten herangezogen wird, engagieren sich auch wieder Ausländer in deutschen Standardaktien, weil sie meinen, daß es in der Metallindustrie zu keinem langanhaltenden Arbeitskampf kommen wird. Angeregt durch die feste Aktientendenz in New York gab es am deutschen Aktienmarkt am Mittwoch überraschend lebhafte Umsätze zu deutlich steigenden Kursen. Das Aufwärtstempo bestimmten wieder die Autowerte.

Von der festen Tendenz der Autoaktien profitierten auch die neuen Porsche-Vorzugsaktien, die am Freitag bis 920 DM zurückgefallen waren, jetzt aber außerbörslich zu 995 DM umgingen. Im Maschinenbaubereich führte Linde die Aufsteiger an. Die feste Tendenz kam dem Bezugsrechthandel der Deutschen Bank zugute, mit 10,35 DM wurde der bisher höchste Preis für das Bezugsrecht erzielt. Deutsche Bank-Aktien zogen parallel dazu an. Einen kräftigen Aufwärtssprung machten auch die marktengen PKI-Aktien. Weniger ausgeprägt war dagegen die feste Tendenz bei den Stahlwerten. Ebenfalls nur zögernd aufwärts bewegt sich der Veba-Kurs. Im Zuge der zu Beginn dieses Jahres durchgeführten Teilprivatisierung ist die Nachfrage nach diesen Papieren zunächst weitgehend befriedigt worden.

Düsseldorf: Alexander befestigten sich um 4 DM auf 95 DM, Bilfinger stiegen um 5 DM auf 186,50 DM und Gerresheimer Glas konnten sich um 6,50 Dm auf 139,50 Dm verbessern. Leffers sanken um 9 Dm auf 500 DM und Ver. Rumpus fielen um 5 DM auf 175 DM.

Frankfurt: Erstmals seit Wochen werden wieder Auslandskäufe registriert. Daimler konnten sich um 8 DM verbessern, favorisiert waren auch Siemens, Deutsche Bank und AEG. Deutsche Bank Bezugsrechte blieben 10,35 DM bei 9600 Stück Umsatz.

Hamburg: HEW gingen zu 97,80 DM minus 1 DM und NWK Vz. zu 179 DM plus 0,50 DM aus dem Markt. Markt und Kühlhallen kamen auf 331 DM plus 1 DM. Dagegen lagen Reichelt bei 135 DM minus 1 DM und Haller Meurer bei 189 DM minus 2 DM schwächer. Gute Gewinne erzielten Beiersdorf bei 354 DM plus 5 DM.

München: Etienne Aigener verbesserten sich um 3 DM auf 299 DM, Deckel AG erhöhten sich um 1,20 DM auf 136 DM und Dywidag konnten sich um 4 DM auf 193 Dm befestigen. Agrob St. sanken um 6 DM auf 278 DM, Diamalt fielen um 3 DM auf 108 DM und Leonische Draht erlitten eine Einbuße von 0,50 DM auf 319 DM.

Berlin: Concordia chemie und Spinne Zehlendorf zogen je um 20 Dm an. Berthold konnten 4,50 DM und Schering 4 DM zulegen. Engelhardt wurden um 6 DM niedriger taxiert. Berliner Kindl lagen um 3,50 DM, Detewe und Herlitz St. um je 1 DM leichter.

Nachbörse: fest

WELT-Aktienindex: 153,3 (151,2)
Welt-Umsatzindex: 1906 (1712)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Wien

Creditanst.-Bkv.Vz.	213	Geschlossen
Gösser-Brauerei	327	
Länderbank Vz.	205	
Österr. Brau AG	301	
Perlmooser	363	
Reininghaus	382	
Schwechater Br.	156	
Semperit	–	
Steyr-Daimler-P.	148	
Universale HochTief	210	
Veitscher Magnesit	217	
Index	54,96	

Kopenhagen

Den Danske Bank	261	257
Jyske Bank	590	580
Kopenh. Handelsbk.	262	255
Novo Industri	2570	2535
Privatbanken	275	264
Ostasiat. Komp.	176	177
Dan. Sukkerfabr.	690	680
For. Bryggerier St.	995	995
Kgl. Porc. Fabr.	380	380

Brüssel

Arbed	1850	Geschlossen
Brux. Lambert	2350	
Cockerill Ougrée	331	
Ebes	2800	
Gevaert	3285	
Kredietbank	7110	
Pétrofina	7910	
Soc. Gén. d. Belg.	1950	
Sofina	6590	
Solvay	4220	
UCB	5330	
Index	156,11	

Singapur

Cycle + Car.	4,00	Geschlossen
Cold Storage	–	
Dev. Bk. of Sing.	10,00	
Fraser + Neave	6,20	
Kl. Kepong	2,99	
Mal. Banking	18,00	
Nat. Iron	4,20	
OCBC	10,50	
Sime Darby	2,47	
Singapur Land	5,30	
Un. Overs. Bank	5,35	

Optionshandel

Frankfurt: 2. 5. 84: 528 Optionen = 28 400 (34 800) Aktien, davon 182 Verkaufsoptionen = 9550 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 7-95/5,3, 7-100/4, 10-95/10, 10-100/6, 1-100/11,5. BASF 7-170/7, 7-180/3,8, 10-170/9, 1-180/3,5, 7-190/3, 10-180/8,3, 10-190/4, 1-180/12. Bay. Hypo 1-300/5, Bekula 7-95/2,05, 1-100/6, BMW 7-390/15, Commerzbank 7-190/2,5, 10-180/11, 10-190/6, 10-200/3,4, 1-180/3,4, 1-180/16, 1-190/9, Conti 7-140/2,5, 10-130/13,1, 10-140/7,1, 10-150/3,15, 1-130/16,6, Daimler 7-580/16, 7-600/9,4, Dt. Babcock St. 7-160/10, 10-160/15,6, Deutsche Bank 1-390/36, Dresdner Bank 7-180/5, 10-190/4,2, GHH St. 7-160/3, Hoechst 7-180/3,7, 7-180/8,5, Hoesch 7-120/4, 7-130/3, 10-120/6,2, Kloeckner 7-40/22, 7-65/3, 7-70,2, 1-65/8, Lufthansa Vz. 7-160/4, Mannesmann 10-140/13,6, 10-150/7, 1-160/6,5, RWE St. 10-170/3,9, 1-170/6, Siemens 7-360/44, 7-402/10, 7-410/5, 10-400/20,8, Thyssen 7-85/5, 10-85/7,9, 10-90/4,9, 10-100/2,5, 1-90/7,5, Varta 7-170/2,3, 1-180/4, Veba 7-170/4,05, 10-170/10, 1-180/6,9, VEW 10-120/6,1, VW 7-200/9,1, 7-210/5,6, 7-220/4, 7-230/1,9, 10-200/18, 10-210/12, 10-230/5, 10-240/2,2, 1-220/13,1. Alcan 10-90/6,2, Chrysler 7-70/6,5, 10-70/8,4, 10-80/3, 1-70/15, 1-80/8,5, Elf 7-70/13,6, 7-75/9,5, 7-85/5, 10-85/6, IBM 1-310/29,5, Philips 10-45/2,5, Sperry 7-110/12, 1-120/5. **Verkaufsoptionen:** AEG 7-90/2, 7-95/3,3, 10-95/5,4, 1-95/8, BBC 7-210/3, 7-220/8,9, BMW 7-360/6, Commerzbank 1-170/1,4, Conti 10-130/3, Daimler 10-570/10, 1-530/7,4, Deutsche Bank 1-370/5,1, Harpener 7-280/4,6, Kloeckner 7-60/2, 7-65/4, Mannesmann 1-140/4, Siemens 7-390/4,50, 10-400/12, VW 7-190/3, 10-190/3,4, 1-190/4,6, Chrysler 7-70/3,9, 10-65/3, 10-70/6, 1-70/8, Litton 10-190/10, Philips 7-40/2 (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 2. 5.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	10⅝–10¾	5⅜–5⅝	3⅜–3½
3 Monate	10⅞–11⅛	5½–5¾	3⅝–3⅞
6 Monate	11¼–11½	5¾–6	3⅞–4⅛
12 Monate	11¾–12⅛	6⅛–6⅜	4¼–4½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 2. Mai folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1615,00	1989,30
10 US-Dollar (Indian)**)	1260,00	1519,40
5 US-Dollar (Liberty)	460,00	649,80
1 £ Sovereign alt	244,00	300,96
1 £ Sovereign Elizabeth II.	233,00	288,42
20 belgische Franken	182,00	237,12
10 Rubel Tscherwonez	251,00	313,50
2 südafrikanische Rand	234,00	288,42
Krüger Rand, neu	1047,00	1233,48
Maple Leaf	1047,00	1233,48
Platin Noble Man	1087,00	1279,08
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	262,00	326,04
20 schweiz. Franken „Vreneli"	197,00	248,52
20 franz. Franken „Napoléon"	191,00	241,68
100 österr. Kronen (Neuprägung)	965,00	1163,94
20 österr. Kronen (Neuprägung)	193,00	242,82
10 österr. Kronen (Neuprägung)	102,00	133,38
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	457,00	560,88
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	107,00	144,78

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

2. 5. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Ankfs.-Kurs[4]	Frankfurt. Sorten*) Ankauf	Frankfurt. Sorten*) Verkauf
New York[3]	2,7256	2,7336	2,6923	2,69	2,78
London[1]	3,808	3,882	3,784	3,75	3,90
Dublin[1]	3,057	3,071	3,012	2,98	3,11
Montreal[3]	2,1038	2,1118	2,0804	2,08	2,17
Amsterd.	88,625	88,845	88,865	87,75	89,75
Zürich	121,430	121,630	121,50	120,00	122,75
Brüssel	4,897	4,917	4,884	4,74	4,94
Paris	32,505	32,665	32,025	31,75	33,50
Kopenh.	27,210	27,330	26,82	26,25	28,25
Oslo	35,130	35,250	34,51	34,25	36,00
Stockh.**)	33,985	34,145	33,725	33,25	35,00
Mailand[2] **)	1,613	1,623	1,578	1,58	1,68
Wien	14,205	14,245	14,187	14,12	14,34
Madrid**)	1,778	1,786	1,731	1,76	1,88
Lissabon**)	1,975	1,985	1,900	1,65	2,45
Tokio	1,2015	1,2045	–	1,17	1,23
Helsinki	47,180	47,380	46,02	46,50	48,25
Buen. Air.	–	–	–	–	11,00
Rio	–	–	–	0,09	0,33
Athen*) **)	2,5030	2,5670	–	2,30	3,00
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,5275	2,5465	–	2,44	2,65
Johannesbg.*)	2,1635	2,1825	–	1,80	2,05

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Über den Mai-Feiertag setzte der Dollar-Kurs seine Aufwärtsbewegung an den Überseemärkten fort und streifte am 2. 5. die Marke von 2,7400. In Europa lagen die Notierungen bei ruhigem Marktgeschehen in der Bandbreite von 2,7278 bis 2,7350. Zum amtlichen Mittelkurs von 2,7296 verkauften die Bundesbank 13,3 Mio. Dollar als Nachfrageausgleich. Die Argumente kreisten weiter um die Dollar-Zinsen, sowie den Tarifkonflikt in der Bundesrepublik. Die Bekanntgabe der Überschüsse von 4,5 und 1,9 Mrd. DM in der deutschen Handels- und Leistungsbilanz führten zum Geschäftsschluß zu einem Durchbrechen der Tagesbandbreite nach unten. Innerhalb des EWS konnte die D-Mark ihre Position trotz des festeren Dollarkurses geringfügig verbessern. Gegenüber dem Schweizer Franken und dem japanischen Yen mußten sie jedoch erneut Kurseinbußen hinnehmen. Die beiden Währungen festigten sich um 3 Promille auf 121,53 und 1,2030. US-Dollar in: Amsterdam 3,0780; Brüssel 55,62; Paris 8,38175; Mailand 1687,00; Wien 19,1890; Zürich 2,2460; Ir. Pfund/DM 3,064; Pfund/Dollar 1,3976; Pfund/DM 3,815.

Ostmarkkurs am 2. 5. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Die weitere Befestigung der Euro-Dollar-Zinsen um ⅛–¼ Prozent bewirkte eine erneute Vergrößerung der Dollar-Termin-Abschläge.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,29/1,19	3,79/3,68	7,40/7,20
Pfund/Dollar	0,26/0,28	0,77/0,80	1,52/1,56
Pfund/DM	1,70/0,30	3,80/2,40	6,70/5,30
FF/DM	27/11	64/48	126/116

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 2. 5.: Tagesgeld 5,5–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,7–5,8 Prozent; Dreimonatsgeld 5,75–5,9 Prozent.

Privatdiskontsätze am 2. 5.: 10 bis 29 Tage 3,55G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G–3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 2. 5.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/5 (Typ A) 5,50 (5,50)–7,50 (6,47)–8,00 (6,94)–8,25 (7,24)–8,50 (7,45)–9,00 (7,66). Ausgabe 1984/6 (Typ B) 5,50 (5,50)–7,50 (6,50)–8,00 (6,99)–8,25 (7,31)–8,50 (7,54)–9,00 (7,79)–9,00 (7,96) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,65, 2 Jahre 6,78. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 100,40, Rendite 7,65.

Bundesanleihen

		2. 5.	30. 4.
F 6 Bund 78 III	9/84	100bG	100
8½ dgl. 76	9/84	100,75	100,75
6 dgl. 78 IV	12/84	100,1	100,1
6¾ dgl. 79	1/85	100,15	100,15
8¼ dgl. 73 I	3/85	101,9	101,9
7 dgl. 79	4/85	100,75	100,75
7¼ dgl. 79 II	6/85	101	101,05
7¾ dgl. 79 I	7/85	101,6	101,6
8 dgl. 79 IV	10/85	101,75	101,75
5½ dgl. 78 II	3/86	98,15	98,15
5¾ dgl. 78	5/86	98	98
7¾ dgl. 76 I	12/86	100,4	100,4
6½ dgl. 79	1/87	98,65	98,65G
7¼ dgl. 78 II	1/87	100,35G	100,35
6¾ dgl. 77	4/87	98,9	99
6½ dgl. 77	7/87	98,05	98,05
6 dgl. 77	10/87	96,2	96,2
6 dgl. 78 I	1/88	95,7	95,85
6½ dgl. 78 I	9/88	97	97G
6½ dgl. 78 II	12/88	96,85	96,85G
6¾ dgl. 79	1/89	97,4	97,4
7½ dgl. 79 I	4/89	98,55	98,55
10 dgl. 81	4/89	108,25	108,5
7½ dgl. 79 I	6/89	99,35	99,35G
8 dgl. 79 I	7/89	101,15	101,25
8 dgl. 79 II	8/89	101,05	101,1
7½ dgl. 79 II	9/89	99	99,2
7¾ dgl. 79 II	11/89	99,8	99,95
7¾ dgl. 80 I	1/90	99,7G	99,7
10 dgl. 80	4/90	108,9	108,95
5¾ dgl. 78	5/90	92	92
8½ dgl. 80 I	7/90	101,1	101,3
8¼ dgl. 80 II	11/90	101	101,1
7¾ dgl. 82	11/90	99,2	99,3
9 dgl. 81	2/91	104,35	104,35
10¾ dgl. 81	7/91	110,9	110,9G
10½ dgl. 81	9/91	113,55	113,55
10 dgl. 81 II	12/91	109,75	109,75
9¾ dgl. 82 I	1/92	108,4	108,4
9¾ dgl. 82 II	3/92	108,7	108,7
6 dgl. 78 II	3/93	90,7	90,5
9,5 dgl. 82	4/92	107,3	107,45
9 dgl. 82	5/92	104,65	104,85
8½ dgl. 82	6/92	101,6	101,75
9 dgl. 82	8/92	104,45	104,55
8¾ dgl. 82	9/92	103,1	103,2
7¾ dgl. 82	12/92	97,3	97,4
7½ dgl. 83	1/93	95,75	95,75
7½ dgl. 83 II	3/93	95,55	95,7
7½ dgl. 83 III	5/93	97,25	97,3
8¼ dgl. 83	6/93	100,3	100,35
8 dgl. 83	7/93	99,05	99,15
8¼ dgl. 83 II	8/93	100,25	100,35
8¼ dgl. 83 III	10/93	100,2	100,25
8¼ dgl. 83 IV	11/93	100,2	100,35
8¼ dgl. 83 V	12/93	100,2	100,35
8¼ dgl. 84	1/94	100,2	100,35
8¼ dgl. 84 II	2/94	100,25	100,35
8 dgl. 84	3/94	99,15	99,25
F 7¾ B.Obl.79 S.1	12/84	100,9	100,9
8 dgl. 80 S.2	2/85	101,25	101,25
8¼ dgl. 80 S.3	2/85	101,45	101,45
9¼ dgl. 80 S.4	3/85	102,35	102,35
8¾ dgl. 80 S.5	4/85	102,15	102,15
8½ dgl. 80 S.6	5/85	101,85	101,85
8 dgl. 80 S.7	6/85	101,7	101,7
7½ dgl. 80 S.8	8/85	101,25	101,25
8¼ dgl. 80 S.9	10/85	102,25	102,25
8¾ dgl. 80 S.10	1/86	103,25	103,15
9 dgl. 81 S.11	1/86	103,4	103,25
9¾ dgl. 81 S.12	3/86	105,1	105,45
10 dgl. 81 S.13	3/86	105	105,45
9¾ dgl. 81 S.14	4/86	105,3	105,2
10 dgl. 81 S.15	4/86	105,85	105,7
10½ dgl. 81 S.16	6/86	106,95	107,05G
11 dgl. 81 S.17	8/86	108,5	108,5
10½ dgl. 81 S.18	10/86	–	107,65
10 dgl. 81 S.19	10/86	106,65	106,7
9¾ dgl. 81 S.20	11/86	105,8G	105,8G
10¼ dgl. 81 S.21	11/86	107,45	107,45
10 dgl. 81 S.22	11/86	106,8G	106,8G
9½ dgl. 81 S.23	12/86	105,75	105,75
9¾ dgl. 82 S.24	1/87	105,8	105,8
9½ dgl. 82 S.25	3/87	105,45	105,45
8¾ dgl. 82 S.26	4/87	104,8	104,8
9 dgl. 82 S.27	4/87	104,25G	104,25
8½ dgl. 82 S.28	5/87	102,9	102,9
9½ dgl. 82 S.29	7/87	105,55	105,55
9 dgl. 82 S.30	8/87	104,2	104,2
8¾ dgl. 82 S.31	9/87	103,2bG	103,35
8½ dgl. 82 S.32	10/87	102,05	102,05
8 dgl. 82 S.33	11/87	100,9	101,1
7¾ dgl. 82 S.34	11/87	100,4	100,4
7¾ dgl. 82 S.35	12/87	99,75	99,8
7¾ dgl. 83 S.36	1/88	98,6	98,7
6¾ dgl. 83 S.37	3/88	97,3	97,35
7 dgl. 83 S.38	5/88	97,75	97,75
7¼ dgl. 83 S.39	6/88	98,6	98,6
7½ dgl. 83 S.40	6/88	99,45	99,45
8 dgl. 83 S.41	6/88	100,6	101,6bG
8 dgl. 83 S.42	9/88	100,45	100,5
8 dgl. 83 S.43	12/88	100,45	100,5
8¼ dgl. 83 S.44	12/88	101,25bG	101,25
8 dgl. 84 S.45	3/89	100,4	100,4
7½ dgl. 84 S.46	4/89	98,8	98,8

Bundesbahn

		2. 5.	30. 4.
F 8 Bbbahn 72	9/84	100,65	100,65G
8¼ dgl. 76	9/84	100,75	100,75G
8 dgl. 78 III	11/84	100,05	100
F 8½ dgl. 79	2/85	100,15	100,15
8½ dgl. 73	2/85	101,55	101,55
7 dgl. 77	2/87	99,6G	99,6
6 dgl. 77	3/87	96,05	96,05G
6 dgl. 78 II	7/88	94,3	94,3
6½ dgl. 77	5/89	95,2	95,2
8 dgl. 79 I	7/89	100,9G	100,9
6 dgl. 78 I	2/90	92,2	92,2
8 dgl. 80 II	7/90	100,65	100,85
9 dgl. 81	3/91	104,55	104,55G
10½ dgl. 81	9/91	112,05G	112,05
10¾ dgl. 81	11/1	110,95	111,105
8 dgl. 80 I	2/92	99,2	99,3
10 dgl. 82	2/92	109,95G	109,98
9½ dgl. 82	7/92	107,5G	107,5
8 dgl. 82	11/92	98,95	99,15G
7¾ dgl. 83	1/93	97,25	97,25
8¼ dgl. 83	10/93	100,3G	100,3

Bundespost

		2. 5.	30. 4.
F 8½ Bdpost 68	6/88	98,96	98,9
8 dgl. 72 I	9/87	101,3	101,3G
10 dgl. 81	3/89	108,3	108,3
10½ dgl. 81	6/89	109,3G	109,4G
8 dgl. 80	3/90	100,3	100,3
7¾ dgl. 80	9/90	99,1	99,3
9¾ dgl. 80	12/90	103,35	103,45
10½ dgl. 81	10/91	112,35	112,35
9¾ dgl. 82	2/92	108,7	108,7G
8¾ dgl. 82	6/92	103,15	103,15
8½ dgl. 82	10/92	101,75	101,85
7¾ dgl. 83	2/93	97,35	97,45
8½ dgl. 83	9/93	101,7	101,7
8¼ dgl. 84	2/94	100,2	100,2

Länder – Städte

		2. 5.	30. 4.
S 5½ Bd.-Wtbg. 78	86	98G	98
8¼ dgl. 82	92	100,6G	100,8
M 7 Bayern 68	86	101,6	101,6
6½ dgl. 67	87	101,5G	101,5G
6 dgl. 68	85	99,5G	99,5G
6 dgl. 78	88	94,5	94,45
8¾ dgl. 80	90	103,5	103,5
8¾ dgl. 82	90	103,05G	103,05G
7½ dgl. 83	93	95,5	95,5
B 8½ Berlin 70	85	102,5G	102,5G
8 dgl. 72	85	101,5G	101,5
7 dgl. 77	85	100,6G	100,6G
6½ dgl. 78	88	97,5G	97,5G
8¾ dgl. 80	88	104,25G	104,25G
Br 7¾ Bremen 71	87	101,4G	101,4G
8 dgl. 72	87	101,7G	101,7G
7½ dgl. 83	93	95,4G	95,4G
H 8½ Hamburg 70	85	101	101G
6½ dgl. 77	92	96,25	96,8G
8 dgl. 80	92	100,3	100G
9¾ dgl. 82	92	108,2	108,35G
7½ dgl. 83	92	95,75	95,5G
8¾ dgl. 84	94	100,2	100,25G
F 8 Hessen 71	86	100,6	100,6
6¾ dgl. 78	86	94,5	94,5
Ha 8½ Nieders. 70	85	101G	101G
7¼ dgl. 72	87	100,6G	100,6G
8 dgl. 72	87	101,5G	101,7G
7½ dgl. 79	87	99,65	99,85G
7¾ dgl. 82	92	97	97,25G
8 dgl. 83	93	99	99G
8 dgl. 84	94	99,5G	99,75
D 7½ NRW 83	93	95,05G	94,95
7¾ dgl. 83	93	96,75G	96,85G
8½ dgl. 83	93	101,25G	101,25
8¼ dgl. 83	93	100G	100,05
8¼ dgl. 84	92	100,35	100,26
F 6 Rhld.-Pf. 64 II	84	99,8	99,8G
8 dgl. 71	86	100,5G	100,5
F 8½ Saar 70	85	100,8G	100,8G
7 dgl. 72	87	99,7	99,9
6 dgl. 78	88	94,9G	94,9G
H 6 Schl.-H. 64 II	84	99,8G	99,8G
7¼ dgl. 72	87	100,25	100,25G
8½ dgl. 73	85	101,5	101,5G
8 dgl. 84	94	99,75	99,75
D 7 Essen 72	85	100,25G	100,25G
S 7¼ Stuttgart 71	86	101G	101G
7¾ dgl. 72	87	101G	101G
8 dgl. 83	93	100,05	100,05

Bankschuldverschreib.

	2. 5.	30. 4.
F 6 Allg. Hypo. Pf 3	82	82
6½ dgl. Pf 5	87G	87G
7 dgl. Pf 2	100,5	100,5
F 7½ Bakola Pf 104	100,75G	100,75G
9 dgl. Pf 106	103,85G	103,85G
10 dgl. Pf 108	108,25G	108,25G
7 dgl. KS 132	95,75G	95,75G
8 dgl. KS 155	99,35G	99,35G
9 dgl. KS 169	102,9G	102,9G

Renten weiter abwärts

Der feste Dollar und das geringe Interesse der Ausländer führten am Rentenmarkt zu weiteren Renditeerhöhungen. Öffentliche Anleihen wurden bis zu einem Viertelpunkt zurückgenommen. Die Nachfrage aus dem Bereich der deutschen Großanleger ist ebenfalls denkbar gering, offenbar sehen sie das Ende der Zinsanhebung noch nicht für gekommen. Am Markt für Auslandsanleihen gab es aus Mangel an Käufern ebenfalls weichende Notierungen. Bei den Pfandbriefen führten bereits geringe Abgaben zu Kursrücknahmen bis zu 0,20 Prozentpunkten.

	2. 5.	30. 4.
M 6½ Bayer.Hdbs Pf 14	92,5G	92,5bG
6 dgl. Pf 20	82G	82G
8¾ dgl. Pf. 2	95,75G	95,75bG
7 dgl. Pf 3	95,5G	95,5bG
7 dgl. Pf 27	100,2G	100,2G
6½ dgl. KS 14	98G	98G
7½ dgl. KS 27	99,25bG	99,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	125G	125G
5½ dgl. Pf 11	131G	131G
6 dgl. Pf 34	75bG	75bG
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
6½ dgl. Pf 10	81,75G	81,75bG
6 dgl. KS 1	99,5G	99,5G
M 6 Ldb. Aufb. IS 15	97,75G	97,75G
6 dgl. IS 16	96,75G	96,75G
6 dgl. IS 17	95,5G	95,5G
8½ dgl. KO 49	102G	102G
8½ dgl. KO 48	102G	102G
M 7½ Bay.Lbkgz. Pf 103	100G	100G
9¾ dgl. Pf 105	100,5G	100,5G
10 dgl. KS 307	100,25G	100,25G
9½ dgl. IS 726	102G	102G
M 5 Bayer. Vereinsbk. Pf 11	119G	119G
5½ dgl. Pf 28	75G	75G
6 dgl. Pf 4	91G	91G
6½ dgl. Pf 3	86,5G	86,5G
6½ dgl. Pf 12	86G	86G
7 dgl. Pf 20	97G	97G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	103G	103bG
7 dgl. Pf 31	99,8G	99,8G
6 dgl. Pf 34	94,5T	94,5T
6½ dgl. Pf 37	99G	99,5G
8 dgl. Pf 51	101G	101G
Ha5 BrHann. Hypo. Pf 1	118G	118G
7 dgl. Pf 80	87,75G	87,75G
7½ dgl. Pf 87	93G	93G
6 dgl. KS 29	80,5G	80,5G
7 dgl. KS 30	99,1G	99,1G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	120G	120G
5 dgl. Pf 54	116,5G	116,5G
6 dgl. Pf 109	80G	80G
8½ dgl. Pf 128	87,5G	87,5G
6½ dgl. Pf 141	86,5G	86,5G
7 dgl. Pf 143	92G	92G
7 dgl. KO 113	100,5G	100,5bG
9 dgl. KO 217	101,75G	101,75G
9 dgl. KO 215	101,5G	101,5G
9¾ dgl. KO 218	101,5G	101,5G
H 5½ DG-Hypobk. Pf 21	118G	118G
5½ dgl. Pf 50	73,5G	73,5G
6 dgl. Pf 84	–	–
9 dgl. KS 139	103,8G	103,8G
F 8 Dt.Gen.bk. Pf 216	101,4	101,4
9 dgl. Pf 239	103,8G	103,8G
H 5½ DG-Hypobk. KS 9	109G	109G
7 dgl. KS 35	100,1G	100,1G
F 5¾ Dt.Gen.bk. IS 70	92,65T	92,65T
6 dgl. IS 71	99,8	99,8G
8¾ dgl. IS 73	97,6G	97,6G
6¾ dgl. IS 80	100G	100G
F 6 Dgz.Dt.Komm.KO55-4-	83G	83G
8 dgl. KO 46	79G	79G
7 dgl. KO 97	100,35G	100,35G
7½ dgl. KO 185	98T	98T
9 dgl. KO 129	102G	102G
10 dgl. KO 125	100,3G	100,3G
Ha6 Dt. Hyp. Hann. Pf 91	78G	78G
7 dgl. KS 101	99,85G	99,85G
10 dgl. KS 134	102G	102G
8¾ dgl. KS 140	101,2G	101,2G
Br5 Dt.Hyp.F-BR Pf 41	107G	107G
4 dgl. Pf 57	99G	99G
5 dgl. Pf 87	70G	70G
7 dgl. Pf 123	97,15G	97,15G
Br5½ Dt.Hyp.F-BF KS 74	81G	81G
6 dgl. KS 86	79G	79G
6¾ dgl. KS 259	96,55G	96,55G
F 5 Dt. Pfandbr. Pf 82	74G	74G
5½ dgl. Pf 59	79,75	79,75
6 dgl. Pf 182	79	79
B 9 Dt.Pf.Wl. Bri. 482	104G	104G
Br 8 Dt. Schiffbk. Pf 46	100,3G	100,3G
5½ dgl. Pf 62	88,9G	88,9G
6½ dgl. Pf 65	99,65G	99,65G
8¾ dgl. Pf 60	95,85G	95,85G
6½ dgl. Pf 74	99G	98,9G
6½ dgl. Pf 76	97,2G	97,2G
Br 6½ dgl. Pf 77	94,1G	94,3G
6 dgl. Pf 42	99,95G	99,95G
8½ dgl. Pf 47	102,8G	102,6G
F 5 Frf. Hypobk. Pf 66	70,5T	70,5T
5½ dgl. Pf 53	76G	78G
6 dgl. Pf 79	77	[illegible]
6 dgl. Pf 130	92,8G	82,8
6½ dgl. Pf 133	88,75G	88,75G

	2. 5	30. 4.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	118G	118G
6 dgl. 14	90,7G	90,7G
6 dgl. 47	79	79
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	94,95G	94,95G
8 dgl. Pf 73	101,55G	101,55G
4 dgl. KO 5	102G	102G
H 6 Hyp.i.Hbg. Pf 86	82,5	82,5
6½ dgl. Pf 80	90,7	90,7G
8 dgl. Pf. 248	100,8G	100,8G
9 dgl. KO 125	–	–
8 dgl. KO 175	101,8G	101,8G
9 dgl. KO 259	103,3G	103,3G
9¾ dgl. KO 262	101,5G	101,5G
F 5 Lbk. Rhpfalz Pf 4	114,5G	114,5G
5 dgl. Pf 12	70G	70G
7 dgl. Pf 25	95	95
10 dgl. Pf 40	101,5G	101,5G
6 dgl. KO 30	99,95G	99,95G
9¾ dgl. K 84	102G	102G
F 4½ Lbk. Saar Pf 5	100G	100G
5½ dgl. Pf 11	88G	88G
7 dgl. Pf 12	92	91,5G
4½ dgl. KO 6	100G	100G
7½ dgl. KO 80	100G	100G
8½ dgl. KO 81	100,4G	100,4G
S 6½ LKbK Bader. Pf 8	101,75bG	101,75bG
8 dgl. Pf 28	89,5G	89,5G
6 dgl. Pf 49	86G	86G
8¾ dgl. KS 8	101,75G	101,75G
H 6 Lbk.S-Holst.Pf 89	82G	82
7 dgl. Pf 97	90,75	90,75
10 dgl. Pf 39	102,5G	102,5G
6½ dgl. KS 78	97,75G	97,75G
10 dgl. IS 95	106,75G	106,75G
11½ dgl. IS 96	110,75G	110,75G
M 6¼ Münch.Hypo.Pf 100	86G	86G
H 4½ NordHyp.WBK Pf 24	104,2	104,2
6½ dgl. Pf 42	99,15G	99,15G
Ha7 Nord. Lbk. Pf 1	95,2G	95,2G
7½ dgl. Pf 4	91,5G	91,5G
8 dgl. Pf 10	101,45G	101,45bG
9 dgl. KO 53	102,5G	102,5G
7½ dgl. IS 6	100,25G	100,25G
10 dgl. IS 37	100,9bG	100,9G
F 5 Pfälz Hypo. Pf 48	116G	116G
6 dgl. Pf 58	84,25G	84,25G
6 dgl. Pf 95	79G	79G
7 dgl. Pf 114	100G	100G
D 5 RW Bodencr. Pf C	125G	125G
5½ dgl. K	110G	110G
4 dgl. Pf 18	104G	104G
6 dgl. Pf 28	93,75G	93,75G
6½ dgl. Pf 67	86G	86G
5½ dgl. KO J+E	125G	125G
9½ dgl. KO 58	101,5G	101,5G
7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 RhHyp. Mannh. Pf 59	108G	108G
5½ dgl. Pf 109	71,25G	71,25G
7 dgl. Pf 125	97,5G	97,5G
7 dgl. Pf 128	90G	90G
8 dgl. Pf 177	103,75G	103,75G
6 dgl. KS 77	79G	79G
6½ dgl. KS 80/1	–	–
8½ dgl. KS 110	102G	102G
Br 5 St. Kr. Ol-Br Pf 17	118,5G	118,5G
5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G
5 dgl. Pf 36	84,75G	84,75G
5½ dgl. Pf 43	84,75G	84,75G
6 dgl. Pf 56	79,2G	79,2G
7 dgl. Pf 61	88,5G	88,5G
8 dgl. Pf 70	101,35G	101,35G
9 dgl. Pf 68	102,1G	102,1G
H 6 Schiffshyp. Pf 23	98,75G	98,75G
7½ dgl. Pf 45	100,5G	100,5G
M 6 Süddboden Pf 41	90G	90G
5½ dgl. Pf 57	77G	77G
8½ dgl. Pf 143	95G	95bG
7 dgl. Pf 87	85G	85bG
7½ dgl. Pf 104	87,5G	97,5G
7 dgl. KS 49	94G	94G
7½ dgl. KS 81	100,75G	100,75G
8 dgl. KS 133	99,25G	99,25G
8½ dgl. KS 132	101,25G	101,25G
9 dgl. KS 185	103,5G	103,5G
9½ dgl. KS 171	104,5G	104,5G

	2. 5.	30. 4.
M 5 Vereinsbk. Nbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 95	78G	78G
7 dgl. Pf 100	100,4G	100,4bG
D 8 WestLB Pf 350	101,4G	101,4G
6¾ dgl. Pf 403	97,75G	97,75G
9½ dgl. Pf 1007	105,65G	106,2G
8 dgl. Pf 1015	99,25G	99,45G
7 dgl. KO 556	100,4G	100,45G
6¼ dgl. KS 420	96,5G	96,25bG
9¾ dgl. KO 1301	105,15G	105,2G
8¾ dgl. KS 1278	101,85G	101,85G
8 dgl. IS 1512	100,2G	100,2G
9¾ dgl. IS 1520	102,25bG	102,4G
6½ dgl. IS 679	94,35G	94,45G
7½ dgl. IS 1503	100,4G	100,45G
D 4 Westf. Land. Pf 4	100G	100G
6 dgl. Pf 16	95,5G	95,5G
6½ dgl. Pf 19	85,5G	85,5G
7 dgl. Pf 20	90G	90G
D 8¾ Westf.Hypo. Pf 550	101,5G	101,5G
9¾ dgl. Pf 584	103,7G	103,7G
9¾ dgl. KS 294	102,7G	102,7G
9½ dgl. KS 324	106,1G	106,1G
S 6 Wür. Hypo. Pf 84	77,5G	77,5G
7 dgl. KS 58	100G	100G
S 8½ Wür. KoLa Pf 1	88,85G	88,85G
7 dgl. Pf 5	100,1G	100,1G

Sonderinstitute

	2. 5.	30. 4.
D 6 DSLB Pf 28	85G	85G
6 dgl. Pf 47	81G	81G
7 dgl. Pf 63	90G	90G
7½ dgl. Pf 99	90bG	90bG
8 dgl. Pf 104	100G	100G
8 dgl. Pf 165	100,25G	100,25G
5½ dgl. RS 45	98,25bG	98,25G
6 dgl. RS 73	97G	97G
8 dgl. RS 120	101,5G	101,5G
8½ dgl. RS 153	102,5G	102,5G
7 dgl. RS 162	95,75T	95,75bG
9½ dgl. RS 172	104,25G	104,25G
9 dgl. RS 186	105G	105G
10 dgl. RS 193	105,5G	105,5G
11¼ dgl. RS 185	108,5G	108,5G
D 6½ IKB 69	100G	100G
F 7½ KfW 70	100,9G	100,9G
8 dgl. 70	101,4	101,4G
7¾ dgl. 79	99,75	99,75G
8 dgl. 84	100,25	100,25
F 10 Kredit 81	109,65	109,75
F 8½ Krd.Wied.aufb. 82	101,65	101,75G
7½ dgl. 83	96,65G	96,65
8¼ dgl. 83	100,5	101,6G
F 6 Lan.Rentbk. RS 14	99,85G	99,85G
6 dgl. RS 15	97,75G	97,75G
5 dgl. RS 18	96,65	96,65
6 dgl. RS 19	96,65G	96,65G
6 dgl. RS 20	-Zhg.	-Zhg.
6 dgl. RS 21	99,7G	99,7G
6 dgl. RS 26	99,8G	99,8G
7½ dgl. RS 27	100,25G	100,25G
6½ dgl. RS 60	97,25G	97,25G
7 dgl. 94	95,75G	95,75G
7 dgl. 99	100,4	100,5
8 dgl. 101	100,1	100G
7½ dgl. 102	98,25T	98,25T
9½ dgl. 126	104,5G	104,5G
D 8 LAG TS 76	101,4G	101,5
6½ dgl. TS 77	97,4G	97,4G
5½ dgl. 78	93,7	93,8G
7 dgl. 79	99,15	99,25

Industrieanleihen

	2. 5.	30. 4.
F 6 Badenwerk 64	99,65G	99,65G
6 dgl. 78	94,9G	94,9G
5 Bayernw. 59	98,75G	98,75T
F 8 Chem. Hüls 71	100T	99,85T
7¾ Cont. Gum. 71	99,85G	99,85G
6 Dt. Texaco 64	99,75G	99,75G
5¾ HEW 62	97G	97G
7½ dgl. 71	100,25G	100,25G
4½ Harpen 59	2000T	2000
6 Hoechst 64	99,75G	99,75G
6 Hoesch 64	99,6G	99,6G
7½ dgl. 71	100T	100T
7½ Karstadt 71	99,85G	99,85G
7½ Kaufhof 71	99,85G	99,85T
7¾ dgl. 71	99,7G	99,7
7½ dgl. 78	99,7G	99,7
7½ Klöckner W. 71	99	99
8 dgl. 72	99,6G	99,6G
5 Mannesmann 59	99,75	99,76
6 NWK 67	99,3G	99,3G
6 dgl. 62	99,3G	99G
6 OBAG Kraftw. 64	95,75G	95,75G
F 6 Rh.Braunk. 63	99,6T	99,6T
6 dgl. 65	95,25G	95,25G
6 RWE 63	96G	96T
6 dgl. 66	96T	95
7¾ dgl. 71	99,6	99,6G
7 dgl. 72	98,9G	98,6
5 Rh.-M.-Don. 62	97,5G	97,5G
6½ dgl. 68	99T	96T
8 Schleswag 71	102	99,5T
5 STEAG 59	99G	99G
7½ Thyssen 71	99,5G	99,5T
8 dgl. 72	99,95bG	99,9T
7½ dgl. 77	96,6G	96,75G
8 VEW 71	100G	100G
6¾ dgl. 77	95,1	96,25G
7 VW 72	98,8T	98,8

Optionsscheine

	2. 5.	30. 4.
F 11 BASF Over. Zee 22	55,5	64,4
7¾ Bayer Fin. 79	69	67,9
10½ Bayer Fin. 82	79	77
7¾ BHF Bk. Int. 83	113,4	112
6¾ Ciba-Geigy 75	1120	1060
3½ Commerzbk. 78	64,5	65
7 Commerzbk. Int. Lux. 83	71,5	73
4½ Dt. Bk. Comp. 77	144,5	142
3½ Dt. Bk. Int. 83	143,6	140
8¼ Degussa 83	152	161
4 Dresdner Bk. Int. 83	61,1	61
4 dgl. 83 II	53,2	63
10 Hoechst 75	355	348,5
6¾ dgl. 79	79,9	78,1
8 Hoechst 83	97,6	95,8
7¼ Jap. Syn.Rubber 82	2930bG	2920
5¾ Jusco 83	3070	3420
Mitsui 82	238	244
7¾ Siemens 83	201bG	196,5
6,875 Schering 83	110	111
4 Veba 83	53,9	52,1
6½ Wella F 73	350bG	348
F 8½ BASF 74	72,5	69,4
Stumpf 78	80bB	78,5

Optionsanleihen

	2. 5.	30. 4.
F 7½ BHF Bk.Int.83 mO	118T	116T
7½ dgl. 83 oO	–	78,9
3½ Com.Bk. Int. 79 mO DM	121G	121
F 3½ dgl. 78 oO DM	30T	30,5
4½ C F DT. Bk. 77 mO $	134G	134G
4½ dgl. 77 oO $	86,25	86
3¾ Dt. Bk. 83 mO	127	125,25
3¾ dgl. 83 oO	83,35	82,85
6¾ Dt. Bk. 83 mO	108	108
6¾ dgl. 83 oO	72,5G	72,5
4 Dresd. Bk. 83 mO	108	108
4 dgl. oO	85,25	85,15
7½ Jap. Synth. 82	215T	210
7½ dgl. 82 oO	101,25G	101,25
5¾ Jusco 83 mO	150G	150
5¾ dgl. 83 oO	94,45G	94,45
F 8½ Wella F 73		
4 Veba 84 mO	120,5	120,5
4 Veba 84 oO	79	78
mO DM	129G	129G
6½ dgl. 73 oO DM	97G	97G
F 8½ BASF 74 mO	147,5	147
8½ BASF 74 oO	100,9	100,7
3¼ Bayer 84 mO	121,5	120,5
5 Conti 84	65,9	65,5
5 Conti 84 mO	144,5bG	144,5bG
5 Conti 84 oO	83	79,9
M 3½ Stumpf 88 mO	172B	172B
M 3½ Stumpf oO	84G	84G

Währungsanleihen

	2. 5.	30. 4.
6¼ Kopenhagen 72	95,5G	95,5

Wandelanleihen

	2. 5.	30. 4.
F 5 Bayer 69	102,25bG	102,25
H 6 Beiersdorf 82	167G	167G
D 9 Girmes 74	374	374
6½ KSB 83	123G	123G
F 6 Pfaff 84	116	116

Anmerkungen:
- Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Ha = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Wandelanleihen

	2. 5.	30. 4.
F 4¼ AKZO 69	96T	96T
F 5 Asics Corp. 83	109	108,5G
F 3½ All Nippon 78	98,3	98,75
F 3½ Asahi Opt. 78	124G	124,5G
F 4¾ Canon Inc. 77	418G	410G
F 3½ Cas. Comp. 78	288	275G
F 6¾ Daiei Inc. 80	136	135
F 4¼ Fujitsu Lim. 78	730G	727T
F 5 dgl. 79	490G	490G
F 5¼ Hoogovens 68	89G	89G
F 3½ Izumiya Co 78	151	150
F 3½ Jusco Co. 78	108,5	109T
F 6 Komatsu 76	167G	163
F 6 Konishiroku Pho. 81	130G	128,5G
F 6¾ dgl. 82	123	122G
F 3½ Kozakuen 78	106G	106G
F 7½ Kraft Inc. 70	118T	117,25T
F 3½ Marudai F 78	104,5	104,5T
F 6 Michelin Int. 70	95G	95G
F 5¾ Minolta 77	232G	232G
F 4 dgl. 79	177,75G	177,25G
F 6½ Mitsub. Ch. 76	251	247
F 6,75 Mitsub. H 81	161G	157,5G
F 6 dgl. 81	118,5	116T
F 6 Nichii Co Ltd 80	140	138,5G
F 3¾ Nippon Sh. 78	169G	169G
F 3½ Nissan Mot. 78	97T	97,5bG
F 4 Nisshin Steel 78	235G	225
F 6½ Océ v. d. Gr. 69	100G	100G
F 3½ Olympus 78	217G	217
F 3¾ Omron Tat. 79	505T	485T
F 4¾ Orient Fin. 79	280G	275T
F 3½ Ricoh Comp. 78	240	239
F 6¼ Rothm. Int. 72	100,5bG	100
F 3¾ Sanden Corp. 78	119	116T
F 3¼ Sanyo Elec. 78	195	193
F 6¼ Sekisui 76	142,5G	141G
F 3½ Stanley 78	160,5G	157G
F 6 Taiyo Yuden 82	137,5G	137
F 5 Texaco Int. 66	96,75	96,75
F 3½ Tok. Elec. 78	495G	472G
F 4 Tokyu Land 79	114,5G	114G
F 3½ Trio Kenw. 78	103,5T	103T
F 6½ Uny Ltd. 79	250G	250

Ausländische Aktien in DM

	2. 5	30. 4.
F L'Air Liquide	–	175G
D Akzo	83,5	83,5
F Alcan	83,7	82,5
F Alcoa	96bG	96exD
F Alg. Bk. Nedld	335	335G
F All Nippon Air	4,15G	4,15G
M ALPS El.	30,5	30,5
F Amax	68,7	67,5
F Am. Cyanamid	133G	133G
F Ameritech	179,1	176
D American Expr.	83,6	81
D Am. Motors	14,9	14,8
F Am. T & T	45,3	43
F Amro Bank	59	61,5
F Anglo Am. Corp	52,4	52,8
M Anglo Am. Gold	327,5	332
F Arbed	85,9	84bG
D Armco	53,5	51
F Asahi Chem	6,8	7,05T
M Atl. Richfield	134,2	133,4
H Atlas Copco	43B	43,5G
M Avon	58	56,1
D Baker Int.	62,7exD	59,5
F Ball Canada	22,1G	22,1
F Banco de Bilbao	25	25,5
F Banco Central	27,1	26,7
F Banco Hisp. Americ.	19,5	19,4
F Banco de Santander	20,5	20,5
F Banco de Vizcaya	32	31,8
F Barlow Rand	31G	31G
M Baxter Trav. Lab	51bB	45,7
D Beatrice Foods	–	83G
F Bell Atlantic	189	185
D Bell Canada	65G	61G
F Bell South	249	245
D Bethlehem Steel	71bG	69,5
F Black & Decker	60,5bG	59,5
F Boeing	105	104,1
M Bougainville Copper	6,58	6,36
F Bowater	11,8T	11,7exD
D BP	19,1	19,3
M Broken Hill	28,6	28,1
F Bull	11,3T	11,45bG
F Can. Pacific	33,7	32
F Canon	16,2	16,3
F Casio Comp.	15,8	15,6
F Caterpillar	126	129,9
D Ch. Manhattan	132G	128,5
F Chrysler	72,5	69,5
M Citicorp	93,7	92,5
F City Investing	93G	93G
F Coca-Cola	153	146,5G
D Colgate	70	69
M Commodore Int.	97,5	100,8
M Comm. Satellite	70	66,8
F Cons. Gold F	21,8	22,1
D Cont. Group	100G	95T
F Control Data	86,5	85
H Courtaulds	5,5	5,5
M CRA	15,4bG	15,1
M CSR	9,3	9,05
F Daiei	8,7G	8,7
F Dart & Kraft	206	204
M De Beers Cons.	20,6bB	20,6
F Deere Comp.	90	65,5
F Delta Air Lines	96,5	93
F Dem. Sharrock	58,9	58,9
M Digital Equipm.	263,4	255,1
M Disney Prod.	178,4	172,4
H Distillers	10,55G	10,55G
M Dome Petroleum	8,05	8,25
D Dow Chemical	87,5	86,9
D Dresser	60,3	61
M Driefontein Cons	100	103B
D DuPont	138	135
H Dunlop	1,6B	1,6G
D Eastern Air Lines	15,4	15,1
F Eastman Kodak	159,5	157,5
F Eaton	132G	133G
F Elf Aquitaine	83,8	83
F Emhart	90	89
D Ericsson	111G	110T
D Esmark	120G	118G
D Exxon	116,8	114,5
F Farmitalia Carlo Erba	–	–
D Fiat St.	6,65G	6,65G
D dgl. Vz.	5,16	5,15G
F Finsider	–	–
D Fisons	30G	30T
M Fluor	60	58,7
D Ford	30G	98,5
F Fujitsu	15,5	15,3

	2. 5.	30. 4.
F General Electric	152	151,5
F General Foods	139G	134G
F General Mining	63G	65ex
D General Motors	185	182
D Gen. Shopping	330G	333G
D Gevaert	153G	154T
F Goodyear	74	73,5
H Grace	114G	112G
F Greyhound	65G	63G
D GKN	7,3	7,25G
F Gulf	214	214exD
F Gulf Canada	39	40
D Halliburton	114	109
M Hewlett Packard	101,8	97,7
D Highveld Steel	12,2T	12,25
D dgl. o O.	12,2T	12,3bG
F Hitachi	1121	1111
M Holiday Inns	117,5	115,5
F Homestake	85	84,5
M Hongk. & Shanghai Bank.	2,45	2,46
D Hoogovens	44	43,9
D Hughes Tool	55	54,1
F IBM	316,5	306
F ICI	24	23,4T
M Impala Plat. Hold.	43,5	43,7B
M Imperial Oil	83,9	83,5
M Intern. Harvester	20	20
F Inco	35,8	35,5
F Int. T & T	103,5	103
D Istituto Fin. Ind.	8,8G	8,9G
F Italcementi	77,5G	78
F Izumiya	12,5G	12T
F Japan Line	1,6	1,6
D Jusco	9,8G	9,8G
F Kawasaki Kisen	1,45G	1,45G
F Kawasaki Steel	2,25bG	2,25bG
M Kloof Gold Min	142	141
F Komatsu	5,9	5,95G
D KLM	154	153,5
F Konishiroku Photo	7,6G	7,6T
F Kubota	3,8G	3,8G
D Lafarge	124G	125T
D Litton Ind.	190	182G
F Lone Star	71	70G
D LTV	45,4	44,8
M M.I.M. Hold.	17,95bB	17,7
F Magneti Marelli	–	–
D Marubeni	4,5G	4,3G
F Marudai Food	7,6G	7,6G
D Matsushita El.	23,4	22,9
M McDonald's	184,5	181bG
M Merrill Lynch	69,2	67,5B
F McDonnell D	135	134
M Minerals & Res	26,5	27,2
D Minnesota M.	210G	202G
D Minolta Camera	7,7G	7,8G
F Mitsubishi Chem.	3,7	3,5
F Mitsubishi El	5	5,2T
F Mitsui Bk.	11,4	11,7
F Mitsui & Co.	4,3	4,3G
F Mitsui Engin.	1,75	1,75
F Mitsui O. S. K.	1,86	1,86
F Mitsumi El	14,8	14,8
H Mobil Corp	84,5exD	84,5
F Monsanto	260	260
F Montedison	0,33	0,33
F Murata	34G	34T
M Nat. Semicond	43,4	40,4
D Nat. Westminster	25G	24,5G
F NEC Corp	16,3	16,1
F Nestlé	6500	6400
F Nestlé Tz.	343,5	–
D Nikko Sec	6,2	6,1T
F Nippon Kokan	1,8bB	1,8T
F Nippon Shinpan	7,9G	7,7T
F Nippon Yusen	2,8bB	2,7G
F Nissan Motor	8G	8,2
F Nisshin Steel	2,5	2,4
F Nissho - Iwai	3,3G	3,3G
D NL Industries	43,5G	42
F Norsk Hydro	230	227exD
F Nynex	166	163
H Occ. Petroleum	84	85
F Océ v. d. Grint	212G	209G
F Olivetti St.	7,8	7,65
F Olivetti Vz.	6,85	6,9
F Olympus Optical	10,36	10,3
H v. Ommeren	25,7	25,7G
F Omron Tateisi	28,5T	27,5T
F Pacific Teles.	156	152

	2. 5	30. 4
F Pakhoed	56	54,8
F Pakhoed Z.	55G	53,2
M PanAm	14,55	15,45
D Parker Drilling	33,3	32,2
F Peko Wallsend	12,5	12,4
M Pepsi	112,8	110,5
F Pernod-Ricard	245G	235T
F Peugeot	76	75,5
F Philip Morris	176,5	175,5
H Philips	40	39,8
D Phoenix Ass.	17G	18T
M Pioneer El	22	22,5
F Pirelli	2,45	2,45bG
M Polaroid	78,4	77,3
M Prime Computer	41	33,4B
F Procter & G	134	132
D Ramada Inns	21G	21G
M Ranger Oil	24,3	24,6
F Rank Org	9,1G	9,1G
F Ricoh	12,7	12,7
F Rio Tinto NA-St.	24,9T	24,9G
F Rio Tinto Kom	23,5G	23,5G
H Robeco	–	299,8
F Rockwell	73,9	71,2
H Rolinco	–	281
F Rorento	179	179G
F Rothmans Int.	5,3	5,15
D Rowan Cos.	37,5	36,8
H Royal Dutch	137,5	139
M Rustenburg Plat. Hold	32,4	32,3
F Sanko Steamship	2,1G	2,1T
F Sanden Corp.	6,9G	6,85
M Santos	17,6	17B
F Sanyo Elec	6,25	6,3
F Sanwa Bk.	12,6	12,3G
M SASOL	11,3	11,3
F Schering Plough	105,5	103
F Schlumberger	145,1	145,5
F Schw. Alum	10000	970
F Schw. Bankverein PS	343,5	338bB
F Schw. Bankverein OR	8,2	8,2
M Sears, Roebuck	92,2	92
F Seiyu Stores	7,6T	88
F Sekisui House	6,7G	6,6
F Selected Risk	45G	45G
F Shell Canada	52	54
H Shell T & T	24	24
D Singer	72,5	70
F Snia Bpd.	2,58	2,58
D Solvay	193G	197G
D Sony Corp.	43,9	43,7
F Southwestern Bell	162,2	157,5
D Sperry Corp	113	119,5
F Squibb	120G	125
F Standard Oil	131,5	132
F Stanley Elec.	9,5G	9,3G
F Steyr-Daimler-P.	20,5	20,5
F Sumitomo	5,7G	5,75T
F Sumitomo Heavy	2,55	2,6
D Sumitomo Metal	2T	1,9G
D Sun	156	156
M Sunshine Mining	35,2bG	35,9
F Swissair	1275exD	1280
F Taisei Kenc.	2,5G	2,5G
M Tandy	96,7	96,5
F Taiyo Yuden	14,5G	14,5G
F Tenneco	120	118
D Texaco	105exD	110,2
F Texas Instruments	406	388
D Thomson-CSF	105T	103T
D Thorn Emi	24G	24G
F Tokyo El	18,7G	19G
D Tokyo Pac	365G	365G
F Tokyo Sanyo El	9,8	9,5G
D Toray	5,7T	5,7
D Toshiba	5G	4,9G
F TRIO Kenwood	6,5G	6,5G
F TRW	176G	173G
D UAL	94	91B
H Unilever	236	222
F Union Carbide	158,9	160
D Uniroyal	35	34G
F United Techn	179,9	175,9
F US Steel	80	79exD
F US West	162,4	163,6
M Vaal Reefs Expl	350,5	354,8
D Ver.-Stork	–	–
D Volvo A	160G	156G
D dgl. Nam B	160G	156G
F Warner Commun.	60,5	58
F Warner Lambert	85G	85exD
F Wells Fargo	104G	102,4
M Western Deep L	167,2	162,2
M Western Mining	10,55bG	10,5
M Westinghouse El	129,9	127,5exD
F Westl.-Utrecht H.	82,5	82,9
D Xerox Corp.	110,5	111,5

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Dienstag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen am Terminmarkt der New Yorker Comex. Während Kaffee uneinheitlich bewertet wurde, ging Kakao durchweg fester aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	1. 5.	30. 4.
Mai	353,00	350,50
Juli	339,75	342,00
Sept.	341,25	342,75

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	1. 5.	30. 4.
St. Lawrence 1 CW	244,19	244,19
Amber Durum	225,95	225,95

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Mai	132,10	135,50
Juli	135,00	137,50
Okt.	142,50	144,20

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Mai	132,70	132,90
Juli	125,50	125,50
Okt.	119,00	119,00

Hafer Chicago (c/bush)	1. 5.	30. 4.
Mai	174,50	171,00
Juli	179,50	177,00
Sept.	153,00	150,25

Mais Chicago (c/bush)		
Mai	342,50	341,25
Juli	343,25	341,75
Sept.	320,50	319,25

Gerste Winnipeg (can. $/t)	1. 5.	30. 4.
Mai	132,40	133,00
Juli	131,40	131,50
Okt.	125,70	125,70

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	1. 5.	30. 4.
Terminkontr. Mai	152,45	152,10
Juli	145,92	147,15
Sept.	144,50	144,50

Kakao New York ($/t)	1. 5.	30. 4.
Terminkontr. Mai	2565	2535
Juli	2593	2544
Sept.	2575	2530
Umsatz	3321	2150

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	6,32	6,00
Sept.	6,78	6,47
Okt.	7,04	6,92
Jan.	7,65	7,18
März	8,25	7,95
Umsatz	3540	5875

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	1. 5.	30. 4.
	unerhältl.	5,72

Kaffee London (£/t) Robusta-Kontrakt	1. 5.	30. 4.
Mai	2101–2102	2112–2114
Juli	2109–2110	2110–2111
Sept.	2095–2098	2094–2095
Umsatz	2485	2365

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Mai	1886–1895	1875–1879
Juli	1907–1909	1894–1896
Sept.	1899–1900	1885–1887
Umsatz	2300	4038

Zucker London ($/t), Nr. 6		
Aug.	172,50–173,00	172,20–172,40
Okt.	164,90–165,00	164,20–164,40
Dez.	191,20–191,50	190,60–190,90
Umsatz	1619	2538

Pfeffer Singapur (Straits-Sing-$ 100 kg)	1. 5.	30. 4.
schw. Sarawak spez.	geschl.	355,00
weißer Sarawak	geschl.	650,00
weißer Muntok	geschl.	667,00

Orangensaft New York (c/lb)	1. 5.	30. 4.
Mai	186,75	186,00
Juli	184,70	184,70
Sept.	183,10	183,70
Nov.	179,00	180,00
Jan.	176,80	177,00
Umsatz	1500	2500

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	1. 5.	30. 4.
Südstaaten fob Werk	52,00	55,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	32,25	32,25

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Mai	33,00	32,45
Juli	32,75	32,40
Aug.	31,95	31,25
Sept.	30,95	30,20
Okt.	29,55	27,90
Dez.	27,05	26,55
Jan.	27,00	26,20

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	34,00	32,50

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	22,00	29,50
Choice white hog 4% fr. F.	17,00	21,00

Talg New York (c/lb)		
top white	20,75	20,75
fancy	20,50	20,50
bleichfähig	18,75	18,75
yellow max. 10% fr. F.	17,00	17,00

Schweine Chicago (c/lb)		
Juni	54,47	54,35
Juli	57,50	57,45
Aug.	57,70	57,80

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Mai	65,55	65,75
Juli	66,85	66,20
Aug.	65,35	65,35

Häute Chicago (c/lb)	1. 5.	30. 4.
Ochsen einh. schwere River Northern	61,00	61,00
Kühe einh. schwere River Northern	64,00	64,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Mai	779,00	772,00
Juli	789,50	781,00
Aug.	784,00	775,00
Sept.	747,00	739,50
Nov.	713,00	705,00
Jan.	724,30	716,50
März	736,00	726,50

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Mai	185,20	183,70
Juli	191,30	190,20
Aug.	192,50	191,30
Sept.	191,50	190,00
Okt.	188,00	186,00
Dez.	190,50	187,60
Jan.	191,00	189,50

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	1. 5.	30. 4.
Mai	337,50	347,50
Juli	345,50	355,50
Okt.	351,00	360,00

Kokosöl New York (c/lb)	1. 5.	30. 4.
Westküste fob Werk	32,00	52,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	2. 5.	30. 4.
jegl. Herk. cif	1165,00	–

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	530,00	–

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	820,00	–

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	344,00	–

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1230,00	–

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	282,00	–

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2	1. 5.	30. 4.
Mai	81,55	82,39
Juli	81,70	82,20
Okt.	78,00	79,00
Dez.	78,10	78,50
März	76,05	76,00
Mai	77,20	77,25

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1	53,75	54,75

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2	1. 5.	30. 4.
Mai	417–422	416–422
Aug.	446–452	442–445
Okt.	447–453	444–446
Umsatz	87	67

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge	1. 5.	30. 4.
Mai	geschl.	geschl.
Juli	geschl.	geschl.
Okt.	geschl.	geschl.
Dez.	geschl.	geschl.
Umsatz	–	–

Tendenz: –

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	1. 5.	30. 4.
Mai	563,00–565,00	564,50–565,00
Juli	579,10–582,00	580,50–581,00
Okt.	572,50–573,00	572,50–573,50
Umsatz	62	64

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	1. 5.	30. 4.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	1. 5.	30. 4.
Mai	unerhältlich	geschl.
Juni	unerhältlich	geschl.

Kautschuk London (p/kg)	1. 5.	30. 4.
Nr. 1 RSS loco	72,00–74,00	72,00–74,00
Juni	72,00	72,20–75,00
Juli	73,90–74,40	73,50–75,00
Aug.	74,90–75,00	–

Tendenz: ruhig

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	1. 5.	30. 4.
Mai	geschl.	225,00–227,00
Juni	geschl.	230,00–231,00
Nr. 2 RSS Mai	geschl.	225,00–226,00
Nr. 3 RSS Mai	geschl.	221,50–222,50
Nr. 4 RSS Mai	geschl.	214,50–215,50

Tendenz: –

Jute London (£/lgt)	1. 5.	30. 4.
BWC	512,00	512,00
BWD	500,00	500,00
BTC	512,00	512,00
BTD	500,00	500,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	2. 5.	30. 4.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	128,61–128,71	127,31–127,40
drittfolg. Monat	130,71–130,90	130,06–130,25
Zink: Basis London		
laufend. Monat	261,04–261,42	263,55–263,74
drittfolg. Monat	250,85–251,04	253,55–253,93
Produz.-Preis	297,53	296,63
Reinzinn 99,9%	3780–3817	3789–3806

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	2. 5.	30. 4.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	404,75–406,66	394,37–396,28
Blei in Kabeln	136,25–137,25	135,00–136,00
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller.

Messingnotierungen

	2. 5.	30. 4.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	394–396	388
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	433–436	426–432
MS 63	427–433	420–425

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	1. 5.	30. 4.
	geschl.	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	2. 5.	30. 4.
Leg. 225	420–448	420–453
Leg. 226	422–450	422–455
Leg. 231	452–480	452–485
Leg. 233	462–490	462–495

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	2. 5.	30. 4.
Platin (DM je g)	36,45	35,60
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	33 600	33 300
Rücknahmepr.	23 850	32 550
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	33 510	33 250
Rücknahmepr.	32 990	32 730
verarbeitet	35 170	34 900
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 020	33 045
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	799,30	795,30
Rücknahmepr.	783,30	779,90
verarbeitet	834,70	779,90

Internationale Edelmetalle

	2. 5.	1. 5.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	377,35	376,40
15.00	377,35	375,50
Zürich mittags	377,00–377,50	–
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	101 400	–
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	640,70	639,55
3 Monate	654,25	652,85
6 Monate	669,55	667,65
12 Monate	699,55	697,45

Platin (£-Feinunze) London	1. 5.	30. 4.
fr. Markt	278,55	274,40
Palladium (£-Feinunze) London		
f. Händlerpr.	112,70	111,45

New Yorker Preise	1. 5.	30. 4.
Gold H & H Ankauf	378,50	375,50
Silber H & H Ankauf	898,00	890,00
Platin fr. Händlerpr.	400,00–402,50	400,00–402,50
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	155,00–156,00	155,00–156,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Mai	900,00	894,00
Juni	907,50	902,50
Juli	915,00	910,30
Sept.	932,00	927,00
Dez.	961,00	954,00
Jan.	965,50	964,30
März	986,90	983,90
Umsatz	25 000	7 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	1. 5.	30. 4.
Mai	65,20	64,30
Juni	65,85	65,05
Juli	66,50	65,55
Sept.	67,85	66,90
Dez.	70,70	69,60
Jan.	71,75	69,75
März	73,15	71,30
Umsatz	6 000	9 500

Londoner Metallbörse

	2. 5.	1. 5.
Aluminium (£/t) Kasse	950,00–951,00	943,50–944,50
3 Monate	971,00–971,50	964,50–965,00
Blei (£/t) Kasse	336,50–336,75	325,75–326,25
3 Monate	342,00–342,50	334,00–335,00
Kupfer Highergrade (£/t) mittags Kasse	1046,5–1047,0	1034,5–1035,5
3 Monate	1063,0–1063,5	1052,5–1053,0
abends Kasse	–	1042,0–1043,0
3 Monate	–	1059,0–1059,5
(Kupfer-Standard) Kasse	1045,0–1045,5	1040,0–1042,0
3 Monate	1054,0–1056,0	1052,5–1054,0
Zink (£/t) Kasse	683,00–684,00	661,50–662,50
3 Monate	682,50–683,00	667,00–667,50
Zinn (£/t) Kasse	9035–9040	9025–9030
3 Monate	9010–9015	8950–8951
Quecksilber ($/Fl.)	–	308–315
Wolfram-Erz ($/t-Einh.)	–	81–84

FINANZANZEIGE

RWK
Rheinisch-Westfälische Kalkwerke
Aktiengesellschaft
Wuppertal-Dornap
Wertpapier-Kenn-Nr. 704 000

Einladung zur ordentlichen Hauptversammlung

Wir laden die Aktionäre unserer Gesellschaft zur ordentlichen Hauptversammlung ein, die am Mittwoch, dem 27. Juni 1984, um 11.00 Uhr in Wuppertal-Elberfeld, Zoo-Festsäle, Hubertusallee 30, stattfindet.

Tagesordnung:

1. Vorlage des Geschäftsberichtes des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1983, des Jahresabschlusses zum 31. 12. 1983 mit dem Bericht des Aufsichtsrates sowie Vorlage des Konzernabschlusses und des Konzerngeschäftsberichtes für das Geschäftsjahr 1983.
   Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluß gebilligt. Er ist damit festgestellt.
2. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes für das Geschäftsjahr 1983:
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, Entlastung zu erteilen.
3. Beschlußfassung über die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 1983:
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, Entlastung zu erteilen.
4. Ersatzwahl zum Aufsichtsrat
   Der Aufsichtsrat schlägt vor, anstelle des am 29. Dezember 1983 verstorbenen Herrn Dr. Kürten Herrn Derek Jenkins, Camberley/Surrey, Mitglied des Board der RMC Group p. l. c., als Vertreter der Aktionäre für den Rest der Amtszeit des Herrn Dr. Kürten in den Aufsichtsrat zu wählen. Der Aufsichtsrat setzt sich nach §§ 96 Abs. 1, 101 Abs. 1 AktG und § 76 Abs. 1 BetrVerfG 1952 zusammen. Die Hauptversammlung ist an den Wahlvorschlag nicht gebunden.
5. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1984
   Der Aufsichtsrat schlägt vor, die Treuverkehr Dr. Rätsch & Co. GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Düsseldorf, zum Abschlußprüfer für das Geschäftsjahr 1984 zu wählen.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind die Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien bis spätestens Montag, den 18. Juni 1984, bei einer der nachstehend aufgeführten Hinterlegungsstellen:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Commerzbank Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Bankhaus von der Heydt-Kersten & Söhne
Bankhaus C. G. Trinkaus & Burkhardt
Westfalenbank Aktiengesellschaft
oder

bei unserer Gesellschaftskasse in Wuppertal-Dornap, bei einem deutschen Notar oder einer zur Entgegennahme der Aktien befugten Wertpapiersammelbank hinterlegen und bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort belassen. Die Hinterlegung kann auch in der Weise geschehen, daß Aktien mit Zustimmung einer der vorgenannten Hinterlegungsstellen für diese bei einer Bank bis zur Beendigung der Hauptversammlung im Sperrdepot gehalten werden.

Die Bescheinigung über die Hinterlegung ist bis spätestens

Dienstag, den 19. Juni 1984,

bei der Gesellschaft einzureichen.

Wuppertal-Dornap, den 25. April 1984

Der Vorstand

Olympische Medaillen

cf – Bekanntlich werden in unseren Tagen zu jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit dicke Münzen aus Edelmetall geprägt, mit künstlerisch wertvoller Dekoration. Was das soll, ist nicht ganz klar, denn mit diesen Münzen kann man nichts kaufen. Man kann nur gedenken: des Ereignisses, aus Anlaß dessen, mit Verlaub, die Münzen geprägt wurden.

Die Münzprägung, die den Anlaß zu dieser Betrachtung bietet, hat ihrerseits als Anlaß die kommenden Olympischen Spiele in Los Angeles, und Präger ist immerhin die staatliche Münzanstalt der USA. Sie bieten die Sache in Gold an, mit nacktem wilden Adler auf der einen Seite und zwei außerordentlich dicht bekleideten Sportmenschen verschiedenen Geschlechts auf der anderen, die beiden laufen und klammern sich dabei an eine lodernde Fackel, Preis halb geschenkt, um die 1440 Deutschmark.

Was das Auge aber wirklich fesselt, ist die Münze für den kleinen Mann (Preis 150 Deutschmark), der berühmte Silberdollar: nicht auf wilden Westen getrimmt, sondern auf olympisch. Auf der einen Seite ist ein mehr friedlich sitzender Adler, auf der anderen ist hinten eine Art Arkade zu erkennen, oder aber römische Wasserleitung. Vorne aber erkennt man Mann und Weib, nackicht und mithin identifizierbar an ihren Geschlechtsmerkmalen.

An ihren Köpfen könnte man leider sie nicht erkennen: Sie haben nämlich keine. Auch sind sie unterhalb der Knie amputiert und stehen doch aufrecht. Was hat sich Donna Pope dabei wohl gedacht, welche Direktorin ist der staatlichen Münze? Möglicherweise sollen diese oben und unten beschnittenen Menschen das Amateurideal in seinem heutigen Zustand darstellen. Aber vielleicht sind es auch echte Statuen, zum Beispiel von Milo, wo Köpfe und Füße gleich weggelassen wurden. Immer noch viel Körper für nur 150 Deutschmark.

Neuer Film: „Trauma“

Detektivin mit Haut und Haaren

Die Geschichte ist einfach: Anna arbeitet in einem Detektivbüro. Hinter dem Rücken ihres Chefs und väterlichen Freundes (dezent und präsent: Armin Mueller-Stahl) nimmt sie einen Auftrag an: Eine Frau ist verschwunden; ein einsames Haus am Meer steht leer. Ohne eine Adresse zu hinterlassen, fährt Anna an die Küste und beginnt sofort mit ihren Recherchen. Ihre Methoden sind unorthodox, und so wird ihre Detektivarbeit zu einem Alptraum auf Leben und Tod, denn Anna ist von ihrem Fall besessen. Sie weiß: Nur die verschwundene Frau führt sie zur Wahrheit über die eigene Person.

Dieser Psychothriller von Gabi Kubach (es ist nach mehreren Fernsehfilmen ihre erste Arbeit für das Kino) ist ein äußerst französisch anmutender deutscher Film geworden. Es wundert deshalb nicht, daß „Trauma“ mit großem Erfolg beim Festival des phantastischen Films in Avoriaz gelaufen ist.

Undeutsch ist nicht nur das Genre „Psychothriller“; es sind vielmehr die Bilder, die Gabi Kubachs Kameramann an der französischen Atlantikküste einfing. Auf der Leinwand breitet sich ein ästhetischer Farbenrausch aus, wie man ihn in ähnlicher Weise von den Filmen „Das Auge“ oder „Diva“ her kennt.

„Der Detektiv ist ein klassisches, gut funktionierendes Stereotyp für das Suchen“, erklärte Gaby Kubach, „normalerweise ein Männer-Mythos.“ Und in der Tat ist die Frau als Detektiv, dessen Arbeit in jedem Fall eine voyeuristische ist, selten. (Immerhin, es gibt Fanny Ardant in Truffauts „Auf Liebe und Tod“!)

In „Trauma“ wird die Detektivin Anna von Birgit Doll gespielt. Und es ist das Gesicht dieser hochtalentierten, mehrfach ausgezeichneten Schauspielerin, das diesen Film zu einem Kino-„Erlebnis“ werden läßt. Die Doll spielt ihre Anna im wahrsten Sinne mit „Haut und Haaren“. Sie geht in dieser Rolle jedes emotionale Risiko ein. Sie ist eine Frau, die einzig ihrer Intuition folgt, die sich dabei aber auch in Hysterie und Wahnsinn verrennt und die sich am Ende im Chaos verliert. So intensiv war ein Psychogramm selten auf der Leinwand zu sehen.

In weiteren Rollen spielen Lou Castel, Hanne Wieder und Eva Maria Hagen. „Trauma“ ist ein Psychothriller, der ein *Glücksfall* in unserer oftmals verquälten deutschen Kinolandschaft wäre, hätte die Autorin und Regisseurin Gabi Kubach nur etwas mehr Humor bewiesen; und der dürfte ja, wie man von den Franzosen lernen kann, ruhig schwarz sein, um dem Genre des „film noir“ nicht untreu zu werden. PASCAL MORCHÉ

Erich Köhlers französische Literaturgeschichte

Eine lange Malaise findet ihr Ende

Vor zwanzig Jahren veröffentlichte der Verfasser dieser Zeilen einen kleinen, ziemlich gepfefferten Aufsatz mit dem Titel „Die Misere der französischen Literaturgeschichte in Deutschland“. Darin wurden drei neuere deutschsprachige Werke zur französischen Literaturgeschichte besprochen, von denen eines immer noch auf dem Markt ist.

Meine Konklusion lautete damals, nicht gerade ermutigend: „Gar nicht oder nur halb durchdachte, kritiklos übernommene Cliché-Vorstellungen, präsentiert in einer verschwommenen, phrasenhaften Sprache, die hie und da mit modischer Neutönerei durchsetzt wird, Halbbildung, schlimmer als Unkenntnis – das ist es, was sich dem Studierenden oder Lehrer bietet, wenn er nach den zuletzt in deutscher Sprache erschienenen Werken über die *Geschichte der französischen Literatur* fragt.“

Seitdem hat in der deutschen Romanistik – zum Teil sogar angeregt durch den zitierten Aufsatz – eine intensive Neubesinnung auf die Probleme der Literaturgeschichtsschreibung stattgefunden. Vor allem die von Hans Robert Jauß entwickelten Ideen zu einer stärker leserorientierten „Rezeptions-Ästhetik“, die jenseits von Positivismus, „Immanentismus“ und marxistischer „Produktions-Ästhetik“ anzusiedeln wäre, haben einen beträchtlichen Fortschritt gebracht, der (was nicht vergessen werden sollte) unter dem Zeichen der Frage stand und steht, wie eine neue Literaturgeschichte überhaupt möglich wäre.

Ist man, gerade in der deutschen Romanistik, in der gedanklichen Bewältigung der Literaturgeschichtsproblematik also ein gut Stück weiter gekommen, so hinken die praktischen Realisationsversuche für eine neue, allseits akzeptierbare französische Literaturgeschichte in deutscher Sprache doch immer noch entschieden hinterher. Vielleicht ist es nach Jauß sogar noch schwieriger geworden, Literaturgeschichte zu schreiben. Wirklich empfehlenswert waren bis noch vor kurzem jedenfalls nur literarische Nachschlagewerke in alphabetischer oder chronologischer Anordnung, wie etwa der Auszug aus Kindlers Literaturlexikon, den Irene Schwendemann 1978 zusammengestellt hat, der aber den Nachteil hat, nur über die „Hauptwerke der französischen Literatur“ (so der Titel) zu informieren, oder wie die „Daten der französischen Literatur“ in zwei DTV-Taschenbüchern, die 1979 von Klaus Engelhardt und Volker Roloff herausgegeben worden sind. Zum Nachschlagen sind diese „Daten“ sehr nützlich, aber wirklich *lesen* kann man sie nicht.

Hier schaffen nun, wenigstens für das 17. und 18. Jahrhundert, also für die französische Klassik und die französische Aufklärung, die von zwei Schülern herausgegebenen Vorlesungen des 1981 verstorbenen Freiburger Romanisten Köhler die denkbar willkommenste Abhilfe. Köhlers Vorlesungen, sorgfältig ediert und bibliographisch vervollständigt, sind ein Genuß zu lesen: höchst lebendig, nicht selten humorvoll im Ton, dabei begrifflich scharf und von einer souveränen Warte aus geschrieben, ebenso detailfreudig im Nacherzählen wie im besten Sinne modern, was die Methode anlangt, sind diese „Vorlesungen zur Geschichte der französischen Literatur“ jedem Interessenten, Liebhaber, Lernenden und Lehrenden nur wärmstens zu empfehlen.

Der erste *Band der Reihe* erschien erst voriges Jahr, und jetzt ist, mit dem letzten Band „Aufklärung II“, das anspruchsvolle Unternehmen des Kohlhammer Verlags bereits abgeschlossen. Eine große editorische Leistung! Eine richtige kleine Bibliothek liegt vor, die in keinem romanistischem Seminar mehr fehlen sollte und die, bedenkt man die solide Ausstattung der Bände, auch preiswert ist: Die Bände *kosten* je 29,80 *resp.* 39,80 Mark (Erich Köhler: „Vorlesungen zur Geschichte der französischen Literatur, herausgegeben von Henning Kraus und Dietmar Rieger, sechs Bände: Vorklassik, Klassik I, Klassik II, Frühaufklärung, Aufklärung I und Aufklärung II“, Kohlhammer Verlag, Stuttgart, insges. 900 S.).

Köhler hat die Gabe besessen, die Sprechsprache seines Vortrags voll ins Schriftliche herüberretten zu können, seine Schüler Henning Krauß und Dietmar Rieger (heute Romanisten in Augsburg und Gießen) haben diese lebendige Sprechsprache bewahrt, nur vereinzelte Ad-hoc-Bemerkungen gestrichen. Einige Kapitel sind leider sehr knapp (gerade ausreichend, um sich über weniger wichtige Romanciers oder Dramatiker des 17. und 18. Jahrhunderts halbwegs zu informieren), andere sind aber regelrechte Monographien, die alles Wesentliche über den jeweiligen Autor und sein Werk enthalten (Corneille bekommt ca. 70 Seiten, Racine und Molière erhalten je etwa 100 Seiten, besonders ausführlich wird auch Diderot behandelt, der an die 80 Seiten hat).

Erich Köhler galt als der Literatursoziologe unter den deutschen Romanisten. So ist denn auch das Innovative an dieser Vorlesungsreihe vor allem historisch-soziologisch, es ist die immer wieder überraschend neue und (fast immer) plausible Einbettung des „literarischen Überbaus“ in die Basisvorgänge der Zeit, einschließlich der ökonomischen. Aus einem unverhohlen aufklärerischen Engagement heraus kommt es nicht selten zu bissigen, vor allem aber witzigen Pointen. Kurz, es ist – endlich! – eine französische Literaturgeschichte des 17./18. Jahrhunderts auf den deutschen Büchermarkt gelangt, die zu lesen sich lohnt und die alles Vergleichbare in den Schatten stellt.

Schade nur eben, daß die Zeit davor und danach, also vor allem die Renaissance sowie das 19. und 20. Jahrhundert, fehlen. Mittelalterliche Themen hat Köhler übrigens in zwei Aufsatzbänden behandelt, die im Herbst der Kohlhammer-Reihe vorangestellt werden. Das neunzehnte und das zwanzigste Jahrhundert müssen aber von den Nachgeborenen allein bewältigt werden.

JÜRGEN v. STACKELBERG

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Sloane Ranger

Mittelpunkt der Welt

Im Verlauf eines Londoner Aufenthaltes geriet der Zeitschriftenrezensent in einen Kreis von Journalisten, englischen und in England tätigen. Er benutzte dieses Zusammensein mit solchen Sachkennern, um ihnen eine Frage zu stellen, die er sich in den Zeitungskiosken bisher nicht hatte *beantworten können*: „Welche ist die zur Zeit interessanteste Zeitschrift Englands?“ Die Antwort war – für Journalisten – erstaunlich eindeutig.

Vorausschicken muß ich allerdings, daß die „kontinentalen“ Journalisten in dem Kreis sich längst der englischen Sitte angepaßt hatten, ernsthafte Fragen unernst zu beantworten. Von Anfang an kamen für die versammelten Brüder der Feder nur zwei Organe in die engere Wahl.

Das eine war das Wochenmagazin „The Private Eye“, in dessen Titel das Überschneiden von „heimlichem Auge“ und „private“ als angloamerikanisches Kürzel für Privatdetektiv zweifellos beabsichtigt ist. An diesem Enthüllungsblatt wurde gerühmt, daß es seine Opfer in allen Lagern suche, weshalb es dem Pariser „Canard Enchaîné“ eher zu vergleichen sei als westdeutschen Organen mit ähnlichen Ambitionen. Getadelt wurde hingegen die Vorliebe von „Private Eye“ für den privaten Slang gewisser höherer Schulen, der dieses Magazin auch für Engländer auf weite Strekken zu einer beschwerlichen Lektüre mache.

Einigkeit stellte sich her, daß dem aus der Bundesrepublik angereisten Gast am ehesten eine Art von Jahrbuch als Krone des Zeitschriftenmarktes zu signalisieren sei. Dem Gast war es schon als fast überall aufliegend, also wohl erfolgreich aufgefallen. Es handelte sich um das 160 Seiten starke Paperback „The Official Sloane Ranger Handbook“ (Ebury Press, 72 Broadwick Street, London W1V 2BP), herausgegeben von Ann Barr und Peter York, illustriert, 5.95 £ teuer, mit raffiniertem Layout sowie einem höchst anreizenden Untertitel: „Erster Führer zu dem, worauf es im Leben wirklich ankommt“. Zunächst wurde ich allerdings durch die Worte „*Ranger*“ *und* „*Sloane*“ *irregeführt*. Das erste Wort hat ein Bedeutungsfeld, das von Förster bis Herumstreicher reicht. Und am Sloane Square, zwischen Chelsea und Pimlico liegend, wohnte ich gerade und sah dort als Auffälligstes Scharen von männlichen und weiblichen Punks, die unter ihren schwarzen und roten Hahnenkämmen zwar verwegen aussahen, aber so wohlerzogen wie die normalen Engländer zu sein schienen. (Daß der Sloane Square in London gemeint ist, zeigt die Weltkarte auf den Seiten 8–9, wo er den genauen Weltmittelpunkt markiert.)

Um es kurz zu machen: Das Medaillon mit Lady Di auf dem Umschlag ist keineswegs böhnisch gemeint. Die Prinzessin von Wales ist vielmehr das Leitbild für diejenigen jungen Leute, die Wohlerzogenheit und Wohlgekleidetheit für weit amüsanter und aufregender halten als den todernsten Dauerfrust, den ihnen die Söhne und Töchter aus den begüteten Familien bisher als Lebensstil aufzuoktroyieren suchten.

Unter dem Sloane-Ranger-Slogan „Wer sloant, gewinnt“, wird das in dem Band witzig durchexerziert. Der Lebensstil, der England einst großgemacht hat, wird – groteske Situation – als Provokation gegen die installierte permissive Gesellschaft gerichtet. Und das ohne jede parteipolitische Enge. Wovon dieser Sloane-Leibspruch zeugt: „Wir haben Mrs. Thatcher bereits gesagt, daß wir sie bewundern, aber sie macht trotzdem weiter.“ ANTON MADLER



Spitzwegs spöttelnde Kauzigkeit: „Reisende Komödianten“ (1838), aus der Karlsruher Ausstellung FOTO: KATALOG

„Spitzweg, Schwind, Schleich“: Karlsruhe zeigt „Biedermeier und Vormärz“

Die Landschaft in Natur getaucht

Gute anderthalb Jahrhunderte blicken die Karlsruher diesmal mit ihren „Europäischen Kulturtagen“ zurück. „Biedermeier und Vormärz – Geschichte einer Epoche“ *wurde als allgemeines Motto gewählt*. Dabei geraten bei den Ausstellungen zwei recht unterschiedliche Themenkreise ins Blickfeld. Der Badische Kunstverein beendete gerade eine Übersicht mit „Politischen Karikaturen des Vormärz (1815–1848)“ und die Städtische Galerie im Prinz-Max-Palais eröffnete eine Auswahl mit Gemälden und Zeichnungen von „Spitzweg – Schwind – Schleich“. Die drei Maler wurden nicht nur des Stabreimes wegen in einer Ausstellung verbunden, sondern weil sie eine lebenslange Freundschaft pflegten, die sich allerdings nicht in stilistischen Übereinstimmungen spiegelt.

Interpretationsprobleme geben diese drei Maler nicht auf. Allenfalls bereiten die Gemälde Moritz von Schwinds nach heute weitgehend vergessenen Märchen und Balladen solche Schwierigkeiten. Andererseits sind aber gerade sein „Rübezahl“ oder die Tafeln zum „Aschenputtel“, die man hier sehen kann, schon seit vielen Jahrzehnten populär. Nicht anders *ist es mit Spitzwegs* „*Liebesbrief*“, dem „Alchimisten“, dem „Hypochonder“ oder dem „Geologen“. Nur die Landschaften von Eduard Schleich d. Ä., obwohl bei verschiedensten Gelegenheiten in den letzten Jahren ausgestellt, sind bislang weniger geschätzt. Dabei hat der Maler der Landschaft – anders als C. D. Friedrich, der sie romantisierte, oder C. G. Carus, der sie mythologisierte – eine für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts ungewöhnliche Natürlichkeit zurückgegeben, indem nur ein Teil des Bildes im vollen Licht erscheint, weil die Sonne meist durch Wolken verdeckt wird.

Es ist keine große Ausstellung. Sie begnügt sich mit 20 Gemälden von Spitzweg, 18 von Schwind und zehn von Schleich. Außerdem sind 26 Spitzweg-Zeichnungen zu sehen, 61 von Schwind und elf von Schleich. Aber diese Beschränkung erweist sich als sympathisch.

Die wohl eher zufällige als systematische Auswahl lenkt das Augenmerk auch auf die sonst weniger beachteten Nebenwerke. Die „Badenden Frauen am Meer bei Dieppe“, die Spitzweg nach Isabey kopierte, zeigen z. B. daß der Maler auch ohne seine spöttelnde Kauzigkeit auskam. Andererseits fällt bei den Zeichnungen auf, daß er sich bei Personen nur selten das Karikieren versagt. Eine Kunst, der Moritz von Schwind längere Zeit als Broterwerb – meist in den „*Fliegenden Blättern*“ – nachging. Auch davon hat die Ausstellung ein paar schöne Beispiele parat, die Geschichte vom „Teufel und der Katz“, die auf die Lola-Montez-Affäre zielte, oder die Adaption der Rundbilder mit den Tugenden in der Ersten Badischen Kammer für Spottbilder auf sechs Abgeordnete der Zweiten Kammer (bis 24. Juni; Katalog 28 Mark). PETER DITTMAR

Im grünen Trend: Die diesjährigen Wittener Tage für neue Kammermusik

Lerchentriller und Bienengesumm

Den Hörern „draußen“ müßte eigentlich gleich Hören und Sehen vergangen sein. Das Sehen sowieso: Da übertrug von den Wittener Tagen *für neue Kammermusik das dritte* WDR-Hörfunkprogramm Wolfgang Rihms „Bild“-Komposition zu Buñuels berühmtem Zelluloid-Erstling „Ein andalusischer Hund“ zu später Stunde live aus dem städtischen Saalbau. Nur: Rihms „Bild“ war schon zu Ende, als Buñuels surreale Bilder noch zehn Minuten weiterliefen, stumm, wie sie der Meister erschaffen hatte. Parapsychisches Experiment *im Nachtstudio oder rechtzeitiges* Ausklinken per Knopfdruck, das war da die Frage.

Immerhin, vor Ort blieb es ein aufschlußreiches Unterfangen mit – Saties Musik zu René Clairs bedeutendem Stummfilmdebüt „Entr'acte“ von 1924 einmal ausgenommmen – neuen Tönen zu alten Bildern, mit denen in den zwanziger Jahren auch gleich die filmische Avantgarde das Laufen lernte. Filmmusik nicht als Verdoppelung, sondern, darin direkt bei Satie anknüpfend, als der Versuch heutiger Komponisten, das Genre wieder in seiner ästhetischen Autonomie zu bestimmen. Wobei Friedhelm Döhl, auch in seiner fast synchronen Abstimmung, am engsten am Sujet (Fernand Légers „Le ballet mécanique“) blieb, Rihm sich am weitesten, fast bis zur Auflösung des Begriffs, entfernte.

Mit solchem Filmprogramm griffen die 16. Wittener Kammermusiktage einmal über den gewohnten Rahmen hinaus, in dem sie ansonsten allzu deutlich verharrten. Insgesamt kam wenig Neuland unter den Pflug. Mathias Spahlingers „Ephémère“ zum Beispiel. Töpfe und Pfannen, auf denen sich die Akteure nach Herzenslust zu schaffen machten, wenn sie *nicht gerade mit Wasser plantschten* oder ihr Publikum mit Blitzlicht und Bonbon-Bombardement zu provozieren versuchten. Olle Kamellen. Noch gestriger muteten die Klangfindungen von Peter Michael Braun an, der aber ganz im Gegensatz zu solchem Befund mit seinem Klavierstück „2000“ aus seiner pianistischen „Reise in der Zeit“ gar gleich das Jahr 2000 ansteuern möchte. Der Treib*stoff langt dafür gewiß nicht*.

In Bernhard Wulffs „Abgesang einer Feldlerche“ reagieren sechs Schlagzeuger auf Lerchentriller vom Tonband, das Ganze leicht grün eingefärbt in den Federn. Natürlich, solch fabelhafter Flötist wäre gut zu verwenden, vorausgesetzt, man könnte ihm was zu blasen aufgeben, aber für die fragwürdige Ästhetik solch kompositorischen Ansatzes braucht man nicht lange zu diskutieren. Die Menagerie komplettierten Bienen bei Arvo Pärt und ein israelisches Käuzchen, „Koss“ auf hebräisch, in Hans-Joachim Hespos virtuosem, exaltiert alle Klangmöglichkeiten nutzendem Blechbläsersatz.

Freilich, daß man eine Baßtuba allem Dafürhalten zum Trotz beinahe echt zweistimmig spielen kann, den Beweis dafür hatte zuvor schon der glänzende Melvyn Poore in Günther Beckers „Un poco giocoso“ angetreten. Eine vergnügliche Szene über die Kunst, einem dicken Brummer kecke Flötentöne beizubringen. Ein Elefant auf dem Hochseil, aber ohne abzustürzen. Womit man also bei den Dingen wäre, die diesmal den Gang nach Witten leicht machten. Dazu gehörte der Eröffnungsabend, der anhand von Werken aus rund zwanzig Jahren *den Blick zurück warf auf eine* so wichtige Komponistengestalt wie Becker. „Serpentinata“ für Bläserquintett wäre da zu nennen, aber auch das uraufgeführte „Linie, Zirkel, Kreis“ mit dem Collegium vocale Köln und bestes Handwerk verratenden kontrapunktischen Künsten.

Ein anders Konzert lang: Arvo Pärt, der in Berlin lebende Este, mit seinen radikalen Neutönern schon mal ärgerlich sanft in den Ohren klingenden neuen alten Einfachheiten. Das (für Gidon Kremer geschriebene) Violinkonzert „Tabula rasa“, aber auch die archaisierenden Vertonungen altslawischer Kirchentexte – Rückwärtsgewandtes, das auch querstehende Einschübe kaum wirklich in unsere Zeit heben. In Erinnerung bleiben dürften auch Isang Yuns prächtige Inventionen mit den beiden hochvirtuosen Oboisten Burkhard Glaetzner und Ingo Goritzki. Zwiespältiger erschien des Ostberliners Paul-Heinz Dittrich Kafka-Adaption „Die Verwandlung“.

Schließlich, mit allem endgültig versöhnend, der ganz Xenakis gewidmete Schlußabend. Der geradezu explodierende Claude Helffer am Flügel („Evryali“), Elisabeth Chojnacka und Sylvio Gualda an Cembalo und Schlagzeug in „Komboï“, vor allem aber das hinreißende Arditti-Quartett London in „Tetras“, endlich auch der Meister selbst. Effektvoller und substantieller ließ sich das kleine Wittener Festival gewiß nicht zu Ende bringen. DIETER SCHÜREN

Vom wohlgefälligen Leben: Der Philosoph Josef Pieper FOTO: GERD BACHERT

Der Philosoph Josef Pieper wird achtzig Jahre alt

Wirklichkeit des Schönen

Er war eine Zeitlang Journalist, und das merkt man seinem Schreibstil an. Die Feststellung ist positiv gemeint. Josef Pieper, der Philosoph und „Thomist“ aus Münster, der morgen achtzig Jahre alt wird, verfügt über die seltene Gabe, *auch komplizierteste Zusammenhänge* knapp und in klarer, luzider Sprache darzustellen.

Jeder Fachjargon ist ihm ein Greuel. Seiner Meinung nach ist der Philosoph dazu da, den Menschen morelisch beizustehen und sie mit der Größe und Schönheit des Denkens bekannt zu machen.

In den Lexika wird Pieper unter „Katholischer Moralphilosoph“ eingeordnet. Aber seine Wirkung reicht weit über den Katholizismus hinaus. Seine zahlreichen Bücher, die immer wieder um den Wert der menschlichen Tugend und um die Voraussetzungen eines tugendhaften, Gott wohlgefälligen Lebens kreisen, wurden fast alle auch ins Japanische übesetzt und sind zum Teil Bestseller in Fernost.

Ihre Titel „Vom Sinn der Tapferkeit“, „Zucht und Maß“, „Über die Liebe“, „Mißbrauch der Sprache – Mißbrauch der Macht“, zeigen schon an, daß sie die Sphäre des rein Theologischen überschreiten, sich Themen aussuchen, die in allen Kulturkreisen von Belang sind.

Ein zweiter, nicht unbeträchtlicher Teil des Werkes wendet sich dem Grenzgebiet zwischen Ästhetik und Glauben zu. In Büchern wie „Muße und Kult“, „Unaustrinkbares Licht“ oder „Über das Schweigen Goethes“ hat Pieper in origineller Weise zu Bewußtsein gebracht, daß die Wirklichkeit des Schönen die vielleicht stärkste Bestätigung der Wirklichkeit Gottes ist und daß es deshalb darauf ankommt, für die Schönheit Partei zu ergreifen und nötigenfalls auch für sie zu kämpfen. A. W.

JOURNAL

Philologen gegen radikale Kleinschreibung

dpa, München

Die D-A-CH-Kommission aus Vertretern des Deutschen Philologenverbandes, des Verbandes der Professoren Österreichs und des Vereins Schweizerischer Gymnasiallehrer hat sich in München dagegen ausgesprochen, bei einer Reform der Großschreibung im Deutschen „das Kind mit dem Bade auszuschütten“. Die D-A-CH-Kommission (die Buchstaben stehen für die drei Länder) vertrat die Ansicht, daß die Großschreibung der Hauptwörter nicht nur eine Angelegenheit der Sprachtradition sei, sondern eine wesentliche Verständnishilfe darstelle, die wegen der freien Satzstellung und anderer grammatikalischer Besonderheiten des Deutschen zum schnellen Verständnis unentbehrlich sei. Gleichzeitig sprachen sich die Verbände aber dafür aus, in wirklichen Zweifelsfällen die Kleinschreibung zuzulassen. Die Kommission sah sich zu dieser Stellungnahme veranlaßt, weil sich die deutsche Kultusministerkonferenz (KMK) bei ihrer nächsten Plenarsitzung mit einem Antrag auf Einführung der Kleinschreibung, mit Ausnahme von Satzanfängen und Eigennamen, beschäftigen will.

Deutsche Kleinverlage stellen sich vor

dpa, New York

Fünf deutsche Kleinverlage stellen in dieser Woche in New York ihr Programm vor. Während der „Deutschen Buch-Woche 1984“, die im Deutschen Haus der New Yorker Universität stattfindet, sind außerdem Lesungen der Autoren Luise Rinser, Gert Hofmann und Jakov Lind vorgesehen. In einem Workshop treffen die Vertreter der Kleinverlage mit amerikanischen Verlegern zusammen.

Der Sonnenkönig in der Neuen Welt

AFP, New Orleans

Eine große Ausstellung über Ludwig XIV. ist am Freitag in New Orleans eröffnet worden, wo sie sechs Monate lang zu sehen sein wird. Die Sammlung umfaßt über 200 Exponate, die erstmals außerhalb von Frankreich gezeigt werden. Der heutige US-Bundesstaat Louisiana war unter der Regentschaft des Sonnenkönigs von Frankreich kolonisiert worden. Die Ausstellung findet im Cabildo-Museum statt, wo 1803 der Vertrag unterzeichnet wurde, mit dem Louisiana Teil der Vereinigten Staaten wurde. Von New Orleans wandert die Ausstellung in die Corcoran Gallery nach Washington weiter.

Corneille und Racine beim Versailles-Festival

AFP, Versailles

Das 21. Festival von Versailles beginnt am 15. Mai in der Residenzstadt der französischen Könige. Bis zum 30. Juni finden Konzerte, Theater- und Opernaufführungen in den Schlössern, im Park und in der Stadt Versailles statt. Ein Höhepunkt des Programms ist die Aufführung von Händels „Alceste“ in der restaurierten Schloß-Oper mit dem English Bach Festival (18. und 19. Juni). Im Versailler Téâtre Montansier werden zur Festivalzeit mit „Le Cid“ von Corneille und „Andromaque“ von Racine zwei Hauptwerke der französischen dramatischen Literatur gezeigt (13. bis 27. Juni).

Elektronische Musik bei „TIME“ in Bourges

AFP, Bourges

Eine „Internationale Tribüne für elektronische Musik“, abgekürzt „TIME“, wird vom 11. bis 23. Juni im Rahmen des Experimentalmusikfestivals in Bourges veranstaltet. Ziel der vom internationalen Unesco-Musikrat und der neugegründeten Internationalen Vereinigung für elektronische Musik organisierten „Tribüne“ ist es, die markantesten Werke des elektronischen Repertoires durch die Vermittlung der Rundfunksender bekanntzumachen und damit weltweit zu nationalen Eigenschöpfungen anzuregen.

Pola Negri weist Filmemachern die Tür

JGG, San Antonio

Unverrichteterweise mußte ein Team der Lodzer Filmhochschule die Rückreise aus San Antonio in Texas antreten, wo es einen Dokumentarfilm über die größte polnische Filmdiva Pola Negri (richtig Barbara Apolonia Chalupek) drehen wollte. Der heute 87jährige Star hatte vor der Ausrufung des Kriegsrechts in Polen dazu seine Genehmigung gegeben und wollte selber nach Polen kommen. US-polnische Kreise vermuten politische Gründe für die plötzliche Absage, zumal mit dem Lodzer Filmteam auch ein völlig neuer Regisseur bei ihr auftauchte. Verärgert registriert die Krakauer Kulturzeitschrift „Przekroj“, daß der greise Filmstar plötzlich „unnahbar“ geworden sei.

Glückliche Wende für einen gesamtdeutschen Dach-Schaden

H.-R. KARUTZ, Berlin

Vom sanften deutsch-deutschen Wellenschlag getragen, ging jetzt die Rettung Deutschlands meistfotografierter königlich-preußischer Ruine über die Bühne: die „Heilandskirche" im vermauerten Niemandsland an der Wassergrenze zwischen Potsdam („DDR") und West-Berlin wird durch eine Million Deutsche Mark vor dem Verfall bewahrt. Diese Summe bringen zu gleichen Teilen Berlins Finanzsenator Gerhard Kunz (CDU) und der kürzlich verstorbene Verleger Franz Karl Maier auf.

Kurz nach dem Mauerbau hatte die Gemeinde im Dörfchen Sacrow ihr Ufer-Kirchlein mit der Schiffs-Silhouette ihrem Schicksal überlassen müssen. Im Turm zogen Grenzwächter mit Feldstechern und Nachtgläsern ein. Nach der endlich erfolgreichen Gemeinschaftsaktion von Bürgergeist und Senats-Freigiebigkeit – beides lief über kirchliche Ost-West-Drähte – geben die „DDR"-Ämter das nötige Sanierungsmaterial frei: Kupfer für das lecke Dach, gelbe Backsteine für das wie der schiefe Turm von Pisa allmählich Schlagseite zeigende Kirchenpodest – und vor allem Handwerker.

Der Devisen-Transfer über Konten des verschwiegenen „Diakonischen Werks" der Evangelischen Kirche beschließt nun ein knapp 23 Jahre währendes Drama. Gut vier Monate nach dem Mauerbau hatten die östlichen Sicherheitsorgane das Portal der Basilika versiegelt. Kurz vor dem Mauerbau war bereits mit einer gründlichen Sanierung des Grenz-Kirchleins – 1841 vom talentierten Sohn Königin Luises auf den hohenzollerschen Skizzenblock geworfen – begonnen worden. Die Decke des Langschiffs, durch eine knapp neben der Kirche im Wasser explodierte Luftmine während des Krieges beschädigt, sollte von kundiger Hand instand gesetzt werden. Doch der gute Mann floh nach halber Arbeit mit einigen Schwimmstößen ans westliche Ufer.

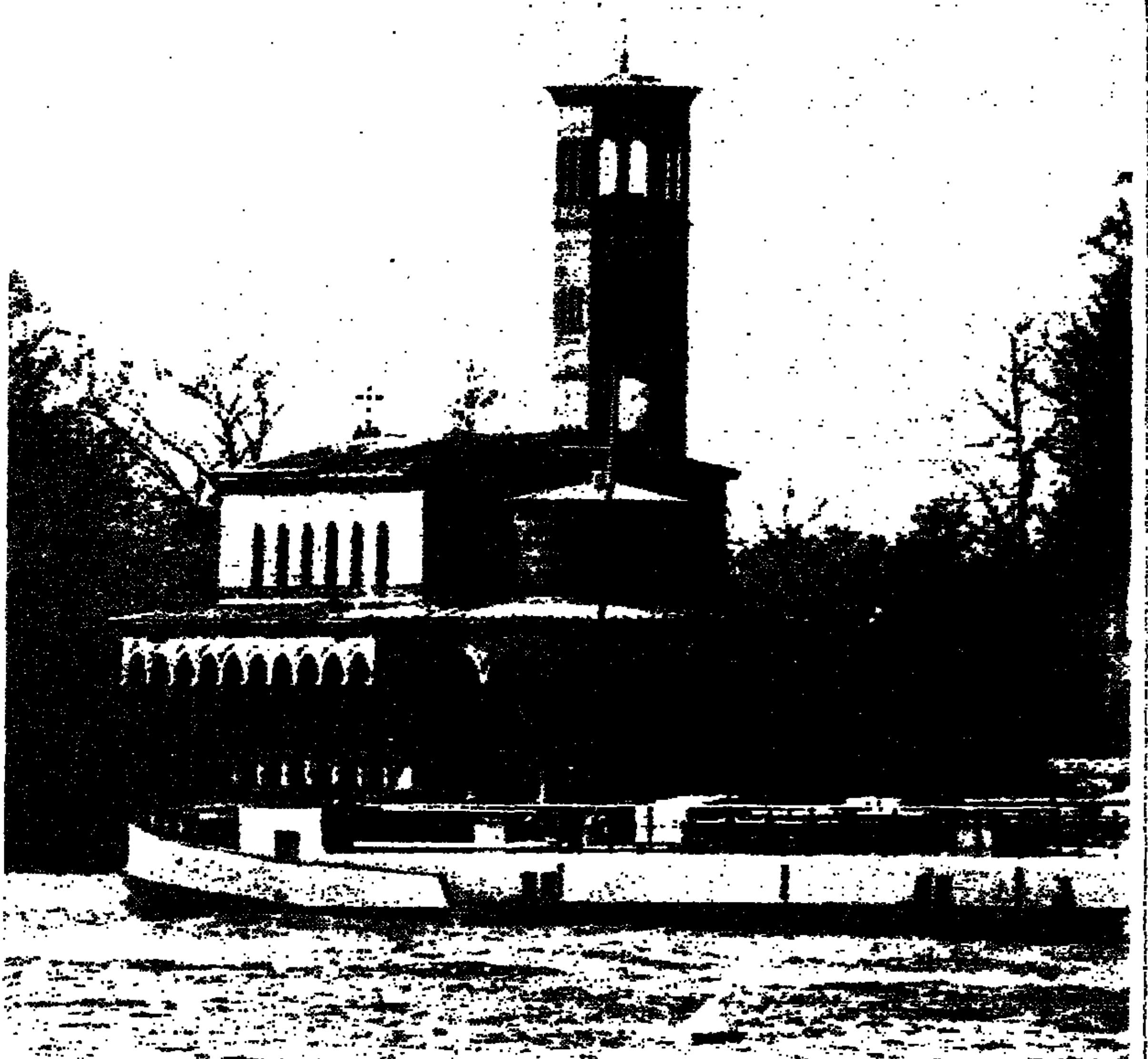
Der gesamtdeutsche Dachschaden blieb, und die Geschichte schien über die „Kirche des heiligsten Erlösers im heilbringenden Hafen" hinwegzugehen. Vorstöße des zuständigen Potsdamer Pfarrers bei hilfsbereiten Parteifunktionären in der alten Residenzstadt fruchteten am Ende nichts. Obwohl, wie es heißt, die Akte der für das „DDR"-Image schädlichen Kirchenruine mit ihrer Tausenden von Westberliner Spaziergängern zugewandten Ansichtsfront bis in den Ostberliner Staatsrat gelangte.

Dort hätte, seines erlernten Dachdecker-Handwerks wegen, das Ganze auch Erich Honeckers Interesse wecken können – mag sein, aber nichts rührte sich. Dann begann offenbar Richard von Weizsäcker als Regierender Bürgermeister seine vielfältigen und zuverlässigen kirchlich-politischen Kontakte nach Ost-Berlin spielen zu lassen.

Die „Heilandskirche" markiert einen der romantischsten Punkte der märkischen Landschaft. Theodor Fontane beschrieb in seinen „Wanderungen" die Lustfahrten der Hohenzollern von Potsdam her „an heiteren Nachmittagen" über das Wasser an der Kirche vorbei zu idyllischen Havel-Inseln. Der Kirchenturm machte Geschichte: Auf ihm montierten die deutschen Schüler des Italieners Marconi, Professor Adolf Slaby und Georg Graf von Arco, am Nachmittag des 5. April 1897 die erste deutsche Funkantenne und strahlten über 1600 Meter die ersten Sprüche ohne Kabel aus. Das Wetter zeigte sich „klar und ohne Gewitterschwüle", notierten Zeitgenossen. Aus der Aktion entstand später ein Unternehmen namens „Telefunken" ...

Heute müssen die Sacrower, die eingemeindete Potsdamer Bürger sind, an einem Schlagbaum mit Postenhäuschen ihre Spezialausweise zücken, wenn sie in ihr Grenzdörfchen heimkehren. Fremde dürfen den Ort nicht betreten. Die Gemeinde betet in der Friedhofskapelle.

Die Bauarbeiten werden auf beträchtliche praktische Probleme stoßen, denn die „DDR" müßte nach Lage der Dinge für den Materialtransport und das Hin und Her auf der Baustelle eigens ein Loch in die Mauer schlagen. Dem Gottesvölkchen wird der Bau auch nach der Sanierung verschlossen bleiben.



Aus dem Kleinod der Mark wurde ein vergessenes Gotteshaus im Grenzstreifen vor der Mauer. Mit einer Million Mark aus West-Berlin soll die „Heilandskirche" wenigstens vor dem völligen Verfall bewahrt werden. FOTO: STARK-OTTO

Reiche Beute für New Yorker Juwelenräuber

SAD, New York

Gold und Juwelen im Wert von rund acht Millionen Mark erbeuteten bislang unbekannte Einbrecher, die nach Rififi-Manier in einen Tresor des New Yorker Diamantenviertels einbrachen. Um in den Tresor zu gelangen, in dem Dutzende von Juwelenhändlern ihre wertvolle Ware über Nacht und an Wochenenden deponieren, mußten die Gangster erst ein Loch durch eine 60 Zentimeter dicke Kellerwand bohren. Anschließend schweißten sie das Stahlgehäuse des Tresors auf. „Die nahmen nur das Beste vom Besten, keinen Müll", so John Kaufmann, einer der beraubten Juweliere. „Was ihnen nicht gut genug erschien, schmissen sie einfach auf den Boden." Nach gelungenem Coup beseitigen die Einbrecher ihre Fingerabdrücke, indem sie alle Wände, Tresorkästen und sogar den Fußboden mit Ammoniak besprühten.

Mord bei 140

AFP, Paris

Ein Taxifahrer in Nordfrankreich ist von zwei Gangstern bei 140 Stundenkilometern mit einem Kopfschuß getötet worden. Die zwei Verbrecher wurden beim Aufprall des Fahrzeugs gegen einen Pfeiler schwer verletzt. Nur der dreijähriges Sohn des Taxifahrers blieb unverletzt. Die beiden Gangster hatten die Kasse des Taxifahrers mit 50 Mark gefordert. Der wollte sie daraufhin vor der Polizeiwache absetzen.

Auftrag aus den USA

dpa, McLean

Bei ihrem ersten kommerziellen Start in Kourou (Französisch-Guyana) wird die europäische Raumfahrtfirma Arianespace am 22. Mai einen amerikanischen Fernmeldesatelliten in Umlauf bringen. Die US-Firma GTE entschied sich wegen günstigerer Stationierungskosten für Arianespace und nicht für die Nasa.

Beton-Export

AFP, Washington

Ein Betonklotz ist anstelle eines supermodernen amerikanischen Seismographen an die Sowjetunion ausgeliefert worden. Dies enthüllte der amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger in einem Bericht über die Bemühungen der US-Regierung zur Unterbindung des Technologietransfers. Der Export sollte über ein Industrieunternehmen laufen. Der amerikanische und der deutsche Zoll erfuhren jedoch laut Weinberger davon. Zollbeamte beider Länder hätten schließlich im geeigneten Augenblick den Seismographen durch einen Betonklotz gleichen Gewichts ersetzt.

Belästigungs-Stopp

rtr, Neu-Delhi

Indische Männer, die ihrer Begeisterung über das andere Geschlecht allzu handfest Ausdruck geben, müssen in Neu-Delhi künftig mit Gefängnis rechnen. Der Stadtrat verabschiedete gestern eine Verordnung, wonach die erste Zudringlichkeit bis zu 15 Tagen, jede weitere bis zu einem Monat Haft kostet. Belästigung können laut Gesetz auch „mündlich oder schriftlich geäußerte Worte sein."

„Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegt eine Spielscheinkombination Zahlenlotto 6 aus 49/Ergebniswette der Westdeutschen Lotterie GmbH & Co. bei."

LEUTE HEUTE

Pech mit Helden

Roman Polanski in Nöten: Anfang Juli sollen in Tunesien die Dreharbeiten zu seinem neuen Film „Die Piraten" beginnen, doch der in Paris lebende Filmregisseur sucht noch immer nach Hauptdarstellern. „In meiner Jugend träumte ich von Robin Hood und wollte immer schon einen Film dieses Genres drehen. Aber **Jack Nicholson** ist zu teuer, **Michael Caine** ist nicht frei, und **Nastassja Kinski** ist schwanger. Jetzt weiß ich nicht, wer meine Helden sein werden", klagte Polanski. Trost dürfte ihm da sein Erfolg als Schriftsteller sein. Seine Memoiren mit dem Titel „Roman" stehen mit rund 14 000 wöchentlich verkauften Exemplaren ganz oben auf der französischen Bestsellerliste.

Sechster Versuch

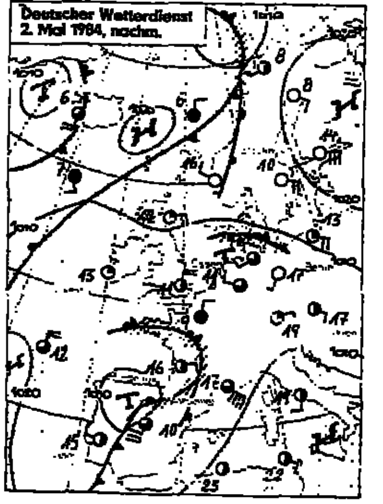
Charles „Tex" Watson, wegen Mordes an der Schauspielerin Sharon Tate zu lebenslanger Haft verurteilt, kam jetzt zum sechsten Mal um seine Begnadigung ein. Der heute 38jährige beteuerte vor einem Strafvollzugsausschuß des US-Bundesstaates Kalifornien, Gott habe ihm vergeben, und er zahle jetzt den Preis für seine Taten. Watson arbeitet heute im Gefängnis als Assistent des Kaplans und bezeichnete sich als „wiedergeborener Christ".

Verhaltener Charme

Tahnee Welsh, 23jährige Tochter einer attraktiven Mutter (**Raquel Welsh**), bekommt eine Hauptrolle im neuen Streifen des italienischen Regisseurs **Carlo Vanzina** aufgrund einer eher ungewöhnlichen Qualität. Vanzina gab ihr den Zuschlag wegen ihres „verhaltenen Charmes", der heute nur noch selten zu finden sei. Tahnee hatte sich bisher mit mäßigem Erfolg durch die US-amerikanische Theaterprovinz geschlagen.

WETTER: Bis 24 Grad

Wetterlage: Die Ausläufer des Tiefs über Südwestfrankreich beeinflussen die Westhälfte Deutschlands. In der Osthälfte überwiegt noch Hochdruckeinfluß.



Vorhersage für Donnerstag:

Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Bayern: Heiter bis wolkig und Erwärmung auf 20 bis 24 Grad. Noch niederschlagsfrei, nachts Abkühlung auf 7 bis 3 Grad. Schwacher Wind aus südlichen Richtungen.

Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Baden-Württemberg: Von kurzen Auflockerungen abgesehen meist stark bewölkt und gelegentlich Schauer. Höchsttemperaturen 14 bis 17 Grad.

Weitere Aussichten:

Auch in der Osthälfte unbeständig mit einzelnen Regenfällen.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	17°	Kairo	35°
Bonn	14°	Kopenh.	13°
Dresden	17°	Las Palmas	22°
Essen	11°	London	11°
Frankfurt	15°	Madrid	10°
Hamburg	9°	Mailand	13°
List/Sylt	10°	Mallorca	17°
München	19°	Moskau	10°
Stuttgart	17°	Nizza	13°
Algier	23°	Oslo	10°
Amsterdam	11°	Paris	9°
Athen	17°	Prag	15°
Barcelona	17°	Rom	19°
Brüssel	10°	Stockholm	16°
Budapest	16°	Tel Aviv	30°
Bukarest	13°	Tunis	22°
Helsinki	14°	Wien	17°
Istanbul	16°	Zürich	15°

***Sonnenaufgang am Freitag:** 5.49 Uhr, Untergang: 20.50 Uhr. **Mondaufgang:** 7.33 Uhr, Untergang: 0.54 Uhr. * in MESZ, zentraler Ort Kassel.

Den Sammlern laufen die Kosten davon

Sammelbüchsen des Müttergenesungswerkes kreisen wieder

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Die Sorgen der Mütter wachsen, die Zahl der Kurplätze für sie sinkt – mit dieser Bilanz eröffnete Veronica Carstens gestern in Bonn die Mai-Haus- und Straßensammlung des „Deutschen Müttergenesungswerks" (MGW). Die Frau des Bundespräsidenten als Vorsitzende der Organisation, die in 113 Heimen 1984 rund 40 000 Frauen zu je vierwöchigem Aufenthalt unterbringen wird: „Unser perfektes soziales Netz hat an manchen Stellen noch die gleichen Löcher wie vor 35 Jahren."

Damals, 1950, gründete die Frau des ersten Bundespräsidenten, Elly Heuss-Knapp, das Müttergenesungswerk und leitete damit, wie es hieß, den ersten Schritt ein, die mitunter schlechte soziale Situation der Frauen zu verbessern, die Kinder versorgen und erziehen müssen. Im MGW-Jahrbuch 1984 wird beklagt: „Die Rechtsstellung der nichterwerbstätigen Mutter und Hausfrau (sog. „Nur-Hausfrau") weist ein erhebliches sozialrechtliches Defizit auf."

„Sozial- und krankenversicherungsrechtliche Ansprüche sind in unserem System der sozialen Sicherheit weitgehend an die Eigenschaft als Arbeitnehmer gebunden." Dem MGW gehe es daher, so Veronica Carstens, „um diejenigen, die im Schatten leben, die kümmern, die zu resignieren drohen."

Notfall-Fonds

Rund acht Millionen Mark bringt die Haus- und Straßensammlung jährlich – das sind, so Gerd Neises, Geschäftsführter des MGW, ziemlich genau acht Prozent der Kosten, die tatsächlich für die Kuren völlig erschöpfter Mütter gezahlt werden – „wirklich nur ein Notfall-Fonds, wenn alle anderen Quellen versiegen".

Denn während das Sammlungsergebnis seit 1971 nur langsam in die Höhe ging, sind die dem Müttergenesungswerk entstehenden Kosten pro Kurteilnehmerin seither um 290 Prozent gestiegen. Das heißt, daß eine Kur, für die man damals 805,99 Mark durchschnittlich ansetzte, heute in gleicher Länge und Güte 2341,60 Mark kostet. Die Zahl der vergebenen Plätze ist dabei allein seit 1981 von 50 000 um 10 000 zurückgefallen.

Wollten alle Mütter, die in einem Merkblatt angesprochen werden und von denen es heißt, daß sie schleunigst zur Kur müßten, wenn sie sich dauernd müde, schlapp und abgeschlagen fühlten, Kopf- oder Rückenschmerzen hätten, tatsächlich zur Kur fahren, dann käme wohl schnell jene Million Frauen zusammen, von denen in MGW-Unterlagen die Rede ist.

Rechtsfreier Raum

Das „Unabkömmlichkeits-Syndrom" der belasteten Mütter sorgt hier für ein eigentlich nicht gewünschtes Korrelativ: Man bleibt so lange auf dem Posten, bis man beinahe umfällt. Völlig ausgeschlossen erscheint es zum Beispiel den meisten für die Kur ausgewählten Müttern zu sein, während der Schulzeit ihre Kinder allein zu lassen, was zu großem Gedränge zu den Juli/August-Terminen in den Heimen führt, die fünf Organisationen gehören. Gemeinsam ist allen die Aufnahme der Klage, daß die Anerkennung der Kur bei erwerbstätigen Müttern viel weniger Schwierigkeiten macht als bei der „Nur-Mutter", die hier praktisch im rechtsfreien Raume lebe. Ihr fehle zum Beispiel ein Anspruch auf Heilmaßnahmen zur Erhaltung der Arbeitskraft, wie das bei jedem Arbeitnehmer der Fall sei.

In diesem Jahr, so Veronica Carstens, sollen bevorzugt solche Mütter in die Heime fahren, die behinderte, kranke und pflegebedürftige Familienangehörige Tag und Nacht versorgen, Mütter, in deren Familien ein geistig oder seelisch kranker Mensch sein Zuhause hat, oder Mütter von jungen Leuten, „die den Versuchungen unserer Zeit, zum Beispiel dem Drogenkonsum oder Jugendsekten anheim gefallen sind". Alle diese Mütter leisteten nicht nur für die Betroffenen Erhebliches, sondern sie ersparten auch der Allgemeinheit große Kosten für teure Pflege- und Therapie-Einrichtungen.

Sowjetische MiGs über der Wüste von Nevada

Tödlicher Absturz bei der geheimen US-Staffel „Red Flag"

A. BÄRWOLF, Hamburg

Wenn Geheimflugzeuge auf Geheimeinsätzen über geheimen Sperrgebieten abstürzen und ein General als Pilot noch Bond heißt, ist die Verwirrung derjenigen, die keinen Zugang zu geheimen Unterlagen haben, vollkommen. Aus einer sowjetischen MiG 23 in amerikanischen Händen wird dann der „unsichtbare" Bomber „Stealth". Das Pentagon lüftete jetzt den Schleier über dieser Informationslücke und bestätigte, daß Generalleutnant Robert M. Bond bei einem geheimen Testflug mit einem sowjetischen Überschalljäger des modernen Typs MiG 23 am vergangenen Donnerstag über Nevada abgestürzt und zu Tode gekommen ist.

Da die sowjetische Maschine mit dem amerikanischen General an Bord nach der offiziellen Version über Nevada abgestürzt ist, liegt die Vermutung nicht fern, daß der Sowjetjäger auf dem Wüstenluftstützpunkt Nellis Air Force Base am Rande der Spielhöllenstadt Las Vegas stationiert war. Dort steht jene Staffel, die bei den US-Luftmanövern „Red Flag" den Feind so realistisch wie möglich simuliert. Wenn nur irgendwie möglich, wird sowjetisches Gerät verwendet, das den Amerikanern in die Hände gefallen ist. Auf dem „Red Flag"-Wüsten-Versuchsgelände von Nellis fliegen nicht nur echte Sowjetflugzeuge, sondern in den mit Sage-Büschen übersäten Wüstensenkungen stehen Radargeräte der Sowjetunion und Boden-Luft-Raketen der Russen.

Nachbau in der Wüste

Die Betonbahn des Militärfliegerhorstes Jüterbog in der „DDR" ist naturgetreu in der Wüste von Nevada nachgebaut. Fliegende Einheiten der NATO werden turnusmäßig aus ihrem operationellen Status herausgezogen und fliegen über der Wüste von Nevada „Red Flag"-Einsätze.

Bei Mangel an Sowjetflugzeugen fliegt die „rote" Staffel von Nellis amerikanische Baumuster, die die aerodynamischen und leistungsmäßigen Eigenschaften der Sowjetjäger simulieren. Die „rote" Staffel ist unter anderen mit den zweistrahligen US-Jägern F 5 ausgerüstet. Die Maschinen sind mit den Tarnfarben angestrichen, die die Sowjets einsatzmäßig verwenden. An dem Gebäude in Nellis mit dem Gefechtsstand der „roten" Staffel ist ein großer Sowjetstern angebracht.

Die MiG 23, mit der General Bond über dem Versuchsgelände von Nellis abstürzte, zählt zu den moderneren Jagdtypen der Sowjets. Der Jäger mit der NATO-Codebezeichnung „Flogger" ist ein Flugzeug mit veränderlicher Flügelgeometrie. Die Maschine, die ihre Flügel je nach Einsatzerfordernisse im Fluge verändert, steht seit gut zehn Jahren auch in Ostblock-Ländern.

„Unsichtbare" Jets

Wie die MiG 23 in amerikanische Hände gelangt ist, bleibt weiterhin ein Geheimnis. Möglicherweise flog die Maschine schon in der ägyptischen Luftwaffe, an die die Sowjetunion 1973 mehrere Maschinen dieses Typs geliefert hatte.

Mit der Enthüllung des Pentagon wurde aber auch Spekulationen der Boden entzogen, General Bond sei in einem „unsichtbaren" Flugzeug abgestürzt. Seit Anfang der 70er Jahre versuchen wenigstens ein halbes Dutzend amerikanische Flugzeugfirmen unabhängig voneinander, eine elektronische „Tarnkappe" zu entwickeln, die sich nicht nur über Flugzeuge, sondern ebensogut über andere Metallobjekte wie Kriegsschiffe, Raketen oder Panzer stülpen läßt. 1976 sollen die Lockheed-Werke, die die geheimen Aufklärer U 2 und SR 71 in ihren Hollywood-nahen, ebenso geheimen Produktionsstätten (Skunk works) im kalifornischen Burbank entwickelten, einen flugfähigen Prototyp gebaut haben, der angeblich im Mai 1978 über der Nevada-Wüste bei Nellis zu Bruch gegangen war.

In Zusammenarbeit mit Boeing entwickeln die Northrop-Werke in Los Angeles offiziell im Auftrag der Regierung Reagan einen „unsichtbaren" Bomber. Das Radar-Echo soll praktisch gleich Null sein. Die Maschine soll nach 1990 in Serie gehen. Kosten: 30 Milliarden Dollar.

ZU GUTER LETZT

An ein Wunder glaubten Vatikanbedienstete: Nach dem Segen des Papstes stieg ein britischer Pilger aus seinem Rollstuhl und ging seiner Wege. Er mußte allerdings seine in gläubiges Erstaunen verfallene Umgebung enttäuschen: „Ich war müde und wollte mich in dem Rollstuhl etwas ausruhen. Ehe ich mich versah, hatte mich eine Nonne zum Papst geschoben und der segnete mich."